Nr. 61. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Grubenarbeiter-Streik.

Frivoler hat noch nie eine Unternehmerschaft ihre Arbeiter zum Streik getrieben als es diesmal die Bergherren des Ruhrreviers in ihrem Cäsarenwahnsinn getan haben. Die Arbeiter wollten nicht streiken und am allerwenigsten wollten die Führer der Organisationen jetzt den Kampf. Sie wußten, sie standen nicht nur dem mächtigsten Kapitalistenklüngel gegenüber, nicht nur einer Staatsmacht, deren Vertreter sich noch geehrt fühlen, wenn sie die Rolle des Büttels übernehmen dürfen. Sie wußten, daß sie die Verräter in ihrem Rücken hatten, die Führer der christlichen Organisationen, die Judasse, die das Vertrauen rechtfertigen mußten, das ihre Auftraggeber in sie gesetzt haben; die beweisen mußten, daß sie die christlichen Arbeiter nicht zum Kampf für ihre Interessen, sondern zum Kampf gegen ihre Brüder organisiert haben, die zeigen mußten, daß sie kapabel sind, ihre Anhänger für das Kapital gegen die Arbeit ins Feld zu schicken.

Das wußten die Leiter der Arbeiterorganisationen, und so lange sie konnten, haben sie den Streik verhindert. Aber sie konnten es nicht länger. Denn die Bergherren wollten es nicht. Die wollten jetzt den Kampf, weil sie mit dem Zwiespalt rechneten, den die Zentrumsführer unter die Bergarbeiter getragen, den sie immer von neuem geschürt haben.

Der englische Streik zeigt, welch ungeheure Macht die Bergarbeiter eines industriellen Landes haben, wenn sie einig sind. Die Bergherren wissen, daß die Einigkeit auch in Deutschland kommen wird, daß das verräterische Spiel der Zentrumsführer nicht allzulange mehr währen kann. Deshalb die Provokation.

Die deutschen Bergarbeiter haben heute, trotz der riesig gestiegenen Kosten der Lebenshaltung, noch nicht einmal die Löhne von 1907 erreicht. Ihre Arbeitsbedingungen sind vielfach schlechtere geworden, je tiefer die Gruben abgeteuft werden. Die Krankheitsziffern wachsen, die Unfallsgefahr steigt. Und unwürdiger als je erscheint ihnen die Versklavung, in die sie die Gewalt des monopolistischen Bergkapitals herabgedrückt hat. Verweigerung der Anerkennung der Organisation, Zwangsarbeitsnachweis; diese beiden Worte besagen, daß der Grubenarbeiter, der die gefährlichste und aufreibendste Arbeit verrichten muß, mit seiner Arbeitskraft zugleich seine Freiheit verkauft hat. Und alle Forderungen beantwortet das Kapital mit schroffem, höhnischem Nein.

Deshalb ist es zum Streik gekommen. Die Massen hielten es einfach nicht länger aus. Sie trieben die Führer voran, und wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß es so ist, dann ist dieser Beweis durch das rasche Anwachsen des Streiks geliefert. Ueber 70 Proz. der Belegschaften stehen im Streik. Das heißt, es streiken nicht nur die Unorganisierten mit, sondern es streiken auch zu einem großen Teil die christlichen Arbeiter. Sie haben den Verrat der Führer nicht mitmachen wollen, sie weigern sich, Streikbrecher zu sein, die proletarische Solidarität siegt über die Tücken der Zentrumsführer und die Einigkeit ist auf dem Marsche.

Die nächsten Tage müssen zeigen, ob die proletarische Solidarität der christlichen Arbeiter stark genug sich zeigen wird, um den Verrat ihrer Führer wieder gut zu machen, dem Kapital die geschlossene Front der Arbeiterarmee entgegenzustellen. Wenn aber eines geeignet ist, die christlichen Arbeiter aufzuklären, so ist es das Verhalten der Regierung. Die Regierung des Herrn von Bethmann Hollweg kennt keine dringendere Sorge, als sich mit den Arbeiterverrätern solidarisch zu erklären. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ist entzückt von den christlichen Führern und man darf erwarten, daß die Herren Imbusch und Brust und Giesberts und wie die Helfershelfer der Grubenherren alle heißen, bei der nächsten Ordensdekoration die bunten Vögel aus dankbarer Höhe werden herabflattern sehen. Vorläufig aber erfüllt die Regierung die gemeinsamen Wünsche der Grubenherren und christlichen Arbeiterführer und konzentriert im Ruhrrevier ein Massenaufgebot von Polizei und Gendarmerie. Es sind Leute, die aus allen Weltgegenden zusammengeholt sind, unbekannt mit Land und Leuten, durch die ungewohnte Situation aufgeregt und die durch ihr massenhaftes Erscheinen die Bergarbeiter, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe fest entschlossen sind, unnütz aufregen. Der englische Streik hat bisher keine Ausschreitung gekannt. Aber die Regierung Asquith hat auch aufs sorgsamste vermieden, Polizei und Gendarmerie den Arbeitern überall in den Weg zu stellen. Sie versucht umgekehrt auf die Grubenbesitzer einzuwirken, damit diese die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllen. Die Regierung Bethmann aber scheint über nicht mehr Verstand zu verfügen als zur Abkommandierung von Polizisten nötig ist. Dies ist ja auch weiter nicht gefährlich, da können höchstens Arbeiterleben draufgehen und man bekommt dabei noch den Text zu einer Rede für Arbeitswilligenschutz. Dagegen wäre ein Druck auf die Kapitalherren eine sehr gefährliche Sache. Sie könnte den Unwillen sehr mächtiger und einflußreicher Personen hervorrufen und der Mann der gottgegebenen Abhängigkeiten sieht ja die Kapitalhörigkeit seiner Regierung wohl als die unzerreißbarste dieser Abhängigkeiten an.

Und doch! Werden die Bergarbeiter einig, bleiben sie fest, so wird alles nichts nützen. Nichts der Versuch der Regierung, die öffentliche Meinung gegen die armen Bergarbeiter aufzuhetzen. Nichts die sinnlose Ansammlung von Polizei und Gendarmerie. Denn die öffentliche Meinung weiß, daß dieser Streik geführt wird gegen eine Ausbeuterclique, die nicht nur ihre Arbeiter, sondern das gesamte deutsche Volk aufs äußerste ausplündert. Die Herren des Kohlensyndikats, die Kirdorf und Thyssen, die Stinnes und Haniel sind reich geworden, weil sie jedem deutschen Bürger eine indirekte Steuer von wucherischer Höhe auflegen können. Auf jeden Zentner Kohle entfällt neben dem normalen Kapitalprofit noch ein Zuschlag, den die im Kohlensyndikat vereinigten Monopolisten erheben und der alljährlich Millionen und Abermillionen den Wenigen einbringt, die über die Kohlenschätze verfügen. Diese Kohlenschätze aber gehörten von altersher dem Staate und sind den paar Reichen einfach geschenkt worden durch eine Berggesetzgebung, die das nationale Gut verschleuderte, um ein paar Dutzend Millionäre zu züchten. Und jetzt weigern sich die, von diesem Raube auch nur den kleinsten Teil herauszugeben, ihren Arbeitern anständigen Lohn, anständige Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Und derselbe Staat, dessen Gut sie usurpiert haben, der stellt ihnen jetzt die Machtmittel zur Verfügung, die mit dem Gelde der Steuerzahler geschaffen worden sind, der schickt ihnen jetzt seine Gendarmerie und, wenn es gewünscht wird, sein Militär, um die Usurpatoren gegen seine Bürger zu schützen! Das ist der Klassenstaat, so sieht er aus, und jetzt, wo sie sein wahres Gesicht sehen, werden auch die christlichen Arbeiter erkennen, daß ihr Platz ist nicht an der Seite des Kapitals, nicht an der Seite der Beherrscher des Klassenstaates, sondern an der Seite ihrer kämpfenden Brüder.

Ihren Kampf aber begleitet die Arbeiterschaft Deutschlands mit ihren heißesten Wünschen, zur Unterstützung bereit, sobald sie verlangt wird, und sicher, daß, wie immer der Kampf auch diesmal entschieden werde, den Bergsklaven doch die Freiheit errungen werden wird!

* * *

Der Umfang der Bewegung.

Nach den überfüllten Versammlungen und der begeisterten Stimmung vom Sonntag hatte es am ersten Streiktage zuerst den Anschein, als ob die Streikbruchproklamation der Christlichen doch von einigem Einfluß auf die Streikbeteiligung sein sollte. Frohlockend konnte die Zentrumspresse und die Zechenpresse melden, daß von der Frühschicht am Montag nur 35 Prozent nicht angefahren seien. Aber schon von der Nachmittagsschicht mußte sie dann mitteilen, daß 57 Prozent ausgeblieben waren. Entgegen den Erfahrungen bei Streiks in anderen Industrien vollzieht sich die Beteiligung bei Bergarbeiterstreiks nicht plötzlich; erst allmählich steigt die Zahl, eine Erscheinung, die auch beim Streik 1905 im Ruhrrevier schon zu beobachten war. Wohl hatte am Sonnabend schon mancher Bergarbeiter sein „Gezähe" (Arbeitszeug) mitgenommen, als er die Grube verließ, in der sicheren Erwartung, daß der Streik Montag beginnen müßte; aber die offizielle Proklamation des Streiks durch die Verbandsleitung lag noch nicht vor. Erst der Sonntag entschied. So fuhren am Montag noch viele an. In der Waschkaue kehrt nicht jeder um; er ist schon im Betrieb, verfährt noch eine Schicht, nimmt dann sein Gezähe mit und kommt nicht wieder.

Die Sucht der bürgerlichen Presse, die Zahl der Streikenden im Ruhrrevier zu verkleinern, scheitert an den Tatsachen.

1905 streikten am ersten Tage 43 000, am zweiten und dritten Tage stieg die Zahl auf 68 000, erst am achten Tage wurde die Höhe von 180 000 erreicht. Jetzt sind schon am ersten Streiktage 150 000 zu verzeichnen. Das Essener Zentrumsblatt verkündete am ersten Tage mittels Extrablatts, daß „einige Tausend" streiken. Am zweiten Tage muß es schon selbst die Zahl der Streikenden auf 105 000 angeben. Das Vorhaben der christlichen Führer, den Streik zu brechen, ist mißglückt. Im christlichen Bezirk Recklinghausen feiert ein Drittel der christlichen Belegschaft, im Dortmunder Revier stehen teilweise bis zu 83 Proz. im Streik. Eine Privatmitteilung, die wir erhalten, nennt als Resultat der letzten Zählung

220 000 Ausständige!

Statt dreier Schichten lassen die Zechen nur eine Schicht verfahren, ein Beweis, daß ihnen mindestens zwei Drittel der Arbeiter, nach den Zählungen der Arbeiter aber weit mehr fehlen.

Auch die Christen streiken!

In Gelsenkirchen, woselbst viele Christliche ansässig sind, streikte mittags auch schon weit über die Hälfte der Belegschaft. Die Christlichen beteiligen sich immer stärker am Streik, selbst „Gelbe" streiken mit. Die Leitung des Christlichen Gewerkvereins gibt ihre Position selbst für verloren. Sie übertüncht ihren Hereinfall mit dem Hinweise, daß ihre Mitglieder ausständig werden, um Krawalle zu vermeiden. Tatsache ist, daß in diesem großen wirtschaftlichen Kampfe politische und religiöse Verhetzungen nicht möglich sind, weil sie wirkungslos blieben. Die Zentrumspresse, besonders die Essener, schreit nach Militär, wozu durchaus nicht der geringste Anlaß vorhanden ist. Beim Schichtwechsel vollzieht sich alles in größter Ruhe und Ordnung. Mit rotem Kopf und vor Scham gesenktem Haupte verlassen die wenigen Streikbrecher die Schächte. Ein großes Polizeiaufgebot sorgt für die Fernhaltung einer Berührung der Streikbrecher mit den Streikenden. Ein berittener Polizist begleitet den kleinen Trupp bis zum nächsten Posten und überträgt diesem den Weitertransport der Streikbrecher. Doch viele kamen mittags aus dem Schacht mit ihrem Bündel — sie wollen nicht weiter den Streikbrecher spielen.

Die Mehrzahl der Arbeitenden sind übrigens Arbeiter über Tage, die also bei der Kohlenförderung nicht in Betracht kommen. Auch die Koksarbeiter verlassen die Oefen.

Der christliche Sekretär Effert ist nicht im Streikrevier, er wird anscheinend von der Verbandsleitung zurückgehalten, weil er mit der Taktik der Christlichen nicht einverstanden ist. Effert war auch nicht auf der außerordentlichen Generalversammlung am Mittwoch voriger Woche, trotzdem er Vorstandsmitglied ist. Er hält auch keine Versammlungen im Streikrevier ab.

Die christlichen Sekretäre stehen unter dem Schutz der Gendarmen. Sie treiben ihre Leute in die Gruben. Die „Essener Volkszeitung", ein Zentrumsblatt, brachte am Dienstag einen Artikel, in dem sie militärischen Schutz für Arbeitswillige verlangt.

Die Polizei geht, wie bei allen Streiks, rigoros vor. Vor den Schächten sind viele Polizisten mit dem Karabiner geschultert postiert. Berittene sprengen die Straßen auf und ab. Stehen Streikende zu vier oder fünf Personen, gemütlich ihre Pfeife rauchend, in der wärmenden Frühlingssonne beisammen, so treibt sie das Schutzmannspferd vom Bürgersteig in die Häuser. Nicht eine Person darf vor dem Wohnhause stehen bleiben. Die Streikenden werden zum Auf- und Abpromenieren angehalten. Daneben wird schneidig vorgegangen, so daß beim Räumen des Trottoirs ein Kind hinfiel und beinahe überritten wurde.

Die bürgerliche Presse verbreitet

Nachrichten über Zusammenstöße

im Streikgebiet, die maßlos übertrieben sind und die verschweigen, daß das überaus schneidige Auftreten der Gendarmen und der Polizisten allgemeine Empörung auslöst. In Hamborn und Mengede kam es zu kleineren Zusammenstößen. In Wanne drang die Polizei sogar in das Bureau des Streikkomitees ein und hob das Komitee aus. Solche Vorgänge sind nur zu sehr geeignet, aufreizend zu wirken und rasch fliegen dann die Säbel aus der Scheide. Die den Zechen gefällige Presse bauscht jedes Vorkommnis riesig auf, stellt sich natürlich stets auf die Seite der Polizei und versucht es damit, die Lage bedrohlicher erscheinen zu lassen als sie in Wirklichkeit ist.

* * *

Der dritte Streik!

Zum dritten Male seit 1889 ist das Ruhrrevier der Schauplatz eines sozial und wirtschaftlich bedeutungsvollen Ringens. Mit der Waffe des Streiks kämpfen die gequälten Gräber der schwarzen Diamanten für eine Erleichterung ihres harten Loses.

Voraufgegangene Klagen und Bitten blieben erfolglos! Das ist das Gleichmäßige in der Erscheinungen Flucht. Sonst bilden sie eine sehr wechselvolle, unterschiedliche bunte Reihe.

Der Streik im Jahre 1889 sah die freie Gewerkschaft, den jetzigen sogenannten alten Bergarbeiterverband, noch in seiner Kindheit Schwäche. Die ultramontane Opposition stand dagegen in des Lebenssommers Vollkraft. Und diese Opposition erging sich im Ruhrrevier in einer rücksichtslosen, raffiniert demagogischen Agitation gegen das „gottlos liberale Kapital"! Bei den katholischen Arbeitern gab sie der Empörung gegen das Grubenkapital einen sehr starken Stich ins konfessionell Fanatische. In Unternehmerkreisen war man sich einig in dem Urteil: Der Streik ist das Ergebnis einer wüsten, ja verbrecherischen ultramontanen Hetze! In seinem Buche „Der Ausstand der Bergarbeiter." Essen 1889 — Verlag Bädecker — schreibt Natorp unter anderem, daß die ultramontane Presse „die niedrigsten Leidenschaften der Begehrlichkeit und des Neides gegen die Besitzenden nähre". — „Wenn jemand die Verantwortlichkeit für den eben beendeten Streik und dessen unheilvolle Folgen

trägt, so ist es die ultramontane ... Partei. Diese macht Natorp auch für einen Streik im Essener Revier Anfang der 70er Jahre verantwortlich. „Seitdem hat die verhetzende Tätigkeit dieser Partei nur von Jahr zu Jahr an Ausdehnung und Intensität zugenommen." „... Mit heuchlerischer Miene umhüllt sie ihre wüsten Forderungen und Angriffe mit dem Mantel der Religion ..."

Das sind zwar nicht die schärfsten Urteile, aber sie genügen zur Beleuchtung der damaligen Situation. Die ultramontanen Organe „Essener Volkszeitung", „Westfälische Volkszeitung" in Bochum, „Gelsenkirchener Zeitung" und „Tremonia" in Dortmund standen auf dem Index der Industriellen. Ihr Abonnement galt als Staatsverbrechen; in mancher Werkskolonie war es direkt verboten.

Seit jener Zeit hat sich vieles verändert! Heute toben und wüten die genannten ultramontanen Organe gegen den Streik und den Bergarbeiterverband wie damals gegen das „liberale" Kapital. Etwas anders war ihre Haltung noch bei dem Streik vor 7 Jahren. Der mittlerweile entstandene christliche Gewerkverein kämpfte in geschlossener Front mit dem Bergarbeiterverband, dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein und der polnischen Organisation. Jetzt versucht er die Einmütigkeit der Arbeiter zu sprengen, man redet spöttisch vom Dreibund und erntet das Lob der Unternehmer für sein gutes Verhalten. Allerdings, als die Gründung des Zechenverbandes und des Zwangsarbeitsnachweises die Gemüter erregte, da war es der Gewerkvereinsführer Efferts, der die Stimmung auf den Kampf einstellen half. Er drohte mit einem Streik, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat! International sollte seine Basis sein! Bei der nächsten günstigen Konjunktur werde das Signal zum Losschlagen ertönen.

Seitdem gärt es unter der Bergarbeiterschaft. Der Kampfruf Efferts ließ die Hoffnung auf eine Besserung keimen. Es grünte daraus das Verlangen der Anteilnahme an den besseren Erträgnissen des Bergbaues. Das Wollen, den verweigerten Anteil zu erkämpfen, war der Entwickelung reife Frucht. Doch nun steht die Gewerkvereinsleitung mit ihrem Verhalten und ihren Argumenten im Lager der Unternehmer! Nun hetzen sie gegen den Streik. Unter freudigem Beifall der Werksherren stempelte sie die internationale Solidarität der Arbeiter zu einem nichtswürdigen Vergehen!

Zwei sachliche Momente führt man für sein auffälliges Verhalten ins Feld! Der Arbeiter Forderungen seien berechtigt! Das bestreitet niemand. Aber man müsse abwarten, ob die Werksherren nicht freiwillig die Lohnforderungen bewilligten. — Immer noch abwarten! Seit 1910 ist ein wirtschaftlicher Aufstieg unverkennbar! Aber die Löhne wurden gekürzt! Die Bergarbeiter drängten zu einer Aktion! Die Gewerkvereinsleitung versagte. Man müsse abwarten! Die Konjunktur gestaltete sich günstiger, der Absatz wuchs, man hörte schon von der Absicht einer Preiserhöhung. Mittlerweile hatte die Wirtschaftspolitik des Zentrums die Lebenshaltung erheblich verteuert. Das steigerte die Erregung der Arbeiter. Im Herbst des vergangenen Jahres regte der Bergarbeiterverband eine allgemeine Lohnbewegung an. Doch wiederum versagte die Gewerkvereinsleitung ihre Mitwirkung: sie blieb beim Abwarten! Dann beschloß das Kohlensyndikat eine Erhöhung der Preise. Diese trieben über den Stand des Jahres 1907 hinaus, die Löhne aber blieben unter dem damaligen Satz erheblich zurück. Schon hatten die Bergarbeiter eine Geduld geübt, die den Uebermut der Grubenherren reizte. Trotzdem: die Gewerkvereinsleitung lehnte eine gemeinsame Eingabe an die Grubenherren ab. Und diese, in ihrem Trutz gestärkt, wiesen die Forderungen zurück. Nun blieb keine Wahl mehr, der Kampf war unvermeidlich! Nochmals um Mitwirkung ersucht, damit die Bergarbeiterschaft nicht um eine Bewilligung ihrer Forderungen geprellt werde, verharrte die Gewerkvereinsleitung weiter bei ihrer Ablehnung. Das ist das Trauerspiel des Abwartens, das den Bergmann zum Narren macht, um Lohnerhöhungen betrügt.

Die Konjunktur sei nicht günstig, sagte die Gewerkvereinsleitung zur Verteidigung ihres Verhaltens. Aber kann es günstigere Verhältnisse als die augenblicklichen geben? In England tobt ein Riesenkampf, der die englische Ausfuhr lähmt. In Frankreich, Belgien, Oesterreich, überall gärt es. Daß aus einem dieser Länder Kohlen nach Deutschland gebracht werden könnten, erscheint ausgeschlossen. Das bringt die Unternehmer in eine unangenehme Situation, denn die Nachfrage ist groß, größer als vor dem Streik 1905, wo der Gewerkverein nach der Führung im Kampfe geizte.

Der beste Maßstab für die Konjunktur im Bergbau ist der Beschäftigungsgrad in der Eisenindustrie. Und der ist glänzend. In der Zeit vom 1. Oktober 1904 bis 1. März 1905 waren rund 4 Millionen Tonnen Roheisen produziert worden, in den letzten fünf voraufgegangenen Monaten dagegen betrug die Erzeugung 6¾ Millionen Tonnen, also über 50 Proz. mehr. Der Begehr der Eisenindustrie ist kaum zu befriedigen. Alle Werke arbeiten mit Hochdruck. Eine Steigerung der Nachfrage ist kaum noch möglich. Wohl aber ist zu befürchten, daß noch im Laufe des Jahres eine kleine Abschwächung erfolgt. Für die Bergherren bedeutet das allerdings ja keinen Rückschlag, denn sie haben sich höhere Preise gesichert. Aber erfahrungsgemäß ist eine Abschwächung der Lebhaftigkeit in der Eisenindustrie von einer Verkürzung der Löhne auch im Bergbau begleitet, selbst dann, wenn die Preise steigen. So war es ja auch 1907/08. Die Preise wurden um durchschnittlich 1 M. erhöht, der Jahreslohn der Bergarbeiter aber sank zunächst um 76 M. und im folgenden Jahre nochmals um 141 M. Die Situation für die Bergarbeiter ist jetzt nicht nur günstig, sondern es ist auch die höchste Zeit, Verbesserungen durchzusetzen. Geschieht das nicht bald, dann setzt vielleicht wieder eine Abwärtsbewegung ein, wenn die Gewerkvereinsleitung noch auf eine freiwillige Lohnzulage wartet!

Wie erklärt sich nun aber das Verhalten der Gewerkvereinsleitung? Nicht anders als auf Rücksichtnahme auf das Zentrum! Dieses hat den Krieg gegen das Großkapital längst eingestellt, es hat sich mit ihm und dem Großgrundbesitz gegen die Interessen des Proletariats verbündet. Seine Haltung in der Zollfrage, bei der Reichsfinanzreform, der Reichsversicherungsordnung und den verschiedenen Berggesetznovellen sind Zeugen für die auf politische Motive zurückzuführende Wandlung des Zentrums. Seitdem es auf einen Wahlkompromiß mit den Nationalliberalen im Ruhrrevier hinarbeitet, schwenkte die Gewerkvereinsleitung um. Erst zog sie sich aus der Kampffront gegen das Kapital zurück. Dann wurde der Pakt zwischen Zentrum und Scharfmachern perfekt. Aus den Händen der Ultramontanen empfing die Großindustrie die Mandate in Duisburg und Bochum, und der Generalissimus der christlichen Gewerkschaften, Giesberts, war in der glücklichen Lage, den Industriekapitalisten den Dank für seine Wahl abzustatten unter der Zusicherung, daß er nationalliberale Politik unterstützen werde. Derselbe Giesberts, der nach der Annahme der Reichsfinanzreform die Ablehnung und Bekämpfung verschiedener von den christlichen Gewerkschaften erhobenen Forderungen durch das Zentrum als aus höheren Interessen geschehen verteidigte. Diesen Interessen werden jetzt auch die Interessen der Bergarbeiter geopfert!

* * *

Die Folgen des Bergarbeiterausstandes

machen sich auf dem Gebiete des Kohlenabsatzes in empfindlicher Weise bemerkbar. Die Förderung ließ schon in der vergangenen Woche nach, auch der Versand wurde ungünstig beeinflußt. Das Syndikat hat sich genötigt gesehen, in den verschiedenen Bezirken die Vorratslager anzugreifen. Im Dortmunder Bezirk befinden sich etwa 400 000 Tonnen Kohle, ein gleiches Quantum lagert in Lünen. Der Preis ist um 30 M. für den Doppelwagen und um 15 Pf. für den Zentner erhöht worden.

*

Der Zechenverband

will am Mittwoch die Arbeiterausschüsse einberufen. Dann findet eine Hauptversammlung des Zechenverbandes statt. Tatsächlich haben denn auch einige Zechen die Arbeiterausschüsse schon zu Verhandlungen zum Mittwoch geladen.

*

Interpellation zum Bergarbeiterstreik.

Das Zentrum hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht:

1. Ist der Herr Reichskanzler bereit, über den Stand des Bergarbeiterstreiks im Ruhrkohlengebiet Auskunft zu erteilen?
2. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Bergarbeiter ein baldiges Ende des die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigenden Kampfes herbeizuführen?

Die Interpellation, die voraussichtlich am Donnerstag zur Verhandlung kommt, wird von dem Abg. Schiffer, dem Führer der christlichen Textilarbeiter, begründet.

* * *

Die Bewegung in England.

London, 11. März 1912. (Eig. Ber.)

Der Führer der Arbeiterpartei hielt gestern in Lancashire eine Rede, die viel Aufsehen erregt hat. Macdonald klagte den Premierminister an, daß er die Verhandlungen verhunzt habe. Zuerst habe Herr Asquith die Minimallohnforderung der Arbeiter gutgeheißen, dann habe er den Bergarbeitern vorgeschlagen, die Frage auf dem Wege des obligatorischen Schiedsgerichts zu lösen, obwohl sich die Bergarbeiterföderation von ihrer Gründung an stets gegen obligatorische Schiedsgerichte ausgesprochen hätte. Am Donnerstag vor dem Streik habe Asquith vor den Delegierten eine Rede gehalten. Diese Rede sei von der Regierung veröffentlicht worden. Weshalb habe die Regierung nicht die Reden veröffentlicht, die der Präsident und der Vizepräsident der Föderation nach der Rede des Premierministers hielten? Beide Beamten hätten sich bereit erklärt, mit Herrn Asquith die Minimallohnliste zu diskutieren und ihm zu erklären, wie man zu der Liste gekommen sei. Erst am folgenden Mittwoch habe der Premierminister die Bergarbeiter aufgefordert, die Minimallohnliste mit ihm zu diskutieren. Wenn die Verhandlungen ordentlich geführt worden wären, so würde das Ende des Streiks schon im Anfang dieser Woche in Sicht gewesen sein. Wenn die Regierung eine Vorlage einbringe, die nach der Ansicht der Arbeiterpartei die Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit hindern oder zur Einführung obligatorischer Schiedsgerichte führen würde, so werde die Arbeiterpartei die Vorlage bis zum Aeußersten bekämpfen, und er wage zu behaupten, daß, ehe die Vorlage Gesetz werden könne, der Streik schon wegen Erschöpfung beendet sein werde.

Unter den Vorschlägen, die gemacht werden, um den Kampf zu beenden, verdient die Anregung Keir Hardies besonders Erwähnung. Der Genosse schlägt vor, das Parlament möge schnellstens eine kurze Vorlage annehmen, durch die alle bestehenden Lohnverträge der Bergarbeiter als aufgehoben erklärt werden sollten. Das nähme den südwalisischen und schottischen Unternehmern den Wind aus den Segeln, die sich noch immer auf den Standpunkt stellen, daß sie den Minimallohn nicht diskutieren können, weil nach ihrer Ansicht die Bergarbeiter die bestehenden Lohnkontrakte gebrochen haben. Da diese Unternehmer bei ihrer Ansicht beharren, ist es sehr unwahrscheinlich, daß ihre Vertreter, wenn sie auf der von der Regierung arrangierten Konferenz erscheinen, die Minimallohnliste diskutieren werden. Die südwalisischen und schottischen Unternehmer haben jedoch ihren Standpunkt insofern modifiziert, als sie jetzt erklären, daß sie der höheren Gewalt weichen werden. Sie wünschen eine gesetzliche Garantie gegen den Kontraktbruch seitens der Arbeiter, was wohl so viel bedeuten dürfte, als eine Wiederherstellung der Zustände, wie sie durch das Taff-Vale-Urteil geschaffen wurden.

Die ministerielle wie die oppositionelle Presse steht jetzt vereinigt auf der Seite der Unternehmer. Sie hat den Rat beherzigt, den ihr die „Times" von Anfang an gegeben hat: Zusammenhalten aller bürgerlichen Parteien gegen die Bergarbeiter. Selbst die Blätter, die sonst immer in demokratischen Phrasen schwelgen, können in dieser Krise ihren Klasseninstinkt nicht verleugnen. Mit jedem Tage zeigt es sich deutlicher, wie unheilvoll das Fehlen einer Arbeiterpresse in Großbritannien ist. Daß die Hetze der bürgerlichen Presse gegen die Bergarbeiter nicht erfolgreicher gewesen ist, liegt einzig und allein an dem phlegmatischen Charakter des englischen Volkes, das die Purzelbäume seiner Leiborgane einfach nicht mitmacht.

Verhandlungen in England.

London, 12. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Bergarbeiterkonferenz beschloß gestern abend, die Einladung der Regierung anzunehmen, unter der Bedingung, daß das Prinzip des Minimallohnes nicht diskutiert werde. Wie verlautet, wird in der gemeinschaftlichen Konferenz der Premierminister den Vorsitz führen. Der Vorstand hat keine weiteren Instruktionen erhalten und wird sich an die alten Resolutionen halten. Die Bergarbeiterdelegierten hier glauben nicht an die frühe Beendigung des Streiks. Sie sind mehr denn je entschlossen, ihre Forderungen ganz durchzusetzen. Dies gilt nicht nur von den radikalen, sondern auch von den sog. mederierten Elementen. Unter den Delegierten herrscht allgemeine Siegeszuversicht.

London, 12. März. Die Konferenz der Vertreter der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter, die unter dem Vorsitz des Premierministers Asquith im Auswärtigen Amte stattfand, ist nach dreieinhalbstündiger Dauer auf morgen vertagt worden. Eine Mitteilung über den Verlauf der Verhandlungen ist nicht erfolgt.

* *

Die belgischen Grubenarbeiter rüsten zum Kampf!

Die Nationalkonferenz der belgischen Bergarbeiterföderation nahm am Dienstag Kenntnis von den Antworten der Unternehmer auf die bereits in einzelnen Revieren an die Zechenverwaltungen gestellten Forderungen einer 5- bis 20prozentigen Aufbesserung der Löhne. In wenigen Fällen wurden bis 5 Proz. zugestanden, in den meisten erfolgte keine Antwort! Die Konferenz beschloß daraufhin den sofortigen Eintritt in die Lohnbewegung auf Grundlage folgender drei nationaleinheitlichen Forderungen: Anerkennung eines Minimallohnes, 15 Proz. allgemeine Lohnerhöhung, Anerkennung der Gewerkschaft in allen Unterhandlungen über Arbeitsbedingungen. Diese Forderungen werden sofort gestellt. Sonntag treten in den vier Revieren die Bezirkskonferenzen zusammen; am 24. März wird ein außerordentlicher Nationalkongreß über einen allenfallsigen Streik beschließen. Die Revierverbände haben freie Hand, vorher Urabstimmungen über Anwendung des Streiks vorzunehmen. In Betracht kommen sämtliche belgischen Bergarbeiter, etwa 150 000 Mann.

* *

Vollständige Wiederaufnahme der Arbeit in Frankreich!

Paris, 12. März. In allen Gruben Frankreichs ist heute die Arbeit wieder aufgenommen worden. Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen. Selbst im Norden Frankreichs, wie in Pas de Calais, wo der Ausstand länger als 24 Stunden andauerte, ist die Aufnahme der Arbeit heute wieder eine vollständige.

Berechtigtes Interesse am Belagerungszustand.

Am gestrigen Dienstag ging also im Herrenhaus das von einem hohen Adel und verehrungswürdigen Publiko stets mit großem Beifall aufgenommene antisoziale Stück „Schutz der Arbeitswilligen" in Szene. 72 Erlauchte und Edle, geborene und kommandierte Gesetzgeber haben den Antrag des Edlen v. Puttkamer unterzeichnet, die königl. Staatsregierung zu ersuchen,

alle erforderlichen Maßnahmen, nötigenfalls auch durch Einbringung von Gesetzesvorlagen, zu ergreifen, welche geeignet erscheinen, Arbeitswillige und Gewerbetreibende in der Verwertung ihrer Arbeitskraft und in ihrer geschäftlichen Tätigkeit wirksam zu schützen vor Vergewaltigung und Bedrückung, sei es, daß diese im Wege unmittelbaren oder mittelbaren Zwanges versucht worden sei.

Es ist möglich, daß in dem Zweifel an den Aussichten eines solchen Antrages in der Ersten Kammer eine Beleidigung des Herrenhauses erblickt würde — namentlich am Tage, nachdem dort den preußischen Staatsanwälten so ein bißchen schlappschwänzige Pflichtversäumnis nachgesagt wurde; darum sei gleich vorneweg festgestellt, daß das Herrenhaus alle Erwartungen der Scharfmacher und Polizeigemüter glänzend erfüllt und den Antrag v. Puttkamer einstimmig angenommen hat. Freilich: man sah manche, die nicht da waren. Aber Adolf Wagner, der Kathedersozialist von einst war da, war auf dem Antrag unterschrieben. Ihn zu vertreten, fand er wohl nach den — Meistervorträgen der Zieten-Schwerin, Puttkamer und Weidtmann keinen Anlaß mehr. Besser hätte es der greise Volkswirtschaftler wohl auch nicht mehr gekonnt. ...

Die Staatsregierung mußte, durch Unterstaatssekretär Holtz, die Veranlassung eines neuen Zuchthausgesetzes ablehnen. Gern hat das Herr Dallwitz gewiß nicht dem nachgeordneten Sprecher befohlen. Aber der Reichstag nimmt zu wenig Rücksicht auf Herrenhauswünsche und gar die 110 haben keine Subordination in sich. Freilich: die Regierung hat schon jetzt alles zum Schutz der Streikbrecher, versicherte Herr Holtz. Er enthüllte dabei den Zweck der Verstaatlichung der Polizei im Ruhrrevier und kündigte die gleiche, zur Einschüchterung der Knappen bestimmte Maßregel für Oberschlesien und das Saarrevier an, wo offenbar Hilgers Erziehungssystem nicht mehr ausreicht. Und wenn der Unterstaatssekretär auch ablehnt, sich über den Riesenstreik zu äußern — um so beredter ist sein Lob der Browthings und der Karabiner, mit denen die Staatsregierung im Ruhrrevier vermittelnd eingreift. Und eine martialische Geste weist nach der Garnison von Mülheim, die zwar fern der roten Ansteckungsgefahr liegt, aber nahe genug ist, um rasch auf den Schächten zu erscheinen. ...

Das alles ist den Herrenhausrednern nichts; nichts auch das Ausnahmegesetz des § 153 der Gewerbeordnung, nichts sind die Landfriedensbruch- und Erpressungsprozesse gegen Gewerkschaftler, ja — statt erhoffter Anerkennung erntet die preußische deutsche Justiz, ernten die Staatsanwälte schärfsten Tadel! Diese vom Puttkamer, weil sie die gröbsten Klassenkampfaufreizungen und die gröbsten Majestätsbeleidigungen — wohl die der „Post" und der rheinisch-westfälischen Panzerplattenpresse — ungesühnt gelassen! Die Justiz wird vom Bergherrnvertreter Weidtmann wegen ihrer Langsamkeit getadelt. Ausgezeichnet Englands Justiz wird als Muster vorgehalten, wohl weil sie die Suffragetten rasch verdonnert. Aber denkt denn der Zechenmann nicht an unser herrliches Verfahren, Leute, deren Verurteilung nicht sicher ist, durch die Untersuchungshaft die Strafe vorneweg verbüßen zu lassen?

Doch wozu alle die Einzelheiten der Debatte wiederholen? Ihre Richtungslinie ist viel lehrreicher: Terror gegen Arbeitswillige bedroht König und Vaterland (Klempnerobermeister Plate und Zechengeneraldirektor Weidtmann bestätigen es in patriotischer Selbstlosigkeit), folglich darf den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht nicht gegeben werden (sagt der Junker v. Puttkamer, der billige Landarbeiter ebenso gern sieht, wie Herr Weidtmann billige Kohlengräber); die Scheu des Reichskanzlers ist unbegreiflich und wenn der Reichstag eine Zuchthausvorlage wieder ablehnt, müssen mit starkem Arm und straffen Nerven die Konsequenzen gezogen werden; wenn aber Herr Holtz sagt, es könnte bei einem Streik von Hunderttausenden schon vorkommen, daß doch mal ein einzelner Streikbrecher belästigt wird .... ja „dann muß eben der Belagerungszustand verhängt werden". Das war das Resümee des Grafen Zieten-Schwerin aus der Debatte.

„Eben der Belagerungszustand" war das letzte Wort, „allen Beteiligten den Mut zu stärken" das erste. Und dazwischen stand die amtliche Zweckbestimmung der Polizeiaufgebote: „sich jeder Schädigung berechtigter Interessen nachdrücklich und mit voller Energie entgegenzustellen".

Die Bergarbeiterbewegung bedroht zwar nur einen kleinen Teil der Riesenprofite des Bergkapitals. Aber die Sozialdemokratie und die freie Arbeiterbewegung bedrohen das unverdiente Wohlleben der Parasiten der Gesellschaft, für die Millionen in Stadt und Land fronen, deren Drohnenexistenz Hunderttausende von Beamten mit und ohne Browning und Karabiner aufrechterhalten müssen. Und da das gleiche Wahlrecht zum Reichstag das Zustandekommen von Ausnahmegesetzen ausschließt, soll mit dem Standrecht, mit den Kriegsgerichten die Arbeiterbewegung erstickt werden. Die Rechnung ist ganz einfach, sie geht aufs Ganze.

Das sind die „berechtigten Interessen am Belagerungszustand".

Wenn es so weiter geht wie bisher, so schrien die feudalen Redner — werden wir zu französischen Zuständen (wahl zu jenen von 1793) kommen, denn die Sozialdemokratie erklärt ja selbst, nach

Puttkamer nämlich, immerzu, ihre Ziele nur durch die gewaltsame Revolution erreichen zu können. . . . . (Beiläufig: Welche Sachkenntnis, welch ein Befähigungsnachweis zum Gesetzgeber!)

Zu französischen Zuständen? Es gibt ja Leute, die der deutschen, und im Augenblick der westfälischen Arbeiterbewegung das Schicksal der Kommunekämpfer bereiten möchten. An Versailler Schlächtern würde es uns nicht fehlen. Aber die Bergarbeitermassen werden den Herren das Vergnügen nicht machen. Anträge können die Puttkamer beschließen, aber dazu, die Weltgeschichte durch Belagerungsjustiz aufzuhalten — dazu, Ihr Herren, langts nicht!

Zur Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine.

Wie erinnerlich, enthält die von der Regierung dem Landtage unterbreitete Novelle zum Einkommensteuergesetz eine Bestimmung, wonach bei Konsumvereinen zu den steuerpflichtigen Ueberschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung gehört. Die Regierung steht mit diesem Vorschlage auf dem Boden eines Antrages, den der konservative Abgeordnete Hammer im Jahre 1911 eingereicht hat und der nach kurzer Beratung im Plenum einer Kommission überwiesen wurde. Aus der Kommission ist er nicht wieder herausgekommen, doch geht aus den Debatten im Plenum sowohl als auch in der Kommission, die dem Antrage zugestimmt hat, hervor, daß die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses hinter ihm steht. Prinzipiell ablehnend haben sich nur die Sozialdemokraten verhalten.

In Konsequenz ihrer Stellung beantragten die Sozialdemokraten in der Steuerkommission die Streichung der von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmung. Vom Zentrum war für den Fall der Annahme der Regierungsvorlage beantragt, daß auch die Konsumanstalten, die in verschiedenen großen Werken errichtet sind, in steuerlicher Beziehung genau so behandelt werden sollen wie die Konsumvereine. Die Nationalliberalen stellten sich in einem Antrage auf den Standpunkt, daß die Doppelbesteuerung der Konsumvereine zu verwerfen sei, daß aber alle Genossenschaften gleichviel welcher Art der Besteuerung unterliegen müßten, auch wenn sich ihr Geschäftsverkehr nur auf den Kreis der Mitglieder erstrecke. Abweichend hiervon wollte ein konservativer Antrag diejenigen eingetragenen Genossenschaften von der Steuer freilassen, welche satzungsgemäß und tatsächlich ihren Verkehr auf ihre Mitglieder beschränken, sofern sie keinen Gewinn unter ihre Mitglieder verteilen, auch eine Verteilung des aus dem Gewinne angesammelten Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung ausschließen, oder sofern ihr Jahresumsatz 500 000 M. nicht übersteigt.

Daß die Konservativen in der Sitzung der Steuerkommission am Dienstag nicht nur für ihren Antrag, der eine Bevorzugung gewisser ländlicher Genossenschaften bedeutet, sondern auch für die Sonderbesteuerung der Konsumvereine eintraten, war zu erwarten. Wie stets, so betonten sie auch jetzt wieder, daß es ihnen auf den Schutz des gewerblichen Mittelstandes ankomme. Um so größere Verwunderung aber erregte es, als die Redner des Zentrums mit einer Energie, die man sonst an ihnen nicht gewohnt ist, sich gegen die Ausnahmebestimmung wandten und ausdrücklich darauf hinwiesen, daß diese Besteuerung dem Mittelstande nicht nur nicht nütze, sondern ihm unter Umständen sogar schaden werde. Mit Recht bezeichneten die Redner des Zentrums eine Ausdehnung der Steuerpflicht nach dieser Richtung als ein zweischneidiges Schwert, und ebenso wird man ihnen nur zustimmen können, wenn sie die Gründung von Konsumvereinen volkswirtschaftlich begrüßten, weil die Leute dadurch zum Sparen angehalten werden. Unter diesen Umständen hatte es der sozialdemokratische Vertreter leicht, seinen Antrag zu begründen. Er wies nach, daß der Fiskus nur ein sehr geringes Interesse an der neuen Art der Konsumvereinsbesteuerung habe und protestierte energisch dagegen, daß man unter dem Deckmantel eines finanzpolitischen Gesetzes wirtschaftliche Kampfeszwecke verfolgt. Wenn man schon die Konsumvereine besteuere, dann müsse man auch die Konsumanstalten und die Rabattsparvereine besteuern. Die Konsumvereine seien heute schon unverhältnismäßig hoch belastet, sie verlangten keine Steuerfreiheit, aber sie protestierten dagegen, daß ihr Daseinszweck vernichtet wird. Unser Genosse ersuchte die Kommission, nicht durch Gewaltmaßnahmen eine segensreiche Entwickelung zu zerstören.

Auf den gleichen Standpunkt stellten sich die Fortschrittler, deren Redner sich ganz besonders den konservativen Antrag vornahm, der höchst ungerecht und in seiner Wirkung geradezu mittelstandsfeindlich sei. Den ländlichen Darlehnskassen würde dadurch der denkbar schlechteste Dienst erwiesen. Ueberhaupt liege kein Anlaß vor, an dem jetzigen Zustand etwas zu ändern. Man möge die Steuergesetzgebung formulieren wie man wolle, sie führe entweder zu einer starken Belastung der Genossenschaften oder veranlasse sie zu einer Organisationsänderung, die ihnen schweren Schaden zufüge. Im Interesse der soliden Entwickelung des Genossenschaftswesens dürfe man an dem bisherigen Rechtszustand nichts ändern.

Eine auffallende Zurückhaltung legte die Regierung an den Tag. Der Finanzminister griff überhaupt nicht in die Debatte ein, und sein Kommissar konnte zur Begründung des Regierungsvorschlages eigentlich so gut wie nichts vorbringen. Er berief sich einmal auf den von der Kommission angenommenen Antrag Hammer und zweitens auf den gegenwärtig unbefriedigenden Rechtszustand, bestritt aber, daß die Regierung sich von irgendwelcher Feindseligkeit gegen die Konsumvereine oder von Erwägungen finanzieller Natur habe leiten lassen. Was den Rechtszustand betrifft, so hat das Oberverwaltungsgericht bekanntlich die Steuerpflichtigkeit der Rabatte der Konsumvereine bejaht, wenn sie aus dem der Verfügung der Generalversammlung unterliegenden Reingewinn entnommen worden sind, es hat sie dagegen verneint für solche Beträge, auf deren Zahlung die Warenabnehmer durch den Abschluß des Kaufvertrages nach den Statuten einen von den Beschlüssen der Vereinsorgane unabhängigen Anspruch erworben haben.

Nach langem Für und Wider wurde endlich die Regierungsvorlage mit dem Zusatz angenommen, daß nicht nur bei Konsumvereinen, sondern auch bei Konsumanstalten zu den steuerpflichtigen Ueberschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung gehört. Die Rabattsparvereine sind von der Besteuerung freigelassen. Für diese Bestimmung erklärten sich die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen, doch gaben die Nationalliberalen die Erklärung ab, daß sie sich vorbehalten, zur zweiten Lesung einen Antrag einzubringen, daß 4 Proz. von dem Rabatt der Konsumvereine steuerfrei bleiben sollen.

So ist denn das neue Ausnahmerecht gegen die Konsumvereine, wenn auch mit schwacher Mehrheit, von der Kommission beschlossen worden. Daß auch die Konsumanstalten unter die Ausnahmebestimmungen fallen, kann für die Konsumvereine kein Trost sein. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß dieser Beschluß, wenn die Konsumvereine mit ihrer Agitation nicht nachlassen, vor der definitiven Verabschiedung des Gesetzes noch eine Aenderung erfährt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. März 1912.

Eine schöne Hatz.

Da der Reichsschatzsekretär von der Bilanzverschleierungspolitik des Zentrums nichts wissen will und verlangt, daß mit den Heeres- und Flottenvorlagen zugleich die Deckungspläne dem Reichstage vorgelegt werden, hat er sich den grimmigen Haß der Zentrumsstrategen zugezogen. Sie sehen in ihm die Person, die ihren so fein ausgeklügelten perfiden Volksbetrug rücksichtslos durchkreuzt — und deshalb muß er aus seinem Amte entfernt werden. So eröffnet denn die alte Ehrenjungfrau „Germania" in ihrer heutigen Morgennummer ein jesuitisches Kesseltreiben gegen Herrn Wermuth, indem sie ihn als einen „Parteifreund" Bassermanns hinstellt, der in seiner Finanzpolitik lediglich nationalliberalen Anweisungen folge. Das klerikale Blatt schreibt nämlich unter der Ueberschrift: „Bassermann und Wermuth":

> Was haben der Führer der Liberalen und der Reichsschatzsekretär miteinander zu tun? So wird man nach der Rede Bassermanns in Köln nicht mehr fragen, wo derselbe nur eine Sorge kannte: sein Parteifreund Wermuth muß unbedingt im Schatzamte gehalten werden. Nun liegt uns nichts ferner als „Ministerstürzerei"; aber es ist doch gut, zu erfahren, wie der liberale Führer wieder einmal auf „Wahrung der Personalien" bedacht ist. Herr Bassermann hat freilich allen Grund, auf Wermuth zu pochen; denn die Fäden zwischen dem Reichsschatzamte und der nationalliberalen Fraktion sind sehr zahlreich und sehr stark. Man sucht diese auch in den vielen Informationen, welche die „Tägliche Rundschau", das neueste Organ des Reichsschatzamtes, bringt. Hier wird ganz systematisch gegen einzelne Bundesregierungen gearbeitet, weil sie nicht von allen Projekten des Reichsschatzamtes entzückt sind. Derzeit ist es besonders Bayern, gegen das vom Schatzamte aus ein stiller und zäher Kampf in der „Täglichen Rundschau" geführt wird. Bassermann aber hat in Köln aus der Schule geplaudert, daß Wermuth sich ohne Wissen und Zustimmung des Reichskanzlers und des Bundesrates in der Deckungsfrage festgelegt und gegenüber den Nationalliberalen bindende Zusagen abgegeben hat.
>
> Dies geschah nun schon vor Jahresfrist. Es war bei der Beratung der Zuwachssteuer. Die Aussichten für das erste Gesetz Wermuths waren nicht sehr günstig; der Reichstag hat dies vollständig umgearbeitet, aber auch dann wollten die Gegner nicht nachgeben. Es hing alles von der Stellungnahme der Nationalliberalen ab, sowohl bei einzelnen wichtigen Artikeln, wie in der Gesamtabstimmung. Herr Wermuth verstand es damals, diese Fraktion für sich zu gewinnen und zwar so stark, daß sie als einzige Fraktion geschlossen und einmütig für die Zuwachssteuer eintrat.
>
> Man wußte schon damals, daß diese Schwenkung durch einen hohen politischen Preis erkauft worden war: Schatzsekretär Wermuth hat nämlich damals maßgebenden nationalliberalen Abgeordneten die bestimmte Zusage gemacht, daß sein erster Steuervorschlag nach den Neuwahlen die Wiedereinbringung der Kindeserbschaftssteuer sein würde. Daraufhin hat die nationalliberale Fraktion, die freilich darüber nicht vollkommen orientiert wurde, und der man nur sagte, daß aus hochpolitischen Gründen die Zustimmung zum Zuwachssteuergesetz geboten sei, das ganze Gesetz einmütig angenommen. Um den Liberalen seinen guten Willen zu bekunden, machte er eine Aufstellung des Etats für 1912, die mit seinen eigenen früheren Erklärungen im schärfsten Widerspruch stand. Es sollte eben ein Zwang für neue Steuern geschaffen werden. War dieser einmal da, dann sollte die Kindeserbschaftssteuer von selbst den Liberalen in den Schoß rollen. So war die Kalkulation im Reichsschatzamte. . . . .
>
> Der Schatzsekretär hat 1911 sein Versprechen an die Liberalen gegeben, in der bestimmten Erwartung, daß die Nationalliberalen mindestens 90 Mandate erobern würden. Nun haben sie nicht einmal die Hälfte davon erlangt; beide liberalen Parteien sind zusammen nicht so stark, wie das Zentrum allein. Wenn nun das Reichsschatzamt glaubt, auf diese Parteien das Zehnfache von dem an Rücksicht nehmen zu müssen, was man gegenüber dem Zentrum tut, dann ist dies ein großer politischer Rechenfehler, der sich rächen muß. Die Gutmütigkeit des Zentrums ist bekanntermaßen sehr groß, aber doch nicht so weltumspannend, daß es sich an die Kehle fassen läßt, ohne sich zu wehren; das wäre eine polizeiwidrige Dummheit, die nur Heiterkeit ernten würde.

Der Artikel, dessen Stil an so manche Erzbergersche schriftstellerische Leistungen erinnert, ist kennzeichnend für die hinterlistige und zugleich anmaßende Politik des Zentrums. Da Herr Wermuth sich nicht den Wünschen des Zentrums anbequemen will, verlangt es seine Entlassung, indem es zugleich den Reichskanzler als den Ahnungslosen hinstellt, der von der „nationalliberalen" Steuerpolitik des Reichsschatzsekretärs nicht das geringste weiß. Gerade kein Lob für Herrn v. Bethmann Hollweg; denn es spricht aus dieser Taktik des Zentrums die Auffassung, daß vom Reichskanzler kein ernstlicher Widerstand gegen die Wünsche des Zentrums zu erwarten ist, sondern dieser geniale Staatsmann sich aus Rücksicht auf seinen Posten nach einigen schöngedrechselten philosophischen Phrasen in die gottgegebene Abhängigkeit vom Klerikalismus finden wird.

Wie es scheint, ist tatsächlich die Stellung des Herrn Wermuth bereits stark erschüttert, denn er hat sich veranlaßt gefühlt, der „Germania" auf ihren Hetzartikel folgende Berichtigung zugehen zu lassen:

> Berlin, den 12. März 1912.
>
> Die Redaktion der „Germania" beehre ich mich um die Aufnahme folgender Berichtigung zu bitten:
>
> In Ihrer heutigen Nummer 58 zweites Blatt teilen Sie mit, ich hätte bei Beratung des Zuwachssteuergesetzes maßgebenden nationalliberalen Abgeordneten die Zusage gemacht, daß mein erster Steuervorschlag nach den Neuwahlen die Wiedereinbringung der Kindeserbschaftssteuer sein würde. Diese Angabe entspricht nicht den Tatsachen. Bei meinen Verhandlungen und Besprechungen über die Zuwachssteuer ist von der Einführung der Erbschaftssteuer niemals die Rede gewesen.
>
> Ferner gestatte ich mir festzustellen, daß ich einer politischen Partei nicht angehöre oder angehört habe.
>
> (gez.) Wermuth.

Das „ewige" Flottengesetz.

Nach den Mitteilungen der Zentrumspresse über die neue Flottenvorlage soll die Zahl der Linienschiffe von 38 auf 41 und die Zahl der kleinen Kreuzer von 38 auf 40 erhöht werden. Daß diese Vermehrung der Flotte um einstweilen „nur" drei Linienschiffe natürlich nur der erste unscheinbare Anfang ist und alles Gerede der Zentrumspresse von einem feststehenden Flottenbauplan auf mehrere Jahrzehnte hinaus nur törichtes Gerede, zu dieser Auffassung gelangt auch Oberst Gädke. Das „ewige" Flottengesetz, das bis zum Jahre 1917 die Flottenbauten regeln sollte, aber bereits 1906 und 1908 durch neue Flottenvorlagen über den Haufen geworfen wurde, und das nun durch ein neues Flottengesetz von gleich „ewiger" Dauer ergänzt werden soll, ironisiert Oberst Gädke nicht übel durch folgende Bemerkung:

> „Es fällt auf, daß bei der Hochseeflotte das Flottenflaggschiff scheinbar beibehalten werden soll, während es bei der Reserveflotte zugunsten der Formierung des 3. Hochseegeschwaders in Fortfall kommt. Wenn nicht etwa eine Ungenauigkeit der Nachricht vorliegt, würde man wieder einmal auf eine „bedauerliche Lücke" in der Rüstung schließen und später die Nachforderung dieses zweiten Flottenflaggschiffes erwarten müssen. Das würde dann die Zahl der Linienschiffe schon auf 42 bringen. Aber das ganze dritte Hochseegeschwader wird schließlich eine solche Lücke darstellen und vom Jahre 1920 an nach seiner besseren Hälfte schreien, was eine abermalige Erhöhung unseres Schiffbestandes um
>
> 9 Linienschiffe,
> 2 Linienschiffskreuzer,
> 6 kleine Kreuzer
>
> zur Folge haben wird. Ein „Grund" wird sich dazu schon finden; unsere Reichsboten sind ja in dieser Beziehung so genügsam. Von Lücke zu Lücke werden wir langsam aber sicher zu einer Zahl von 73 Kampfschiffen emporklettern, nachdem das „ewige" Flottengesetz die Zahl auf 38 Linienschiffe festgelegt hatte. Aber unsere Werften müssen doch fortlaufende Beschäftigung erhalten. Das ganze nennt sich: Abrüstung."

Die Voraussagen des „Vorwärts" treffen ein.

Vor etwa anderthalb Jahren brachte der „Vorwärts" von wohlinformierter Seite Voraussagen über eine im Kriegsschiffbau bevorstehende technische Revolution. Diese Revolution, so wurde ausgeführt, werde durch die Verwendung des Explosionsmotors auch für die Schlachtschiffe hervorgerufen werden. Wahrscheinlich würden die Schiffbautechniker von den riesigen Dimensionen der gegenwärtigen Schlachtschiffe zurückkommen und dafür wesentlich kleinere, aber besonders schwer gepanzerte und mit Riesengeschützen armierte Schlachtschiffe bauen. Die durch die enorme Verminderung des Heizmaterials erzielte Gewichtsersparnis werde einen weit stärkeren Panzerschutz ermöglichen, während andererseits das Kaliber der Geschütze bis auf 42 Zentimeter erhöht werden dürfte.

Mancher Leser wird sich noch des souveränen Hohns erinnern, mit dem die Panzerplattenpresse unsere damaligen Voraussagen überschüttete. So etwas sei technisch ganz unmöglich. Denn Explosionsmotore für Schlachtschiffe einzuführen, sei der Gipfel der Abenteuerlichkeit, und Riesengeschütze von 42 Zentimeter Kaliber gehörten gleichfalls in das Reich der Fabel.

Inzwischen aber sind, wie wir einer marinetechnischen Darstellung des „Reichsboten" entnehmen, bereits mehrere englische 7000 Tonnen-Schiffe mit Explosionsmotoren ausgestattet worden. Diese Schiffe gebrauchen nur 1000 Tonnen Petroleum als Betriebsmaterial, während bisher zum Betrieb gleich leistungsfähiger Kolbenmaschinen 5000 Tonnen Kohlen erforderlich waren. Aber mehr noch. Wie die „Tägliche Rundschau" vom 2. März meldete, schlägt ein italienischer Schiffsbaukonstrukteur vor, Schlachtschiffe von 16 000 bis 18 000 Tonnen zu bauen, die mit Explosionsmaschinen betrieben, mit einem Panzerschutz von 320 Millimeter versehen und mit 35 Zentimeter-Geschützen armiert werden sollen. Außerdem hat dieselbe „Tägliche Rundschau" letzter Tage bereits gemeldet, daß die Firma Krupp für unsere Schlachtschiffe bereits 38 Zentimeter-Geschütze herstellt, die 1500 Pfund schwere Projektile schleudern!

Also alles, was der Gewährsmann des „Vorwärts" bereits vor achtzehn Monaten ankündigte, wird jetzt bereits von den Fachleuten ernst in Vorschlag gebracht und steht unmittelbar vor seiner Verwirklichung! Die Panzerplattenpatrioten-Organe sollten in ihrer Kritik also künftig etwas vorsichtiger sein, falls sie nicht wieder durch die faktische Entwickelung gründlichst ad absurdum geführt werden wollen.

Ein Konflikt in der hessischen Zweiten Kammer.

In der Zweiten Kammer des hessischen Landtages kam es heute vormittag zu einem kleinen Zwischenfall, über den das Wolffsche Telegraphenbureau in folgender Weise berichtet:

> Nach der Rede des Abgeordneten Dr. Fulda (Sozialdemokrat), der den Minister des Innern fortgesetzt aufs schwerste angriff und beleidigte, ohne von dem Vizepräsidenten Korell zur Ordnung gerufen zu werden, verließen sämtliche Regierungsvertreter das Haus. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde auf Antrag des Abgeordneten Osann beschlossen, eine Pause eintreten zu lassen, in welcher der Vorstand der Kammer mit der Regierung darüber verhandeln solle, auf welcher Grundlage wieder ein Zusammenarbeiten mit der Regierung ermöglicht werden könne.
>
> Nach etwa einstündiger Verhandlung des Vorstandes der Kammer mit der Regierung und nach Beratungen der Fraktionsvorstände erschienen die Regierungsvertreter wieder im Saale. Der Vizepräsident Korell stellte auf Grund des Stenogramms die wiederholten Beleidigungen des Abgeordneten Dr. Fulda fest und erteilte ihm zwei Ordnungsrufe. Darauf gab er im Namen des Gesamtvorstandes der Kammer eine Erklärung ab, in der er seinem Bedauern wegen des Zwischenfalles Ausdruck gab. Sodann gaben sämtliche Vorstände der bürgerlichen Fraktionen eine Erklärung ab, in der sie ebenfalls den Vorfall aufs tiefste bedauerten. Der Minister des Innern v. Hombergk dankte den bürgerlichen Parteien und erklärte, daß es ihm nach dem beleidigenden Verhalten Fuldas unmöglich sei, in Zukunft sich jemals wieder mit ihm in eine Diskussion einzulassen, oder ihm Antwort zu erteilen. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Aus dem badischen Landtag.

In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer des badischen Landtages legte, wie aus Karlsruhe gemeldet wird, Finanzminister von Reinhold einen Nachtragsetat zum Verkehrsbudget 1912/13 vor, der eine Forderung von 1 208 000 Mark zur Erhöhung der Tage- und Akkordlöhne der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter mit Wirkung vom 1. März enthält. Die durchschnittliche Aufbesserung soll jährlich 44,03 Mark betragen. Der jährliche Durchschnittslohn stellt sich dann auf 1900 Mark.

Die Pläne des deutschen Kriegerbundes.

Ein Schriftstück, welches uns zur Verfügung gestellt wird und weiter unten zum Abdruck gelangt, verrät uns, mit welch „imposanten" Plänen der „Deutsche Kriegerbund" schwanger geht. Danach hat es den Anschein, als ob man an leitender Stelle einzusehen beginnt, was wir schon längst bemerkt haben, nämlich, daß die nationale Phrase selbst bei den Königstreuesten bedenklich an Zugkraft verliert. Die Mitgliederflucht gerade aus den Kreisen der Industriearbeiter, der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden sowie der kleinen Landwirte und landwirtschaftlichen Arbeiter und schließlich der Beamten und Privatangestellten muß schon einen ziemlichen Umfang angenommen haben, wenn jetzt durch Gründung einer Kriegerversicherungs- und Fürsorgekasse eine von den Mitgliedern selbstgeschmiedete Fessel geschaffen werden soll und zugleich auch eine Lockspeise, mit der man Unaufgeklärte zu ködern hofft, um den anscheinend nicht mehr so erheblichen Sukkurs aus den unteren Bevölkerungsschichten neu zu beleben.

Das Schriftstück lautet:

P. P.

Der deutsche Kriegerbund plant die Errichtung einer Krieger-Versicherungs- und Fürsorgekasse.

Die Form der Kasse ist als Versicherungskasse gedacht, an welcher sich jeder freiwillig beteiligen kann. Es soll Aufgabe der Kasse sein:

Erstens die Kameraden zu unterstützen, welche durch Aussperrung und Streik in Mitleidenschaft gezogen sind, jedoch **nur, wenn eine Beteiligung des Betreffenden am Streik nicht erfolgt.** Es soll weiter den Kameraden durch die Kasse Schutz geboten werden, welche wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Kriegervereinen durch den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden. Hierfür soll ein Beitrag von wöchentlich 10 Pfennig erhoben werden, dem gegenüber als Leistung der Kasse bei Arbeitslosigkeit bezw. während der Dauer der Aussperrung eine wöchentliche Unterstützung und zwar an Verheiratete 15 M. und Unverheiratete 12 M., jedoch nicht über die Dauer von 13 Wochen hinaus, steht.

Zweitens soll den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern durch die Kasse in solchen Fällen Schutz geboten werden, wo seitens der sozialdemokratischen Verbände das Mittel des Boykotts angewendet wird. Die Leistungen hierfür sind die gleichen wie die unter 1 angeführten, also 10 Pfennig wöchentlicher Beitrag gegen 12 M. bezw. 15 M. wöchentliche Unterstützung.

Drittens soll die Kasse den kleinen Landwirten und solchen landwirtschaftlichen Arbeitern, welche ein kleines Stückchen Land ihr eigen nennen, eine Hilfe sein, wenn ein etwa plötzlich eintretendes Naturereignis wie Hagel, Ueberschwemmung usw., Schaden anrichtet. Die in solchen Fällen bisher vom deutschen Kriegerbund aus der Bundeskasse geleisteten Unterstützungen sollen nach wie vor bestehen bleiben und soll gegen einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pfennig ein etwaiger Schaden bis zu 10 Prozent, also, da die Unterstützungen der Bundeskasse ebenso hoch sind, mit 20 Prozent gedeckt werden.

Viertens soll auch die Kasse in den Dienst der Kameraden gestellt werden, welche als Beamte oder Privatangestellte beschäftigt sind, um es denselben zu ermöglichen, in Krankheitsfällen eine Beihilfe zu erhalten. Hierfür ist allerdings ein Beitrag von 20 Pfennig zu zahlen, dem gegenüber ebenfalls 15 M. bezw. 12 M. wöchentliche Unterstützung stehen.

Um recht zahlreiche Meldungen zur Beteiligung an dieser Kasse, die nur wirklich kleine Beiträge fordert, wird gebeten. Heute erfolgende Meldungen sind nicht verbindlich, können also jederzeit rückgängig gemacht werden.

Berlin, den 5. Februar 1912.

Verein ehemaliger Schwedter Dragoner.
Der Vorstand.
C. Conrad, Vorsitzender.
G. Hohlfeld, Schriftführer, Goßlerstr. 25.

Daß diese Kasse auch als **Streikbrecherunterstützungskasse** dienen soll, wie aus dem ersten Passus hervorgeht, nimmt uns von dieser Seite nicht wunder, dürfte aber geeignet sein, vielen Mitgliedern der Kriegervereine die Augen dafür zu öffnen, wohin der Weg geht, und sie veranlassen, entschieden von solcher Gesellschaft abzurücken.

Strenges Zentrumsregiment.

Das Zentrum führt jetzt in Bayern ein strenges Regiment. Das „Fränk. Volksblatt" des Herrn Liborius Gerstenberger schreibt in seinem Landtagsbrief vom 9. März:

„Sehr aufgefallen ist es, daß heute ein hoher Militärbeamter und Staatsrat sich sehr lange und in der liebenswürdigsten Weise mit dem Sozialisten v. Vollmar an dessen Platz zu unterhalten beliebte. Eine halbe Stunde später stimmten die Sozialisten gegen den Militäretat."

So etwas darf natürlich unter dem neuen ultramontanen Regime in Bayern nicht geduldet werden, für Leute à la Frauendorfer ist heute kein Platz mehr in der Regierung und in den benachbarten Regionen. Damit nicht wieder ein hoher Beamter in Versuchung gerät, sich mit Sozialdemokraten zu unterhalten, wäre es gut, wenn die Plätze der sozialistischen Volksvertreter durch hohe Gitter von den übrigen Plätzen getrennt würden.

Zur Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegen Redakteure.

Der Redakteur des „Hamburger Fremdenblattes", Dr. Obst, wurde heute im Zeugniszwangsverfahren zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, da er unter Berufung auf seine Berufsehre das Zeugnis verweigerte. Von einer Haftstrafe wurde auf Wunsch des Staatsanwalts abgesehen.

Bremische Steuerreform.

Zur Deckung eines Fehlbetrages von einer Million Mark wird in Bremen eine eigenartige Steuererhöhung geplant. Es ist beabsichtigt, das Einkommensteuergesetz dahin abzuändern, daß die gezahlte Steuer nicht mehr wie bisher vom Einkommen abgezogen werden darf. Diese Aenderung soll 500 000 M Mehreinnahme bringen. Weiter soll die Erbschaftssteuer soweit erhöht werden, daß sie bei Erbanfällen von 500 000 M. 6 Proz. erreicht. Außerdem soll der bremische Zuschlag zur Reichserbschaftssteuer erhöht werden, so daß dieser Steuerzweig 276 000 M. mehr ergibt. Endlich soll die Firmensteuer zu einer allgemeinen Gewerbesteuer erweitert werden, die auch die Gewerbe und das Handwerk trifft. Zugleich soll ihre Progression erhöht werden.

England.

Eine Interpellation über die Abtretung der Walfischbay an Deutschland.

London, 12. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Fell (konservativ), welche Häfen oder welches Gebiet Großbritannien im Austausch für die Walfischbay oder Sansibar im Zusammenhang mit dem Vorschlag einer Vereinbarung über den Austausch jener britischen Häfen angeboten worden sei. Grey erwiderte: Nach meiner Meinung kann Fell die Antwort, die ich am 22. Februar erteilte, nicht gesehen haben. Ich muß ihn auf jene Antwort verweisen, die, soweit als dieses Haus in Betracht kommt, alle Besorgnisse beseitigen sollte. Fell fragte den Staatssekretär sodann, ob er ungeachtet seiner Antwort vom 22. Februar die fortgesetzten Aeußerungen in der Presse des Festlandes mit Bezug auf die Möglichkeit des Austausches zur Kenntnis genommen hätte. Grey erwiderte: Ich habe diese Aeußerungen nicht gesehen, aber meine Entgegnung vom 22. Februar wahrt vollkommen die Rechte des Hauses in dieser Angelegenheit.

Der Flottenetat.

London, 12. März. Der Flottenetat für das Rechnungsjahr 1912/1913 ist heute abend veröffentlicht worden. Er schließt insgesamt mit 44085400 Pfund Sterling ab gegen 44392500 im laufenden Rechnungsjahr.

Marokko.

Unruhen in Marrakesch.

Paris, 12. März. Nach einer dem „Temps" aus Tanger zugegangenen Depesche ist dort eine Meldung aus Mazagan eingetroffen, wonach in Marrakesch Unruhen ausgebrochen sind, bei denen ein deutscher Ingenieur namens Bertram sowie ein zweiter Reisender schwer verletzt wurden.

Protest gegen Steuerbedrückung der Konsumvereine.

Die Absicht, den Konsumgenossenschaften durch Aenderung des preußischen Einkommensteuergesetzes eine neue Last aufzuerlegen, vereinigte gestern abend viele Tausende von Männern und Frauen zum Protest in 24 Versammlungen, welche die Propagandakommission für das Genossenschaftswesen in Berlin und den Vororten einberufen hatte.

Der Gedanke, durch Organisierung des Wareneinkaufs auch den minderbemittelten Konsumenten die wirtschaftlichen Vorteile zu verschaffen, die sich jeder Wohlhabende durch Einkauf im Großen sichern kann, veranlaßt die Arbeiter, sich mehr und mehr den Konsumgenossenschaften anzuschließen. Auch die durch eine volksschädigende Zollpolitik versuchte Teuerung wirkt in dieser Richtung. Die Konsumgenossenschaften erfreuen sich eines kräftigen Wachstums. Doch, wie alle Einrichtungen, welche sich klassenbewußte Arbeiter zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage geschaffen haben, so erregen auch die Konsumgenossenschaften den Neid aller Arbeiterfeinde. Besonders sind es die Leute, welche sich, fälschlich zwar, aber doch mit großen Worten als Retter des Mittelstandes aufspielen, die fortgesetzt neue Maßregeln aushecken, welche geeignet scheinen, den Konsumvereinen die Existenz zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Auch der jetzige Plan, die Rückvergütungen zu besteuern, welche die Konsumvereine ihren Mitgliedern gewähren, ist so eine mittelstandsretterische Maßregel, die dem gewerblichen Mittelstande nichts hilft, den organisierten Konsumenten aber die Groschen raubt, welche sie durch gemeinsamen Einkauf im Großen mühsam erspart haben und am Jahresschluß vom Konsumverein zurückgezahlt bekommen. Also um eine Besteuerung des soliden wirtschaftlichen Gedankens, um eine Besteuerung der Spargroschen der armen Leute handelt es sich hier. Was da im preußischen Landtage unter dem energischen Widerspruch der sozialdemokratischen Abgeordneten geplant wird, ist ein Ausnahmegesetz gegen die Konsumvereine. Ein Ausnahmegesetz, welches bestimmt ist, die Spargroschen der Konsumvereinsmitglieder zu verschlingen. Ein derartiges Steuerprojekt ist zwar ein Hohn auf die Anschauungen der bürgerlichen Gesellschaft, welche die Sparsamkeit immer noch als eine der hervorragendsten wirtschaftlichen Tugenden, ja als die Grundlage des Fortkommens für den einzelnen preist. Aber das Projekt paßt vortrefflich in den Kurs, welcher dahin geht, Zölle und Steuern den ärmeren Volksschichten aufzuladen, damit die Reichen von den Lasten verschont bleiben und ihre Geldsäcke noch weiter füllen können.

Es ist selbstverständlich, daß die Volksschicht, der hier eine neue Steuerschraube angesetzt werden soll, sich diese Prozedur nicht ruhig gefallen lassen will. Unter der gegenwärtigen Teuerung, die den unersättlichen Agrariern die Taschen mit Goldstücken füllt, leiden die Arbeiter in unerträglicher Weise. Um diesen Druck ein wenig zu mildern, nehmen sie die Vorteile wahr, welche ihnen die Konsumgenossenschaften bieten. Doch diese Vorteile schwinden zum großen Teil, wenn das neue Steuerprojekt Gesetz werden sollte. Darum wehrten sich in den gestrigen Versammlungen die Konsumenten mit Recht gegen den neuen Steuerplan.

Alle Versammlungen waren gut besucht. Viele, und zwar nicht nur die kleineren, sondern auch mancher recht große Saal, waren überfüllt. Frauen und Männer der Arbeiterklasse waren da versammelt, welche die Not des Lebens, den Druck der Teuerung täglich und stündlich am eigenen Leibe fühlen. Sie waren eins im energischen Protest gegen eine weitere Verschlechterung ihrer Lage, die notwendigerweise eintreten muß, wenn ihnen der Steuerheber die Spargroschen aus der Tasche holt, die sie durch Einkauf im Konsumverein zurückgelegt haben.

Protest gegen einen ungerechten Steuerplan! Protest gegen ein unsere Konsumvereine drückendes, die Massen der Konsumenten schädigendes Ausnahmegesetz! — Hinein in die Konsumvereine, damit die organisierten Konsumenten eine Macht werden, mit der man rechnen muß, und der man mit derartigen Bedrückungsmaßregeln nicht beizukommen wagen darf!

Das war der Gedanke, dem die Referenten unter allgemeiner Zustimmung Ausdruck gaben. In allen Versammlungen wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 12. März 1912 in 24 Versammlungen Groß-Berlins versammelten Konsumenten erheben gegen die im Entwurfe des preußischen Einkommensteuergesetzes vorgesehene neue steuerliche Belastung der Konsumvereine entschiedensten Protest.

Die Konsumvereine sind keine auf Gewinnerzielung gerichteten Gewerbebetriebe, sondern die auf rationelle Deckung des eigenen Bedarfs gerichteten Vereinigungen vieler Konsumenten. Ihr Zweck ist, **bereits vorhandenes und auch bereits versteuertes Einkommen** auf dem Wege gemeinsamer Warenversorgung möglichst vorteilhaft zu verausgaben. Die Wissenschaft und die Rechtsprechung erkennen diesen ökonomischen Charakter der Konsumvereine an und scheuen sich nicht, den einzig zulässigen Schluß daraus zu ziehen, daß die Erhebung von Einkommen-, Warenhaus-, Filial- und anderen Umsatzsteuern von Konsumvereinen unberechtigt ist.

Im Gegensatz zu der Ueberzeugung der Wissenschaft steht jedoch die steuerrechtliche Praxis in Preußen. Das bisher gültige preußische Einkommensteuergesetz ignoriert die Tatsache, daß die Konsumvereine weder Gewinn noch Einkommen in steuerrechtlichem Sinne erzielen. Es unterwirft die Konsumvereine der Einkommenbesteuerung im Gegensatz zu den übrigen Genossenschaften, die keine Einkommensteuer zu bezahlen haben, wenn sie ihren Geschäftsbetrieb auf ihre Mitglieder beschränken. So dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossene Konsumgenossenschaften **mußten im Jahre 1910 insgesamt 779 531 M. Steuern bezahlen.** Diese Steuern lasteten auf einem Umsatz in Höhe von **122 354 000 Mark.** Es sind die Ersparnisse von den ärmsten Schichten des Volkes angehörenden Konsumenten, die in dieser Weise von der Steuer erfaßt werden, während die Genossenschaften der Handwerker, Kleinhändler und Landwirte, **die in Preußen jährlich einen Umsatz von über 500 Millionen Mark erzielen,** nicht nur steuerfrei bleiben, sondern auch durch direkte und indirekte Zuwendungen aus Staatsmitteln gefördert werden. Das Unrecht, das den Konsumvereinen zugefügt wird, erfährt eine Verstärkung durch Unterstellung der Konsumvereine unter die Warenhaussteuer. Die Konsumvereine werden dadurch gezwungen, entweder auf den Vertrieb notwendiger Gebrauchsartikel, die gewohnheitsmäßig bei jedem Kleinhändler zu kaufen sind, zu verzichten oder 2 Proz. vom Wert ihres Warenbezuges, d. h. ungefähr den vierten Teil der Konsumersparnis, an die Gemeinde als Steuer zu entrichten, die dann unter die manchmal recht wohlhabenden Gewerbetreibenden der 4. und 3. Gewerbesteuerklasse verteilt oder auf den Gewerbesteuerbetrag angerechnet wird, den diese Gewerbetreibenden zu entrichten haben.

So ergibt eine Betrachtung des Steuerrechts der Konsumvereine **empörende Ausnahmebestimmungen zuungunsten der genossenschaftlichen Selbsthilfe der breiten Massen des Volkes** und **ungeheuerliches Unrecht,** das Jahr für Jahr den preußischen Konsumvereinen zugefügt wird. Im Entwurfe des neuen preußischen Einkommensteuergesetzes ist nun eine Bestimmung enthalten, die zur **Verschärfung dieses Unrechts, zur Erhöhung des Ausnahmecharakters der Konsumvereinsbesteuerung führen würde,** wenn sie Gesetzeskraft erlangen sollte. Was jedem Händler, jedem Rabattsparverein als selbstverständlich gestattet wird: den Rabatt, zu dessen Rückzahlung der Geschäftsinhaber verpflichtet ist, als Schuld an den Käufer zu betrachten und ihn vom Geschäftsertrag in Abzug zu bringen, das soll den Konsumvereinen für die Zukunft verwehrt sein. Das preußische Einkommensteuergesetz, das die Begünstigungen aller anderen Genossenschaften und die Benachteiligung der Konsumvereine in der bisherigen Weise weiterbestehen läßt, würde demnach bei den Konsumvereinen auch Verpflichtungen als „Einkommen" behandeln, eine Bestimmung, wie sie gleich widersinnig und unlogisch bisher wohl kaum noch für ein Einkommensteuergesetz vorgeschlagen worden sein dürfte. Seine Durchführung würde eine abermalige Erhöhung der Steuerlasten bedeuten, die heute schon auf den Konsumvereinen ruhen und ihnen ihre sozial segensreiche Aufgabe, die Kaufkraft des Einkommens der minderbemittelten Schichten des Volkes zu erhöhen, noch mehr erschweren als bisher.

Das Einkommen der Konsumvereinsmitglieder wird, weil diese meistens Lohnarbeiter sind, schon durch das Einkommensteuergesetz bis zum letzten Pfennig erfaßt. Außerdem sind aber gerade diese Bevölkerungsschichten durch die Besteuerung fast aller Lebensmittel auf das empfindlichste belastet und auf die Wirksamkeit der Konsumvereine bei Bekämpfung der Folgen der vorhandenen Teuerung ganz besonders angewiesen. Eine Minderung des dem Staat und den Gemeinden zufließenden Steuerertrages entsteht durch die Konsumvereine nicht. Die von ihnen und ihren Angestellten entrichteten Steuern ergeben eine größere Summe als die Steuern von Kleinhändlern, die vorhanden wären, wenn der Umsatz der Konsumvereine unter sie verteilt würde. Es bleibt also für die Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine nur der eine Grund übrig, daß **aus einseitigen Klassenrücksichten zugunsten technisch rückständiger Kleinhandelsbetriebe die Entwickelung der Konsumvereine beeinträchtigt werden soll.**

Gegen diese Pläne erhebt die Versammlung entschieden Protest. Sie richtet an die Abgeordneten ihres Bezirks und zugleich an das Hohe Haus der Abgeordneten das Ersuchen, den von der preußischen Regierung beantragten Zusatz zum § 15 des Einkommensteuergesetzes abzulehnen, dafür aber die Reform des preußischen Einkommensteuergesetzes als günstige Gelegenheit auszunützen, um ein Steuerrecht für Konsumvereine zu schaffen, das der Eigenart der konsumgenossenschaftlichen Warenvermittelung gerecht wird und die Anforderungen an die Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte erfüllt, die auch die Konsumvereine von einem Einkommensteuergesetz erwarten dürften.

Letzte Nachrichten.

Aus dem elsaß-lothringischen Parlament.

Straßburg i. Els., 12. März. (W. T. B.) Die Zweite Kammer des Landtages nahm in zweiter Lesung den Etat des Ministeriums an. **Der Posten von 44 000 M. für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei wurde vom Zentrum, den Sozialdemokraten und den Demokraten gestrichen,** während die Liberalen und der Lothringische Block sich der Abstimmung enthielten. Das Zentrum erklärte sich durch die Abgeordneten Haus und Wetterlé jedoch bereit, seinen Standpunkt einer Revision zu unterziehen, wenn dem Parlament eine Kontrolle zugestanden würde. Staatssekretär Zorn von Bulach und Unterstaatssekretär Mandel erklärten, das elsaß-lothringische Parlament solle nicht schlechter gestellt werden als andere Parlamente. Die Regierung würde Erkundigungen in anderen Staaten über deren Verhalten anstellen. Liberale und Lothringer Block wollten erst abwarten, welche Stellung die Regierung in dieser Frage einnimmt.

Bergarbeiterstreik in Lothringen.

St. Avold, 12. März. (W. T. B.) Auf der Grube Merlenbach der Saar- und Moselbergwerksgesellschaft ist plötzlich der Streik ausgebrochen. Heute mittag sind von rund **700 Mann Belegschaft der Grube nur 50 angefahren.** Die Streikenden, die ohne Kündigung die Arbeit niedergelegt haben, stellen die gleichen Forderungen wie die Arbeiter des Ruhrbezirks. In den sonstigen Gruben des Bezirks ist alles angefahren.

Aus dem böhmischen Streikgebiet.

Prag, 12. März. (W. T. B.) Nunmehr haben auch die deutschnationalen Bergarbeiter, deren Vertretung im Reichsrat heute eine Interpellation wegen der Streikgefahr im Nordwestrevier mit dem Verlangen nach einer **Lohnerhöhung** eingebracht hat, eine Versammlung zur Beratung der Streikgefahr auf den nächsten Sonntag einberufen. Ebenso verfuhren die Bergarbeiter des Rürschauer Kohlenbeckens.

Ein Sympathiestreik der Pariser Kutscher.

Paris, 12. März. (P.-C.) Heute abend finden in ganz Paris Versammlungen der verschiedenen Transportarbeitervereinigungen statt. Die Kutscher aller Fuhrwerke haben beschlossen, in **einen 24stündigen Sympathiestreik zugunsten der ausständigen Chauffeure,** deren Forderungen immer noch nicht bewilligt sind, einzutreten.

Einbruch in das Straßburger Münster.

Straßburg, 12. März. (H. B.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag drangen Diebe in das Münster ein und zerstörten dabei ein kostbares Kirchenfenster mit dem Bildnis König Philipps.

Weitere Verhaftung in dem Raubanfall auf einen Kassenboten.

Paris, 12. März. (W. T. B.) Heute wurde auf dem Montmartre ein gewisser Belleont verhaftet, in dessen Behausung **Wertpapiere im Betrage von 50 000 Frank gefunden wurden,** die aus dem vor einiger Zeit an dem Kassenboten Caby verübten Raube herrühren. Einer seiner Helfershelfer wurde in Berlin festgenommen.

Eine Arnautenbande aufgerieben.

Saloniki, 12. März. (W. T. B.) In der Umgebung der Ortschaft Papan (Bezirk Djakowa) wurde heute eine **starke Arnautenbande von Militär umzingelt.** Drei Arnauten wurden getötet, mehrere verwundet und sieben gefangen genommen. Der Rest der Bande flüchtete unter Mitnahme der Verwundeten. Die Truppen nahmen ihre weitere Verfolgung auf.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Nr. 61. 29. Jahrgang. 1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Mittwoch, 13. März 1912.

Streikbrecherschutz im Herrenhause.

5. Sitzung, Dienstag, den 12. März.

Auf der Tagesordnung steht die einmalige Schlußberatung des von 72 Mitgliedern des Hauses unterzeichneten Antrages v. Puttkamer:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, alle erforderlichen Maßnahmen, nötigenfalls auch durch Einbringung von Gesetzesvorlagen, zu ergreifen, welche geeignet erscheinen, Arbeitswillige und Gewerbetreibende in der Verwertung ihrer Arbeitskraft und in ihrer geschäftlichen Tätigkeit wirksam zu schützen vor Vergewaltigung und Bedrückung, sei es, daß diese im Wege unmittelbaren oder mittelbaren Zwanges versucht werden.

Dem Antrage war folgende Begründung beigegeben: Die tägliche Erfahrung lehrt, daß der

von der Umsturzpartei geübte Terrorismus

auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Erwerbslebens eine große Zahl von Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden nicht nur in der berechtigten Ausübung ihres Berufes hindert, sondern sie vielfach auch körperlichen Mißhandlungen aussetzt. Dieser Zustand übt zugleich eine entsittlichende, das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl vernichtende, die staatliche Ordnung beeinträchtigende Wirkung. Angesichts der gegenwärtig erneut drohenden Gefährdung der für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Volksgesamtheit unerläßlichen Erwerbszweige ergibt sich in verstärktem Maße die Notwendigkeit, dem **brutalen Treiben** mit allen zulässigen Mitteln und mit **tunlichster Beschleunigung** entgegenzutreten.

Der

Berichterstatter Graf v. Zieten-Schwerin

empfiehlt die Annahme des Antrages. Er sucht einen Weg, um die Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden wirksam zu schützen. Er zielt nicht darauf hin, etwa die gesetzlichen Rechte zum Streik zu beeinträchtigen, er will vielmehr nur den ungesetzlichen Zwang auf Arbeitswillige beseitigen, und letzteren, wie auch den Gewerbetreibenden, ihre bürgerliche Freiheit und Selbständigkeit bewahren. Die Erfahrung lehrt bei vielen Streiks, daß vielfach die Erhaltung wirtschaftlicher Verbesserungen der Lage der Arbeiter nur ein

Vorwand

ist, um die Arbeitsniederlegung zu begründen. Die Streikunternehmer wollen **größeren politischen Einfluß** erreichen, wollen zur Unterdrückung anderer Staatsangehörigen deren gesetzlich geschützte Rechte stören. Bekannt ist, wie die Streikunternehmer sich der rohesten Mittel bedienen, um die Arbeitswilligen zur Arbeitseinstellung zu zwingen. Durch diesen Terrorismus werden nun auch die berechtigten wirtschaftlichen Streiks bei den Freunden der Arbeiter in Mißkredit gebracht, und dieser **Terrorismus ist unter allen Umständen vom Staate zu brechen.** (Sehr richtig!) Hierzu schlägt der Antrag die Einbringung von Gesetzesvorlagen vor. Das kann aber nur als eine ultima ratio gedacht werden. Zur Beseitigung der brennenden Not kann dieser Weg nur zuletzt gegangen werden. Denn ein solches neues Gesetz würde die Hilfe auf Jahre hinausschieben, während welcher Zeit viele Familien und Einzelpersonen durch den Terrorismus zugrunde gehen würden. Das Vertrauen zur Staatsregierung würde inzwischen verloren gehen, und ebenso ihr Ansehen bei Freund und Feind. (Sehr richtig!) Meiner Ansicht nach aber reichen die zu Gebote stehenden Mittel vollständig aus, wenn sie nur

kraftvoll und rücksichtslos

angewendet werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Anwendung von Kraft und Rücksichtslosigkeit ist durchaus nötig, denn bei den frivolen Streiks und ihrem üblichen Terrorismus stehen **König und Vaterland auf dem Spiele.** Heute besitzt die Regierung noch die Macht, Recht und Gesetz im Lande zu schützen und zu erhalten. Gebraucht sie diese Macht nicht, so gehen wir Zuständen entgegen, wie sie in Frankreich mit der Revolution von 1789 eingeleitet wurden. Wer sein deutsches Vaterland und seinen König lieb hat, der muß bei dieser Aussicht ein **tiefes Weh im Herzen fühlen.** Ich rufe der Regierung zu:

Landgraf werde hart!

(Lebhafter Beifall.) Nun hat die Regierung, wie wir aus den Zeitungen der letzten Tage ersehen haben, die Absicht ausgesprochen, in dem im Ruhrgebiet in Aussicht stehenden Streik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die arbeitswilligen Bergleute zu schützen. Möchte die Annahme dieses Antrages, die ich nochmals empfehle, der Regierung den Rücken und allen Beteiligten den Mut stärken. (Lebhafter Beifall.)

Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern **Holtz:**

Der Herr Minister ist zu seinem großen Bedauern durch Krankheit verhindert, heute hier persönlich im Hause zu dem Antrage Stellung zu nehmen. Ich habe zunächst zu erklären, daß die Regierung selbstverständlich die ernste Pflicht hat, ihrerseits

alles zu tun,

um die Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden in der Verwertung ihrer Arbeitskraft und in ihrer geschäftlichen Tätigkeit **wirksam zu schützen,** wie es hier in diesem Antrage heißt, daß sie stets bestrebt sein wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche für die Erfüllung dieser in Streikfällen ja besonders schwierigen Aufgabe dienlich und notwendig sind. Soweit sich der Antrag auf Gesetzesvorlagen bezieht, bin ich

nicht in der Lage, sachliche Erklärungen zu ihm abzugeben.

Mag schon der Umstand, daß gerade vor einigen Tagen eine lebhafte Arbeiterbewegung ausgebrochen ist, den Zeitpunkt für Regierungserklärungen nach dieser Richtung hin an sich vielleicht als nicht geeignet erscheinen lassen, so ist das Bedenken ausschlaggebend, daß das Rechtsgebiet, das hier in Frage kommt, der Reichsgesetzgebung vorbehalten ist. Der Staatssekretär des Innern hat vor einigen Tagen sich im Reichstage eingehend über diese Frage geäußert und Wege angedeutet, die vielleicht für die Lösung in Betracht kommen können. Ich darf auf diese Ausführungen hier Bezug nehmen. Was nun aber weiter die **Verwaltungsmaßnahmen** anbetrifft, das heißt alle die Maßnahmen, für die das Ministerium des Innern in Preußen zuständig und anderseits verantwortlich ist, so kann ich die Versicherung geben, daß von seiten des Ministeriums **alles getan** ist, um die wichtige Aufgabe, die hier in Frage steht, nach Kräften zu erfüllen. Ich verweise zunächst in dieser Beziehung auf die **Aenderung der Organisation,** welche für die **Polizeiverwaltung in Industriebezirken** eingetreten ist. Bereits vor 2 Jahren sind für Bochum, Gelsenkirchen und Essen

königliche Polizeiverwaltungen

organisiert worden, eine Einrichtung, die eine erhebliche Verstärkung des Exekutivpersonals und eine **wirksame Konzentration der Polizeigewalt** mit sich bringt. Die gleiche Maßnahme soll noch **im kommenden Etatsjahr** für **den oberschlesischen Industriebezirk und den Saarkreis** in Betracht kommen. Abgesehen davon, ist die **Heranziehung von Gendarmen** und von Schutzleuten aus Gebieten, die der Streikgefahr weniger oder gar nicht ausgesetzt sind, zur Hilfeleistung in dem Streikgebiet nach einem in allen Einzelheiten geregelten Verteilungsplane vorgesehen **worden.** Auf Grund dieser planmäßigen Vorbereitung sind vor **einigen Tagen Gendarmeriemannschaften und königliche Schutzleute** in beträchtlicher Anzahl ins Streikgebiet abgegangen, so daß dort eine **starke Polizeitruppe** zur Verfügung steht. Nach der heutigen Lage der Dinge darf angenommen werden, daß diese Maßnahmen ausreichen, um das Interesse der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit nach jeder Richtung zu schützen. Sollte aber dieser Erfolg wider Erwarten durch ein ordnungs- und gesetzwidriges Verhalten in Frage gestellt werden, so wird die Staatsregierung keinen Augenblick zögern, die staatlichen Maßnahmen zu verstärken und **alle Kräfte aufzubieten, um sich jeder Schädigung berechtigter Interessen mit voller Energie nachdrücklich und nachhaltig entgegenzustellen.** (Beifall.)

v. Puttkamer!

Ich danke der Staatsregierung, daß sie so energische Maßnahmen in Aussicht gestellt hat. Der Antrag findet seine Begründung in bedenklichen Erscheinungen, die wir seit langem im Erwerbsleben beklagen, in dem **Druck der Sozialdemokratie,** die damit weite Kreise in ihren Bann zwingen möchte, nach dem Grundsatz: Willst Du nicht mein Genosse sein, so schlag ich Dir den Schädel ein. Seit gestern sind im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk zahlreiche Bergleute unter Nichtinnehaltung der Kündigungsfrist in den Ausstand getreten, wenn auch der Streik nur ein partieller ist. Wir alle sind einig in dem Wunsche, daß dieser Streik unter gegenseitigem Einverständnis der Interessenten bald ein Ende finden möchte. Gelingt das nicht, so stehen wir

vor ernsten Ereignissen,

wie sie jetzt in England existieren. Wir danken der Regierung für ihre energischen Maßnahmen und begrüßen, daß die aufgebotenen Mannschaften zum Schutze der Arbeitswilligen genügen werden. Freilich ist mir erst heute morgen ein Schreiben vom Hauptvorstand des Bundes vaterländischer Arbeitervereine zugegangen, der 34000 Mitglieder zählt, und da wird ausgesprochen, daß die bestehenden Bestimmungen in keiner Weise ausreichen. (Hört! hört! und Sehr richtig!) Im sächsischen Landtage haben die bürgerlichen Parteien einmütig dasselbe betont, die Hamburger Bürgerschaft hat den Senat ersucht, sich dem Vorgehen der sächsischen Regierung anzuschließen, und dem Reichstage liegt eine entsprechende Resolution vor. Die Frage ist also spruchreif. Leider hat die Regierung bisher ihre Pflicht beim Schutze der Arbeitswilligen nicht in genügendem Umfange erfüllt. (Zustimmung.) Beim

Moabiter Krawall

ist es zu schwerer Schädigung des ruhigen Bürgers an Eigentum und Gesundheit gekommen, und zu wilden **Ausschreitungen** gegen die Arbeitswilligen; ja es schien, als ob der Mob lange Zeit Herr der Lage sei. (Zustimmung.) Staatliche Anordnungen, die zweckmäßig erschienen, mußten, wie es schien, auf höhere Anordnung zurückgenommen werden. (Hört! hört!) Daß dadurch das Selbstgefühl und Machtbewußtsein der Sozialdemokratie gesteigert wird, liegt auf der Hand. Es wäre durchaus zu erwägen, ob nicht an besonders bedrohten Orten, in Großstädten und Industriezentren, eine wesentliche Vermehrung der Polizeikräfte stattfindet. Man hat sich in einzelnen Fällen damit geholfen, aus weiten Kreisen des Landes Polizeikräfte heranzuziehen. Aber dieser Zustand ist nicht erwünscht, denn **Zündstoff liegt überall.** Man beklagt, daß es schwierig sei, die Lücken in der **Berliner Schutzmannschaft** zu füllen. **Sollten** diese Dinge in Gehaltsfragen begründet sein, so wären wir bereit, für die bedrohten Punkte

nach Art der Ostmarkenzulagen höhere Gehälter

zu bewilligen und vielleicht auch Dienstwohnungen zu schaffen. Daß die Polizeimannschaften die besten Waffen in der Hand haben müssen, ist selbstverständlich, zumal sich ja die ganze Bevölkerung bis herunter zum kleinen Jungen im Besitz von Schießwaffen befindet. Natürlich sollen die Polizeimannschaften nur unter strammer und vorsichtiger Leitung von der Waffe Gebrauch machen. Ist es aber nicht möglich, die Ruhe schnell wiederherzustellen, so **sollte** man nicht zögern, die

ultima ratio regis

heranzuziehen und mit **aller Energie** einzuschreiten. Sollte es dann zu blutigen Zusammenstößen kommen, so fällt die Verantwortung in voller Schwere auf Führer und Verführer, welche das betörte Volk erst in die Versuchung hineinhetzen und dann ihre eigene Person rechtzeitig in Sicherheit bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat nicht wahrnehmen können, daß sich in Moabit die sozialdemokratischen Führer als streitbare Makkabäer an die Spitze stellten. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls zeigt die Geschichte alle revolutionären Bewegungen, daß je früher und energischer man einschreitet, um so weniger Opfer verlangt werden. **Wäre man 1848 nicht dem siegreichen Heere in den Arm gefallen,** wieviel Verirrung und Verwirrung wäre erspart geblieben. Ich sehe voraus, daß man diese Ausführungen vielleicht scharf verurteilen und als Drohung und Aufreizung bezeichnen wird. Eine Drohung liegt mir durchaus fern, es muß aber ausgesprochen werden: **wenn die Sozialdemokratie sich herausnimmt,** der Staatsgewalt als

gleichberechtigte Macht

entgegenzutreten, wenn sie unter Schädigung des ruhigen Bürgers, des friedlichen Arbeiters sich das Recht auf die Straße erobern will, daß sie dann gewärtigen muß, auch unter Umständen

mit blutigen Köpfen heimgeschickt

zu werden. (Beifall.) Der Staat kann diesen Kampf dann mit dem besten Gewissen aufnehmen und durchführen, da er auf der anderen Seite sowohl in politischer wie in sozialer Beziehung alles tut, um die berechtigten Wünsche und Forderungen des Arbeiterstandes zu erfüllen. Wir haben für das Parlament, in dem die Interessen der Arbeiter in der Hauptsache gefördert werden, das **freieste Wahlrecht der Welt.** Wir haben den Arbeitern die Koalitionsfreiheit gegeben und in der sozialen Fürsorge haben wir Leistungen und Lasten übernommen, wie kein anderer Staat der Welt. Wir sind stolz auf diese Leistungen und wollen auch in Zukunft in keiner Weise in der sozialen Fürsorge erlahmen. Wir wünschen von Herzen, daß die Arbeiter besonders in den gefährlichen und gesundheitsschädlichen Betrieben auch den entsprechenden Lohn erhalten. Wenn wir auf der anderen Seite gehofft haben, mit diesen Leistungen die Herzen der sozialdemokratischen Arbeiter für Staat und Gesellschaft wieder zu gewinnen, so haben wir uns bald darin leider geirrt. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie hat es verstanden, auch aus dieser Blume Honig für ihre Zwecke zu saugen und den Arbeitern geradezu die Wohltaten und die neuen Rechte zu verekeln. Sie bezeichnet sie als elende Bettelpfennige und sie benutzt die sozialen Gesetze, um ihre eigene Macht zu verstärken. Ich erinnere nur an die Krankenkassen. Gerade den Bergarbeitern sind wir doch in letzter Zeit wesentlich entgegengekommen durch Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner. Als wir das Gesetz berieten, sagte der Minister, er wolle mit diesem Gesetz um die Seele der Arbeiter ringen. Das war gewiß ein schönes Wort, aber der Sieg in dem Kampfe ist ihm leider nicht gelungen. (Sehr richtig!) So hat sich

die Sozialistenfrage zu einer Machtfrage

gestaltet, die meines Erachtens doch weniger durch soloniche Weisheit als durch die Machtmittel des Staates zur Erledigung kommt. (Beifall.) Nun hat neulich im Reichstag der Abg. Bassermann, ein sehr eigenartiger Epigone des **Dreigestirns** Miquel, Bennigsen, Treitschke, gemeint, daß solche Maßnahmen, wie wir sie vorschlagen, zur Revolution treiben. Wenn der Abg. Bassermann die Gewähr dafür übernehmen kann, daß wir sonst nicht zur Revolution gelangen, dann könnte er recht haben. Aber diese Gewähr kann er nicht übernehmen, weil die Sozialdemokratie selbst urbi et orbi verkündet, daß sie ihre letzten Ziele nur durch Gewalt, durch die Revolution erreichen kann. Mit der weißen Salbe des Herrn Bassermann wird da nicht viel zu machen sein. (Heiterkeit.) Neben den polizeilichen Mitteln wird es doch auch gesetzlicher Maßnahmen bedürfen. Hier ist der Punkt, wo wir anscheinend mit den Verbündeten Regierungen und leider auch mit dem Herrn Reichskanzler uns in Widerspruch setzen. Ich bin überzeugt, daß der Reichskanzler den Ernst der Frage in keiner Weise unterschätzt, aber er will, wie es scheint, alles vermeiden, was auch nur im entferntesten den Charakter eines Ausnahmegesetzes tragen könnte. Er will die Erledigung der Frage bis zu einer allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches und der Gewerbeordnung hinausschieben. Ich kann diese

heilige Scheu vor dem Worte Ausnahmegesetz

nicht recht begreifen. Die Maßnahmen, die er sich denkt, werden, wenn sie praktisch durchgeführt werden, doch jedenfalls von der Sozialdemokratie ebenfalls als Ausnahmebestimmungen aufgefaßt werden. Ist es ein schreiendes Unrecht, gegen eine Partei, die den Klassenkampf und den Umsturz predigt, Ausnahmegesetze anzuwenden? Wir verlangen aber gar kein Ausnahmegesetz, wir wollen durch eine **Novelle zum Strafgesetzbuch möglichst rasch zum Ziele kommen.** Je länger wir die Sache hinausschieben — und das sind mehrere Jahre, wenn wir auf eine allgemeine Revision warten sollen —, desto mehr müssen wir befürchten, daß immer noch weitere Kreise des Volkes das Vertrauen zur Regierung und zur Autorität des Staates verlieren und notgedrungen sich der Sozialdemokratie in die Arme werfen. Nun wird man uns antworten, daß die bestehenden Bestimmungen vollständig ausreichen. Das hat auch einmal Fürst Bülow in diesem Hause gesagt und der Staatssekretär Delbrück hat zu meinem Bedauern im Reichstage dasselbe wiederholt. Wir werden uns aber bei dieser Antwort, fürchte ich, **nicht beruhigen können.** Denn bei den bestehenden Bestimmungen sind die Zustände immer schlimmer geworden. Damit ist bewiesen, daß die Bestimmungen nicht ausreichen oder daß sie nicht mit der nötigen Energie zur Anwendung kommen. (Sehr richtig!) Man sagt, **die Staatsanwälte greifen nicht ein,** weil sie befürchten müssen, **von den Gerichten in Stich gelassen zu werden.** Ich möchte das nicht annehmen. Auffällig aber ist, daß bei vielen Gelegenheiten, bei Reden — nicht unter dem Schutze der Immunität — in öffentlichen Versammlungen und in der Presse die

frechsten Verletzungen der Ehrerbietung gegen den Monarchen

und Aufreizungen zum Klassenkampfe vorgekommen sind, ohne daß der Staatsanwalt eingegriffen hat. (Hört! hört!) Um so mehr sind **schärfere strafgesetzliche Bestimmungen** notwendig, die dem Staatsanwalt und den Richtern ein möglichst weitgehendes Einschreiten ermöglichen. Wir müssen das dringende Ersuchen an die Regierung richten, so bald wie möglich im Bundesrat entsprechende Anträge zu stellen. Allerdings müssen wir daran den weiteren Wunsch knüpfen, daß, wenn eine Vorlage der Regierung im Reichstage nicht zur Annahme kommt, die Regierung nicht diese Niederlage — wie bei der Zuchthausvorlage — ruhig einsteckt, ohne mit den Wimpern zu zucken, sondern daß dann mit **starkem Arm und festen Nerven** alle Konsequenzen gezogen werden. (Beifall.) Andere Staaten sollten uns da zum Muster dienen, Nordamerika und die Schweiz, wo man scharfe Bestimmungen gegen das Streikpostenstehen geschaffen hat, während bei uns das Streikpostenstehen nach einer Entscheidung des Reichsgerichts als unantastbares Annexum des Koalitionsrechtes gilt. Wir wollen keine Beschränkung des Koalitionsrechts, wir lehnen aber auch jede Erweiterung — z. B. auf die Landarbeiter — unter allen Umständen ab. Aber wir wollen nicht den Mißbrauch des Koalitionsrechtes. Dadurch wird eins der ersten Menschenrechte verletzt, nämlich das der freien Selbstbestimmung. Jedenfalls kann es so, wie es ist, nicht bleiben. Eine Politik des Gehenlassens und des Geschehenlassens darf nicht länger maßgebend sein, weil dadurch das Gefühl der Bevölkerung für die Gefahr der Sozialdemokratie schwindet und weil dadurch die Autorität und Macht des Staates herabgedrückt wird.

Die Lage ist ernst,

um so ernster, da wir nach den letzten Erfahrungen annehmen müssen, daß auf eine Mitwirkung der bürgerlichen Demokratie, wie des Bassermannschen Jungliberalismus, in einem Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht mehr zu rechnen ist. (Sehr richtig! und Hört! hört!) Wir werden es alle empfinden, daß wir in beschleunigtem Tempo der Revolution und den Zielen der sozialdemokratischen Republik entgegengehen. Wir fühlen von allen Seiten das Hochspritzen der Freiheit. Deshalb haben wir es für unsere dringende Pflicht gehalten, jetzt den Finger auf diese brennende Wunde der Zeit zu legen. Ich hoffe und wünsche, daß ein ernstes Wort aus diesem Hause, in dem nur treue, patriotische Herzen schlagen, bei den maßgebenden Stellen nicht ohne Eindruck bleiben wird. Ich habe das feste Vertrauen, daß die Regierung nach den vielen schönen Reden und Worten nun endlich auch einmal die Energie zu einer Tat finden wird. (Beifall.) In diesem Sinne bitte ich Sie, meinen Antrag möglichst einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Generaldirektor Oberbergrat a. D. Dr. **Weidtmann-Aachen:**

Namens eines großen Teiles meiner politischen Freunde stimme ich dem Antrage zu. (Beifall.) Das Koalitionsrecht der Arbeiter wollen wir voll gewahrt wissen. Wie der Werksbesitzer und jeder Unternehmer durch Zusammenschluß für sich günstigere Verhältnisse erzielen kann, so soll auch dem Arbeiter das Recht gewahrt sein, durch Zusammenschluß eine bessere Bezahlung zu erlangen, allerdings unter Einhaltung des legalen Weges und der Verträge. In den früheren Bergarbeiterstreiks spielten neben der Lohnfrage auch andere Beschwerden eine große Rolle, die namentlich das Publikum aufregten und den Glauben erweckten, daß große Mißstände vorhanden seien. 1889 wurde eine große Enquete veranstaltet, und das Ergebnis war, daß alle Beschwerden sich als unhaltbar herausstellten. Jetzt wird von diesen Beschwerden nicht mehr geredet, es handelt sich nur um die Lohnfrage. Es ist an und für sich durchaus nicht zu verwundern, daß jetzt die Unzufriedenheit der Bergarbeiter zum Ausdruck kommt, nachdem nunmehr seit Jahresfrist allwöchentlich in unzähligen Versammlungen den Bergarbeitern klargemacht worden ist, wie schlechte Zustände bei uns wären und wie alles besser werden würde, wenn einmal ein anderer Kandidat zum Reichstagsabgeordneten gewählt werden würde. (Sehr wahr!) Da ist es natürlich klar, daß nunmehr auch etwas geleistet werden muß und daß namentlich die Sozialdemokratie, nachdem sie ihre früheren Hauptsitze in Bochum und Dortmund verloren hat, nunmehr alle Anstrengungen macht, im Kampfe gegen die Christlichsozialen wieder Raum zu gewinnen. Der jetzige Lohnkampf dort ist im wesentlichen ein

Kampf zwischen diesen großen Arbeiterorganisationen, den freien Gewerkschaften und den Christlichsozialen.

Die Christlichsozialen wollen auf dem Wege der Gesetzgebung und unter Einhaltung des Vertrages nach Möglichkeit eine Verbesserung der Lage der Bergarbeiter anstreben, während die freien Gewerkschaften unter Kontraktbruch dies erreichen wollen. Die Regierung hat sich, wie in früheren Jahren, bemüht, unter den Parteien Frieden zu stiften. Es liegt auch an der Beseitigung des Ausstandes ein erhebliches Interesse des Staates vor. Nur möchte ich hierbei die Bitte aussprechen, die größte Vorsicht hierbei walten zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Werksbesitzer behaupten, daß die Aufbesserung der Löhne bereits stattgefunden habe und fortgesetzt stattfinde, insbesondere vom 1. April ab, wo eine Erhöhung der Kohlenpreise eintritt. Als im Oktober vorigen Jahres die Grubenbesitzer wegen einer Erhöhung der Kohlenpreise verhandelten, wurde auch gleich zum Ausdruck gebracht, daß es ihre erste Pflicht sei, dann auch die Löhne in die Höhe zu setzen. Ich erwähne dies, um hier vor aller Welt kundzutun, daß tatsächlich ernste Absicht bestand und bereits auch ausgeführt ist, die Löhne entsprechend der Preissteigerung für Kohle zu erhöhen. Bei dieser Sachlage ist es recht schwer, hier eine Vermittelung in der Lohnfrage auszuüben. Das kann eigentlich nur durchaus sachverständigen Personen zugemutet werden. Es ist auch Rücksicht auf die armen Verbraucher der Kohle und die weiterverarbeitende Industrie zu nehmen, denn diese müssen doch schließlich das bezahlen. Mit Staunen muß man vernehmen, daß jetzt in **England** ein **Gesetz zur Festlegung von Minimallöhnen** vorbereitet wird. Wenn wir das auch tun, so sind wir

nicht mehr weit von dem Kommunismus entfernt.

(Sehr richtig!) Den Arbeitswilligen Schutz zu gewähren, ist die Regierung verpflichtet. Ich weiß aber aus der Praxis, daß dieser Schutz in der Vergangenheit in einer außerordentlich mangelhaften Weise gewährt worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe das miterlebt. Ich war 1889 als Landwehroffizier eingezogen und habe ungefähr sechs Wochen mitten in den Belegschaften gestanden. Ich habe auch nachher in meinem Amte die Ursache des Streiks feststellen müssen. Aus dieser Erfahrung heraus spreche ich. Vor den Augen des Militärs wurde natürlich kein Mord und keine Mißhandlung vorgenommen. Aber das Militär ist nur an gewissen Punkten, und es kann das Verekeln, das Bespeien der Leute, die zur Arbeit gehen wollen, und das Geheule auch nicht verhindern.

Die von der Braunkohlenindustrie herausgegebene Schrift über den Ausstand von 1911 beweist, daß damals sehr viele Arbeitswillige gehindert wurden. Auch damals wurde im allgemeinen über die schleppende Justiz geklagt. Die Zeche Lukas war lange Zeit von der Polizei besetzt; gleichwohl versammelten sich Tausende von Menschen auf den Straßen und hielten den Zuzug von Arbeitswilligen fern. Der Ausstand auf der Zinkhütte war so schlimm, daß die verstreut wohnenden Leute von der Polizei an Sammelplätzen vereinigt und dann unter starker polizeilicher Begleitung zur Hütte hingebracht und dann wieder abgeholt werden mußten. Tausende von Rowdys folgten regelmäßig dem Zuge mit Geschrei und höhnenden Zurufen, so daß die Leute schließlich davon Abstand nehmen mußten, weiter hinzugehen. Die Bergverwaltung half sich so, daß sie Hunderte von Betten anschaffte, um die Leute gleich an Ort und Stelle bleiben lassen zu können. Das war ja immerhin ein Ausweg, aber es lag darin doch die stärkste Einschränkung der persönlichen Freiheit. (Sehr richtig!) Die Leute sind langsam abgebröckelt und nicht wiedergekommen. Mir will es scheinen, als ob neben der Verstärkung des gesetzlichen Schutzes auch die

Reform der Strafprozeßordnung

notwendig wäre. Was nützt es, wenn das Verfahren sich Monate lang hinzieht? **Eine schnelle Justiz** ist das beste Heilmittel. Wenn vor 1879 jemand am Montag ertappt wurde, dann war er sicher, am Freitag abgeurteilt zu werden. In England werden solche Straftaten in dreimal vierundzwanzig Stunden abgeurteilt. Das sollte doch auch bei uns möglich sein. Auch in dem jetzigen Ausstande sind schon eine große Anzahl von Ausschreitungen vorgekommen. Die „Kölnische Zeitung" schreibt allerdings, daß große Aufgebote von Polizeimannschaften erfolgt seien, aber sie seien in Gebäuden untergebracht und auf den Straßen sei wenig von ihnen zu bemerken. (Heiterkeit.) Es ist ja

auch schon zu blutigen Zusammenstößen

gekommen. Ich habe einen Brief bekommen, worin lebhafteste Klage über den **ungenügenden Schutz der Arbeitswilligen** geführt wird, namentlich im Dortmunder Revier. Es heißt darin weiter, die Folge sei, daß, während die heutige Frühschicht noch verhältnismäßig gut befahren wurde, an der Mittagsschicht kaum 50 Proz. teilnahmen, und daß die Besorgnis bestehe, daß, wenn nicht die Arbeitswilligen in vollem Maße geschützt würden, der Streik ganz allgemein werde. Trotzdem die nichtorganisierten Arbeiter und die christlichen ihm ablehnend gegenüberständen, riskierten sie doch nicht, ihre Knochen zu Markte zu tragen. Wir erwarten also, daß die Regierung alle gesetzlichen Bestimmungen anwendet; sie ist dafür verantwortlich. (Beifall.)

Unterstaatssekretär **Holtz**:

Es ist dem Vorredner wahrscheinlich entgangen, daß die Schutzleute und Gendarmen hinsichtlich der Prämien neuerdings gleichgestellt sind. Weiter habe ich darauf hinzuweisen, daß die reitenden Schutzleute mit Browningpistolen und die anderen Schutzleute mit Karabinern ausgerüstet sind. In der

Frage des Waffentragens

haben wir erwogen, daß dieser Gegenstand nicht allein in Industriebezirken, sondern auch in Berlin besondere Bedeutung hat. Hier besteht neuerdings eine Polizeiverordnung, welche das Tragen von Waffen unter Strafe stellt. Die andere Frage ist, ob der Verkauf von Waffen anderweitig zu regeln ist. Dem standen bisher die Interessen der Waffenhändler entgegen, aber diese Bedenken sind jetzt nahezu überwunden. **Dem Reichstage** wird **in nächster Zeit voraussichtlich eine Vorlage** zugehen, welche eine entsprechende Veränderung der einzelnen Paragraphen der Gewerbeordnung vornehmen will. Herr v. Puttkamer hat es als nicht unbedenklich bezeichnet, daß man weite Kreise des Landes von Polizeimannschaften entblößt. Aber das Polizeikommando ist nach sorgfältigster Ueberlegung zusammengesetzt worden und wollte man auf diese Maßnahme verzichten, so müßte man sofort zur Heranziehung von Militärkräften schreiten. Es ist aber eine alte Tradition, daß man innere Unruhen durch die Polizeiorgane überwindet. Freilich ist der Schutz der Arbeitswilligen in dem Sinne, daß jede einzelne Person geschützt wird, bei einem Massenstreik nicht durchführbar. (Hört! hört! und Unruhe.) Andererseits wird da der gute Wille, mit der Polizei auszukommen, unter Umständen durch die Ereignisse bald überholt. Jedenfalls muß

die Heranziehung des Militärs eine ultima ratio

bleiben.

Obermeister **Plate**-Hannover:

Aus den Erfahrungen des täglichen Lebens heraus **unterstütze ich den Antrag aufs freudigste.** (Beifall.) Ich verweise auf einen Punkt, unter dem das Handwerk besonders leidet. Das ist der Boykott, dem der Handwerker unterliegt, sobald er die Forderungen der Gewerkschaften nicht unterschreibt. Es muß mit aller Kraft versucht werden, die zahlreichen selbständigen Existenzen, die sonst durch den Terror zugrunde gehen würden, in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu halten. Mir liegt es fern, das Koalitionsrecht zu untergraben. Wir selbst haben das Koalitionsrecht und wir gönnen es anderen. Aber dieser

Parodie auf das Koalitionsrecht

muß ein Ende bereitet werden. (Lebhafter Beifall.) Es mag dahinstehen, ob ein besonderes Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen oder entsprechende Maßnahmen im Strafgesetzbuch vorzuziehen sind. Ich selbst wäre für ein besonderes Gesetz nach dem Grundsatz: Bis dat, qui cito dat. (Lebhafter Beifall.)

Die Erörterung schließt. Der Antragsteller verzichtet auf das Schlußwort. Es bemerkt noch der Berichterstatter

Graf **Kleist-Schwerin**:

Ich kann mit dem Verlauf der Verhandlung zufrieden sein. Aber es ist ein Wort vom Regierungstische gefallen, das mit aufs alleräußerste betrübt und das mir allerdings eine große Gefahr in sich zu bergen scheint. Ich meine, daß die Regierung ausspricht, sie wäre nicht imstande, den einzelnen Mann zu schützen. (Lebhafte Zustimmung.) Gewissermaßen ist das eine **Bankrotterklärung der Regierung.** (Zustimmung.) Dafür sind wir Staatsbürger, daß wir Schutz vom Staate verlangen können. Ich will den Schutz nicht nur für mich haben, sondern ebenso für den geringsten Arbeiter. Ich würde es nicht wünschen, daß erst die Gesetzgebung eingreifen müßte, um zu solchen Zuständen zu kommen, daß man wirklich den Einzelnen schützen kann. Ich bin auch jetzt noch der Meinung, daß die Machtmittel des Staates durchaus ausreichen, wenn er sie

nur anwenden

will. Ich habe doch mal so was gehört, es ist ja nicht leicht zu sagen, das Wort Belagerungszustand. In solchen Bezirken, wo die Staatsregierung bei Streikgefahren sagen muß, sie könne dem einzelnen Bürger nicht mehr den Schutz angedeihen lassen, da muß eben der

Belagerungszustand

verhängt werden. (Beifall.)

Unterstaatssekretär **Holtz**: Ich bedaure sehr, mißverstanden worden zu sein. (Lebhafter Widerspruch.) Die Staatsregierung steht keinesfalls auf dem Standpunkt, daß sie nicht auch zum Schutz jedes Einzelnen verpflichtet sei. Wenn es sich aber um eine Belegschaft von 300 000 Menschen handelt, so kann es wirklich vorkommen, daß einer auf dem Wege zur Arbeit Prügel bekommt. Das ist vielleicht nicht ganz zu vermeiden. Aber die Staatsregierung steht natürlich auf dem Standpunkt, ihre **Pflicht in jeder Richtung** zu erfüllen und jedem einzelnen den notwendigen Schutz angedeihen zu lassen.

Die Diskussion wird wieder eröffnet und sogleich geschlossen, da keine Wortmeldungen vorliegen.

Die Abstimmung ergibt die

einstimmig. Annahme des Antrages.

Diese Abstimmung wird mit lebhaftem Bravo begrüßt.

Es folgt der Bericht der Agrarkommission. Zu dem Nachweis über die Aus- und Einrangierung von Hengsten in dem Landgestüt des Staates im Jahre 1911 und zu den Betriebsresultaten der Haupt- und Landgestüte des Staates in den Jahren 1907/08 bis einschließlich 1909/10. Berichterstatter ist Graf v. Seidlitz-Sandreczki. Der Bericht wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Auf der Tagesordnung steht weiter die Schlußberatung über die Denkschrift über

Jugendpflege in Preußen

im Etatsjahre 1911.

Berichterstatter Freiherr **v. Biffing** beantragt Erledigung durch Kenntnisnahme. Ohne Bureaukratie und Pedanterie soll die Erziehungstätigkeit der Schule, der Eltern, der Kirche, der Lehr- und Dienstherren unterstützt und ergänzt werden. Besonders die Seelsorge beider Konfessionen muß wichtige Dienste leisten. Die Geistlichen wirken vor allem auf dem Lande segensreich. Sie sind in selbstloser Weise die besten Mitarbeiter. Die männliche und weibliche Jugend soll begeistert werden, sich den vaterländischen Verbänden und Vereinen anzuschließen. Auch hier **scheuen die Sozialdemokraten vor einem praktischen Terrorismus nicht zurück.** Wir müssen der Jugend helfen, sich gegen diese niederträchtige Behandlung zu wehren. Wir dürfen die Jugend nicht der Umsturzpartei überlassen, sonst steht die Zukunft und Wohlfahrt des Staates auf dem Spiele.

Ministerialdirektor **v. Coppuis** entschuldigt den Kultusminister, der durch eine größere Debatte in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses verhindert sei. Die Denkschrift gibt den Rahmen, in dem sich die Arbeit vollziehen soll. Es werden alle Vereine berücksichtigt, die auf dem Boden des Erlasses stehen. Rege Teilnahme hat sich überall gezeigt. Wir hoffen daher, daß die Ziele der Regierung sich erreichen lassen werden. Dazu gehört aber Zeit, jahrelange gründliche treue Arbeit. Die ganze Bevölkerung ohne Unterschied des Berufs und des Standes muß mithelfen, damit die alten deutschen Ideale wieder zur Geltung kommen: **Gottesfurcht, Königstreue, Vaterland!** (Beifall.)

Die Denkschrift wird zur Kenntnis genommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Der Präsident teilt mit, daß die nächste Sitzung voraussichtlich am 27. März stattfinden wird mit der Tagesordnung: Gesetz über die Belegung der Sparkassenbestände.

Schluß 8½ Uhr.

Der Krieg.

Ein schwerer Kampf bei Tobruk.

Tobruk, 12. März. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern früh rückten zwei Bataillone Infanterie und eine Batterie Gebirgsgeschütze aus den italienischen Verschanzungen vor, um eine Kompagnie Pioniere, die mit der Herstellung eines neuen Forts beschäftigt war, zu beschützen. Gegen 10 Uhr bemerkten sie eine Karawane, der sie mit einigen Kanonenschüssen schwere Verluste beibrachten. Gegen Mittag näherten sich größere Massen von Türken und Arabern bis auf vier Kilometer der Stelle, wo die Italiener neue Fortifikationsanlagen begonnen hatten. Die Italiener eröffneten ein heftiges Geschützfeuer und sogleich entstand ein erbitterter Kampf, in dem die Infanterie mit zwei erfolgreichen Bajonettangriffen den Angriff des Feindes aufhielt, der den italienischen rechten Flügel einzuschließen versuchte. Der Kampf dauerte bis nachmittags 4 Uhr. Nach ungeheuren Verlusten begann der Feind sich zurückzuziehen, verfolgt von dem Feuer der Italiener. Eine Stunde später war er vollständig verschwunden. Die Italiener hatten 18 Tote, darunter einen Offizier, und 73 Verwundete, darunter 3 Offiziere.

Die Sperrung der Dardanellen.

London, 12. März. Wie dem Auswärtigen Amt von dem englischen Botschafter in Konstantinopel depeschiert wird, sind in den Dardanellen Kontaktminen gelegt worden. Eine durch Bojen bezeichnete Fahrrinne, durch welche die Schiffe von zwei Lotsendampfern geleitet werden, ist offen gelassen worden.

Eine Ehrung des Scheichs Senussi.

Konstantinopel, 12. März. Der Kommandant von Benghasi, Enver Bei, ist beauftragt worden, dem Scheich Senussi den Großkordon des Osmanieordens nebst einem kostbaren Säbel, einen Teppich und eine Uhr, mit Brillanten besetzt, als Geschenke des Sultans zu überreichen.

Ein Augenzeuge über den Krieg.

Montagabend sprach der österreichische Afrikareisende Otto Cesar Artbauer in Berlin über den Kampf um Tripolis. Artbauer hat sich in Deutschland durch zwei anschaulich und lebendig geschriebene Bücher über Marokko („Kreuz und quer durch Marokko" und „Die Riffpiraten und ihre Heimat" bei Strecker und Schröder, Stuttgart 1911) bekannt gemacht. Er war kurz vor Ausbruch des Krieges nach Tripolis gegangen, um von hier aus eine Forschungsreise in die Sahara anzutreten. Sein Vorhaben wurde durch die kriegerischen Ereignisse vereitelt, er war aber Augenzeuge der Beschießung, der Landung der Marine- und Expeditionstruppen und der Gefechte um Tripolis. An der Hand von zahlreichen Lichtbildern nach eigenen Aufnahmen gab er eine anschauliche Schilderung der kriegerischen Ereignisse, die, wenn man von einer etwas chauvinistisch schwarz-gelben Färbung absieht, nicht gerade zugunsten der Italiener ausfiel. Die Hauptfehler, die die Italiener gemacht haben, erblickt Artbauer wie die meisten Kenner der nordafrikanischen Verhältnisse darin, daß man sich über das Solidaritätsgefühl der Mohammedaner, das die einst feindlichen Türken und Araber gegen den christlichen Angreifer zusammenschweißte, getäuscht habe. Ferner, daß man ohne eine genaue Kenntnis von Land und Leuten, ja sogar ohne Kartenmaterial die Expedition unternommen habe. Der tripolitanische Krieg ist nach Artbauer, wie wir auch schon öfter betont haben, der schwierigste Kampf, der jemals auf nordafrikanischem Boden ausgefochten wurde; denn dem europäischen Eindringlinge stellt sich die ungestüme Tapferkeit und Freiheitsliebe der Eingeborenen im Bunde mit europäisch geschulten und nach kriegswissenschaftlichen Grundsätzen geführten Truppen entgegen. Leider beschränkte sich Artbauer nur auf eine Ironisierung der europäischen „Kulturarbeit" in Afrika im allgemeinen, die Bedeutung der heutigen imperialistischen Politik aller Großstaaten und die Ausbreitungstendenz des Kapitalismus scheinen ihm unbekannt zu sein.

Interessant waren die Bilder, die Artbauer von der „heldenhaften" Beschießung von Tripolis, dem beschwerlichen und entsagungsreichen Leben der italienischen Truppen in den Laufgräben und Feldbefestigungen vorführte. Von den Grausamkeiten und Brutalitäten des Kolonialkrieges zeugten Aufnahmen aus den letzten Oktobertagen, in denen die Italiener infolge des vermeintlichen Araberaufstandes vollständig den Kopf verloren hatten und ein blindwütiges Morden veranstalteten. Die sinnlose Zerstörungswut einer aufgeregten Soldateska zeigte sich auch auf einem Bilde, das in dem verwüsteten Zimmer des deutschen Sprachforschers Krauß aufgenommen war; wertvolle und unersetzliche Manuskripte waren hier zweck- und sinnlos verschleudert und vernichtet worden. Begreiflich war, daß Artbauer wenig Sympathie für die italienischen journalistischen Ruhmesherolde an den Tag legte.

Nach Meinung Artbauers, die sich auch mit der von uns vertretenen deckt, werden die Italiener noch viele Jahre brauchen, ehe sie bis zu dem Gebirgslande im Süden von Tripolis vorrücken können. Denn nicht Feigheit und mangelnde Energie halten sie an der Küste fest, vielmehr ist es die Schwierigkeit, im Wüstensande mit größeren Truppenverbänden vordringen zu können. Auch der projektierte Eisenbahnbau wird buchstäblich im Sande begraben werden müssen, denn das tripolitanische Terrain ist anders als das Algeriens oder Marokkos. Von einer freiwilligen Unterwerfung der Eingeborenen wird niemals die Rede sein können, ebensowenig kann die Türkei auf ihr Hoheitsrecht über Tripolitanien verzichten, wenn sie nicht ihr ganzes Prestige bei ihren zahlreichen arabischen Untertanen verlieren will.

Das heißt mit anderen Worten, die italienischen Imperialisten haben aus Großmannssucht und Profitgier ihrem Volke die Lasten eines Kolonialkrieges in Permanenz aufgeladen. Nur eine gründliche Abrechnung mit der imperialistischen Bourgeoisie und dem unrühmlichen Kolonialmilitarismus kann es vor dem Verbluten retten.

Die Revolution in China.

Unruhen in Canton.

London, 12. März. Die „Times" meldet aus Hongkong vom 11. d. Mts.: Die telegraphische Verbindung mit Canton ist unterbrochen. Es wird berichtet, daß gestern dort zwischen den neuen Truppen und alten Räuberbanden, die zur Unterstützung der Revolution aufgeboten waren, jetzt aber aufgelöst werden, ein Gefecht stattgefunden habe.

Hongkong, 12. März. Bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen neueingestellten Truppen und Aufständischen in Canton sollen, wie „Daily Preß" meldet, 100 bis 200 Personen getötet bzw. verwundet worden sein. Die Aufständischen, welche gut bewaffnet und mit Munition ausgerüstet waren, haben das Admiralitätsgebäude besetzt. Der englische Generalkonsul hat angeordnet, daß sich die Fremden nach Hongkong begeben.

Aus der Partei.

Der Leipziger Hochverratsprozeß.

In diesen Märzwochen sind vierzig Jahre verflossen, daß Bismarck, die deutsche Bourgeoisie und die Justizbureaukratie an den Führern der jungen deutschen Arbeiterbewegung Rache nahmen für den Schrecken, den der Pariser Kommuneaufstand ihnen in die Knochen gejagt hatte. Siegestaumel und Milliardensegen taten ihr übriges, die Staatsaktion gegen den aufstrebenden Sozialismus mit besonderem Applomb zu inszenieren, wodurch ihr — Fiasko um so kläglicher wurde. Am 11. März 1872 wurden auf Veranlassung Bismarcks Bebel, Liebknecht und Hepner vor ein Schwurgericht in Leipzig gestellt, um sich wegen „Hochverrats" zu verantworten. In Wirklichkeit und vor dem Urteil der Weltgeschichte saßen aber nicht die „verbrecherischen Kommunisten" auf der Anklagebank, sondern die bürgerliche Gesellschaft und die „Revolution von oben", die Bismarck zu Nutz und Frommen des preußischen Junkerstaates durchgeführt hatte. In diesem Hochverratsprozeß operierte die Justiz mit dem Geschick, das sie in allen politischen Prozessen ausgezeichnet hat, mit einem Anklagematerial, das zurückging bis auf die Tage des Sturmjahres 1848. Schriften und Aeußerungen bürgerlicher Revolutionäre, die zum Teil schon Frieden gemacht hatten mit der Blut- und Eisenpolitik Bismarcks, wurden als Belastungsmaterial gegen die Angeklagten ins Feld geführt. Für Bebel und Liebknecht bot sich eine glänzende Gelegenheit, in ihrer Verteidigung die Ideenwelt des Sozialismus und die sieghaften Tendenzen der Arbeiterbewegung aufzurollen und damit dem Prozeß eine Bedeutung zu geben, die weit über die Mauern des Leipziger Schwurgerichtssaales hinaus ging. Der Prozeß sollte die Führer der Arbeiterbewegung unschädlich machen, aber sie gingen, wenn auch verurteilt, mit verstärkter Autorität und mit neuer Kraft aus ihm heraus. Die Werbekraft der Arbeiterbewegung hatte durch den Prozeß nur zugenommen.

Das Protokoll dieser historischen Schwurgerichtsverhandlung, die mit der Verurteilung Bebels und Liebknechts zu zwei Jahren Festung endete, während Hepner freigesprochen wurde, ist ein wichtiger Bestandteil der sozialistischen Literatur geworden. Es enthält nicht allein den Verhandlungsbericht, sondern auch eine reiche Sammlung parteigeschichtlicher Dokumente, u. a. auch die Inauguraladresse von Karl Marx, die zu einem Weckruf für die Internationale wurde.

Im Jahre 1894 wurde das Protokoll des Leipziger Hochverratsprozesses vom Verlag des „Vorwärts" mit einer Einleitung von Wilhelm Liebknecht neu herausgegeben. Jetzt, gleichsam als Jubiläumsgabe ist von der **Buchhandlung Vorwärts** ein **Neudruck** der Ausgabe von 1894 veranlaßt worden. Das Werk führt den Titel „**Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872**". Das vorzüglich ausgestattete Buch verdient nicht allein wegen des Prozeßberichtes, sondern auch wegen seines parteigeschichtlichen Urkunden-

materials wieder in Erinnerung gerufen zu werden; es sollte vor allem in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Eine unnötige Hofgängerei.

Wie aus München berichtet wird, sind am Sonntag die beiden Vorstände des Gemeindekollegiums vom Prinzregenten empfangen worden, der ihre Glückwünsche zu seinem 91. Geburtstage entgegennahm. Unter den Gratulanten befand sich auch Genosse Witti als zweiter Vorstand des Kollegiums.

Genosse Witti hätte sich sagen müssen, daß die Ehrung dem Monarchen galt, mit sozialdemokratischen Anschauungen also nicht vereinbar war. Selbst wenn der Monarch ein 91jähriger Greis ist, ändert das nichts an unserer grundsätzlichen Stellungnahme zur Monarchie, zumal wenn diese, wie gerade jetzt in Bayern, durch die Bildung eines ausgesprochen sozialistenfeindlichen Ministeriums der Sozialdemokratie den Fehdehandschuh hingeworfen hat.

Protest gegen den zaristischen Justizmord an den sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma.

Aus Paris wird gemeldet: Le Groupe socialiste du parlament und die Commission Administrative Permanente haben sich dem Protest der deutschen Parlamentsmitglieder bezüglich der Affäre der Deputierten der zweiten Reichsduma angeschlossen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Beleidigte Reichsverbändler.

Wegen Beleidigung der Reichsverbändler v. Liebert und Dr. Bovenschen wurde der Redakteur der „Volkszeitung für das Muldental", Genosse Bahrd in Leipzig, zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Die Schwereisenindustrie!

Ein Buch, das dem Sozialpolitiker eine Fülle von Material bietet, den der Eisengroßindustrie Fernstehenden dazu durch gemeinfaßliche Darstellung des Arbeitsprozesses in der Eisen-, Stahl- und Walzwerksindustrie das Verständnis für die mit der Großindustrie verknüpften sozialen und wirtschaftlichen Fragen erleichtert, hat soeben der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes herausgegeben. Das umfangreiche, 654 Seiten starke Buch ist unter dem Titel: „Die Schwereisenindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwickelung und ihre Arbeiter" im Verlage von Alexander Schlicke u. Co. in Stuttgart erschienen und kostet 7,50 Mk. Es ist darauf berechnet, die sozialpolitischen Bestrebungen des Verbandes zu fördern. Daher auch die sonst wohl weniger praktische Verbindung der Geschichte und Technik der Eisengewinnung und Verarbeitung mit wirtschaftlichen und sozialen Schilderungen über Arbeitsverhältnisse, Rentabilität, Unfälle, Pensionskassen usw. Den Gewerbeinspektoren, Behörden, Reichstags- und Bundesratsmitgliedern als Maßgebenden in der Frage der vom Verband erhobenen Arbeiterschutzforderungen gibt das zusammengestellte Material ein anschauliches, das Verständnis für die einschlägigen Verhältnisse förderndes Bild.

Das Material über die Arbeitsverhältnisse wurde durch eine Erhebung des Verbandes zusammengetragen. Es geht über die früheren Enqueten weit hinaus und darf wohl den Anspruch erheben, die Verhältnisse ziemlich erschöpfend darzustellen und ein allgemeines Urteil zu erlauben. Die früheren weniger umfangreichen und eingehenden Erhebungen des Verbandes haben schon Anlaß zu der bekannten Bundesratsverordnung vom Dezember 1908 gegeben. Sie sollte eine Regelung der Pausen herbeiführen und durch fortlaufende Registrierung der Ueberstunden vielleicht einen moralischen Druck dahin ausüben, dem Ueberzeitunwesen etwas zu steuern. Wie man weiß, ist die Verordnung durch die Praxis der Unternehmer zu einer „weißen Salbe" geworden. Das nun vorliegende Material muß die gesetzgebenden Körperschaften endlich zwingen, dem Hüttenarbeiterschutz mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, ihn aus den Höhen der Theorie und platonischen Gunstbezeugungen auf den Boden der praktischen Gestaltung, der gesetzlichen Fixierung zu stellen. Greuliche Bilder sind es, die in dem Werke aufgerollt werden. Zwölfstündige Arbeitsschichten, die in der versengenden Glut der Schmelzöfen, ungeachtet wechselnder Witterungsunbilden, absolviert werden müssen, sind in vielen Betrieben noch an der Tagesordnung. Mangelnde Schutzeinrichtungen in Verbindung mit der zermürbenden, abstumpfenden Arbeit haben in der Hüttenindustrie die Mortalitäts- und Morbilitätsquote gewaltig hinaufgetrieben. In manchen Hüttenbetrieben erkrankt jeder Arbeiter durchschnittlich im Jahre einmal! Rheumatismen und Magenleiden sind die gewöhnlichsten Uebel der Feuerarbeiter. Daß solche Erscheinungen schwere volkswirtschaftliche Schäden bedeuten, die dringend nach Abhilfe schreien, ist wohl einleuchtend. Die bestehenden gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften werden in der Praxis meistens als Luft behandelt. Papier ist ja geduldig! Die 220 der zuständigen Berufsgenossenschaft angeschlossenen Werke in Rheinland mußten innerhalb 24 Jahren nicht weniger als 455 195 Unfallmeldungen erstatten, von denen 2878 tödlich verliefen! Auf den südwestdeutschen Eisenwerken passierten in den letzten 25 Jahren 119 005 Unfälle, die in 1325 Fällen den Tod der Betroffenen zur Folge hatten. Die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft umschließt Betriebe, in denen jeder fünfte bis sechste Beschäftigte im Jahre einen Unfall erleidet. Bei solcher entsetzlichen Unfallsziffer ist der Forderung auf besonderen Schutz der Hüttenarbeiter wohl nicht die innere Berechtigung abzusprechen!

Auch die hygienischen und sanitären Einrichtungen bedürfen schleunigster durchgreifendster Verbesserung und nicht minder erhöhten gesetzlichen Schutzes. Am häufigsten wird von den Hüttenwerken gegen die Bestimmungen des § 120a und b verstoßen. Die Waschvorrichtungen sind meistens völlig ungenügend, wenn sie überhaupt vorhanden! Es gehört zu den Vorzügen, die manche Riesenwerke auszeichnen, daß die Arbeiter Blechdosen und schmierige Eimer als Waschgelegenheit benutzen müssen. Bedürfnisanstalten kann man vielfach wirklich nicht mehr als menschenwürdig ansprechen usw.

Die Lage der deutschen Hüttenarbeiter erscheint in diesem Buche in sehr ungünstigem Lichte. Es ist wirklich notwendig, daß zu ihrem Schutze die aufgestellten Forderungen — die in Form einer besonderen Eingabe auch dem Reichstage und Bundesrate unterbreitet wurden — bewilligt würden. Beachtung verdient besonders auch die grenzenlose Abhängig- und Wehrlosigkeit der Arbeiter. Die wirtschaftliche Uebermacht der Großindustrie, die durch die Verbände organisierte Aechtung derer, die sich unbeliebt gemacht haben, wirken für die ansässige, sich zu einem großen Prozentsatz immer aus dem Nachwuchs ergänzende Arbeiterschaft sehr stark in dieser Richtung. Die vielberufenen Wohlfahrtseinrichtungen machen für sie die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten in erheblichem Maße illusorisch. Wir würden einen Vorzug darin erblicken, wenn in dem Buche, das zwar das Pensionswesen erläutert, nicht aber auf die übrigen hierher gehörenden Einrichtungen, wie Werkskolonien, Werkskonsume, Spareinrichtungen usw., in ihrer Verbindung mit dem Arbeitsvertrag näher eingeht, die sozialen und moralischen Wirkungen des ganzen Komplexes dieser Fragen in den verschiedenen Wechselbeziehungen dargestellt wären. Den Außenstehenden zeigte sich dann, wie sich Glied an Glied zu einer Kette reiht, die den Arbeiter nicht an die Scholle, sondern an das Werk fesselt, dem Willen der Unternehmer fast bedingungslos unterordnet. Von den Unternehmern wird zweifellos versucht werden, als Argument gegen die erhobenen Forderungen, unter denen die Regelung der Lohnfestsetzung und Lohnzahlung natürlich auch zu finden ist, die Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie bei weiterer Belastung durch Schutzvorschriften und Arbeitsverkürzung in den Vordergrund zu schieben. Daher ist es gut, daß bei der Herausgabe des Buches auch die Rentabilität der Hüttenwerke in den Kreis der Betrachtungen gezogen worden ist. Das hierzu zusammengestellte Material genügt vollauf, um die bisherigen Lamentationen über drückende Lasten in das Reich der Märchen zu verweisen, ebenso die gegen die erhobenen Forderungen ins Feld geführten Bedenken. Von 93 Gesellschaften mit fast 1½ Milliarde Aktienkapital sind die Geschäftsergebnisse der letzten fünf Jahre zusammengestellt. Die verteilten Reingewinne ergeben folgende Sätze: 13,71, 16,28, 13,55, 10,74, 12,49 Proz. des dividendenberechtigten Aktienkapitals. Solche Gewinne lassen die Klagen über schwere soziale Lasten wie Hohn erscheinen. Sie stehen übrigens auch im schreienden Gegensatz zu den vielfach gezahlten Löhnen. Gehen diese doch bis auf 1000 M. und weniger Jahreslohn und unter 3 M. Tagelohn herunter.

Das Buch wird sicherlich viel zur Aufklärung über das bisher für die große Oeffentlichkeit noch recht dunkle Gebiet der Hüttenarbeiterverhältnisse beitragen. Es beleuchtet Zustände, die man einfach nicht mehr für möglich halten sollte. Es ruft die düsteren Schilderungen Tolstois in: „Die Sklaverei unserer Zeit", die man wohl als etwas Vergangenes aus Rußlands dunkelsten Tagen der Menschenschinderei betrachtet, in die Gegenwart zurück; bilden sie doch das Typische in der größten und kapitalkräftigsten Industrie des angeblich an der Spitze der Sozialpolitik marschierenden Kulturstaates Deutschland. Dem Agitator gibt das Buch eine Menge Material an die Hand, das bei eifriger Ausnutzung dem Verbande eine große Schar neuer Mitglieder zuführen wird.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik in der Kartonbranche nahm eine Versammlung der Kartonnieter, die am Montagabend im Gewerkschaftshause stattfand, Stellung. In einer Reihe von Betrieben, wo Kartonnieter beschäftigt sind, brachen Differenzen aus, da die Nieter einmal nicht gesonnen waren, Streikarbeit zu übernehmen, dann aber auch mit Streikbrechern nicht zusammen arbeiten wollten, und ferner den plötzlich hereinbrechenden großen neuen Aufträgen auf Kartons in vielen Betrieben recht mißtrauisch gegenüberstanden, da sie fürchteten, daß es sich dabei auch um Streikarbeiten handelt. Nach einem Referat von Würzberger über den Streik in der Bezugbranche und die Situation, wie sie gegenwärtig für die Kartonnieter gegeben ist, entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Lage in den einzelnen Betrieben. Man war sich darüber einig, daß Streikarbeit unbedingt zu verweigern ist. Auf die Zumutung, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten, sollte man den Prinzipal vor die Frage stellen, entweder mit diesen Leuten allein weiter zu arbeiten oder ohne sie. Daß unter den jetzigen Umständen in vereinzelten Betrieben noch Ueberstunden gearbeitet werden, fand die schärfste Mißbilligung unter den Versammelten. Nach einer längeren Beratung über die jeweilige Feststellung von Streikarbeiten nahmen die Versammelten die folgende Resolution einstimmig an:

> „Die heute im Gewerkschaftshause versammelten Nieter, Zuschneider und Arbeiterinnen der Postbranche zollen den Ausständigen in der Bezugsbranche ihre volle Sympathie und sprechen ihnen für ihre musterhafte Haltung im Kampfe ihre Anerkennung aus. Die Versammelten erklären alle in den Betrieben neu auftauchenden Artikel für Streikarbeit und verpflichten sich, diese zu verweigern."

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Die im „Vorwärts" bereits besprochene Urabstimmung über die Vorlage des Hauptvorstandes zur Erweiterung der Kranken- und Sterbeunterstützung innerhalb des Verbandes, die vom 8. bis 10. März stattfand, hatte für die Filiale Berlin das folgende Resultat: Abgegeben wurden 1380 Stimmen, 1223 für die Vorlage, 130 dagegen; 27 Stimmen waren ungültig. Die Teilnahme an der Abstimmung war im Verhältnis zu der Mitgliederzahl des Verbandes sehr schwach. Die Annahme der Vorlage im Gesamtverband gilt als gesichert.

Der Streik der Ballschuhmacher bei Pinner Nachfolger.

Bei der genannten Firma sind die gesamten ausschlaggebenden Arbeiter in den Ausstand getreten, nachdem ihre Forderungen von Herrn Borinski abgelehnt worden sind. Nun besteht eine Vereinbarung, die vor Jahren zwischen den Zentralvorständen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber getroffen worden ist und nach der etwa ausbrechende Differenzen zwecks Verhandlungen den maßgebenden Instanzen angezeigt werden sollen, bevor von einer der beteiligten Parteien entscheidende Schritte unternommen werden. Wie hervorgehoben werden soll, ging die Anregung zu dieser Vereinbarung von den Arbeitgebern aus, und danach ist auch bisher gehandelt worden. Als nun bei der Firma Pinner Nachfolger Differenzen entstanden, hielt sich die Organisation der Arbeitnehmer wiederum sofort an dieses Abkommen und unterbreitete den Fall dem Vorsitzenden der Berliner Arbeitgeberorganisation — Herrn Borinski. Aber bis zur Stunde warten die Arbeiter noch auf eine Antwort von der Berliner Fabrikantenvereinigung.

Die Streikenden sind guten Mutes und sehen dem Ausgang der Bewegung mit Zuversicht entgegen. Sie sind nach wie vor gewillt, mit der zuständigen Vertretung der Arbeitgeber in Verhandlungen zu treten, um auf gütlichem Wege ihren berechtigten Wünschen Geltung zu verschaffen.

Achtung, Tapezierer! Die Sperre über die Firma R. Bieske, Chausseestr. 80, ist aufgehoben.

Die Schlichtungskommission.

Die Lohnbewegung in der Landschaftsgärtnerei.

Die letzte Versammlung der Arbeitnehmer hatte beschlossen, das bisherige Angebot der Arbeitgeber abzulehnen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, weitere Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation zu pflegen. Die Arbeitgeberorganisation hat jedoch alle weiteren Verhandlungen glatt abgelehnt. Der Streik ist dadurch in den nächsten Tagen höchstwahrscheinlich zu erwarten. Die Arbeitgeberorganisation trägt aber auf alle Fälle die Verantwortung, wenn es zum Streik kommt. Das rücksichtslose Abbrechen der Verhandlungen hat unter den Arbeitnehmern scharfe Erbitterung hervorgerufen; eine Versammlung, die Freitag, den 15. März, stattfindet, wird über die weiteren Schritte der Arbeiter Beschluß fassen.

Die Möbeltransportarbeiter nahmen vor einigen Tagen in einer gut besuchten Versammlung im „Englischen Garten" Stellung zu ihren jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wie in der Versammlung ausgeführt wurde, bestehen in den meisten Möbeltransportgeschäften noch immer die alten Lohnsätze, welche die Unternehmer bei der letzten Lohnbewegung im Jahre 1907 durch ihre Organisation einseitig ohne Mitwirkung der Arbeiter festsetzten. Es war den Möbeltransportarbeitern damals nicht gelungen, die Unternehmer dazu zu bringen, die Forderung der Arbeiter auf tarifliche Regelung der Löhne anzuerkennen. Danach bezahlen die Unternehmer heute noch Löhne für Packer von 24 bis 27 M. und für Kutscher 25 bis 27 M. Die nicht ständigen Arbeiter werden in der stillen Zeit mit 4,00—4,50 M. und in der Umzugszeit mit 5,00—5,50 M. pro Tag, bei oftmals 15—18 stündiger Arbeitszeit, ohne Bezahlung der Ueberstunden entlohnt. Die Unternehmer rechnen gemeinhin den Arbeitern die Trinkgelder als Vergütung für die Ueberstunden an. Daß diese Entlohnung mit der Teurung und der intensiven und körperlich anstrengenden Arbeit, welche von den Arbeitern geleistet werden muß, nicht im Einklang steht, wurde von den Versammelten scharf betont. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, daß die nichtständigen Arbeiter schon jetzt während der Umzugszeit darauf achten, daß nicht unter 5,50 bis 6,00 M. pro Tag gearbeitet wird, und ferner auch nach Möglichkeit darauf gedrungen wird, daß nach 8 Uhr abends Ueberstunden vergütet werden. Außerdem sollen Vorbereitungen getroffen werden, um zu geeigneter Zeit den Lohnforderungen der Arbeiter durch Tarifvertrag bei den Unternehmern Geltung zu verschaffen. Ferner wurde von den Versammelten gewünscht, daß die Berliner Bevölkerung davon Kenntnis nehmen möge, daß die Firmen „Berliner Paketfahrtgesellschaft", Knauer, Wichmannstraße, und Franzkowiak, Wilmersdorf, ihren Möbeltransportarbeitern die Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband nicht gestatten.

Die Fleischermeister von Neukölln versuchen jetzt mit allen Mitteln, die Gesellen zu bewegen, der Organisation den Rücken zu kehren. Sie reden ihnen vor, wenn sie weiter Mitglied bleiben, würden sie in ihrem weiteren Fortkommen gehindert. Besonders diejenigen Gesellen, die noch nicht militärfrei sind, werden bearbeitet und man sagt ihnen, daß ihre Verbandszugehörigkeit ihnen beim Militär sehr viel Nachteile bringen werde. Bis jetzt haben die Meister den gewünschten Erfolg noch nicht gehabt. — Die von der Innung versprochenen Verbesserungen hat man noch nicht eingeführt, obgleich den Worten die Tat auf dem Fuße folgen sollte. Man wird sie auch niemals freiwillig einführen. Die Innung glaubt, mit Hilfe der Konventionalstrafe von 1000 M. die Bewegung zu unterdrücken, was ihr jedoch nicht gelingen wird. Viele Fleischermeister sehen ein, daß es besser ist, mit der Organisation zu verhandeln bezw. die Forderungen zu bewilligen.

Deutsches Reich.

Material für ein neues Zuchthausgesetz,

das die Scharfmacher wünschen, bietet folgendes Schreiben des Vereins der Fluß- und Bootswerften:

„Eimsbüttelerstr. 34 Hamburg, März 1912

An Herrn N. N., Havelberg.

Durch die dortigen Schiffswerften, welche Mitglieder unseres Vereins sind, wird uns bekanntgegeben, daß Sie einen Streikenden namens . . . in Arbeit gestellt haben; sollte dieses der Fall sein, so möchten wir Sie doch höflichst bitten, diesen Mann zu entlassen, weil es doch im gegenseitigen Interesse der Arbeitgeber liegen muß, sich im Streik zu helfen. — Indem wir bestimmt hoffen, daß Sie eventl. unsere Bitte erfüllen werden, empfehlen wir uns Ihnen hochachtungsvoll Thiellow."

Also erst sperren die Schiffswerftbesitzer in Havelberg ihre Leute aus, weil diese es ablehnten, sich schriftlich zu verpflichten, ein Jahr zu den alten Lohnbedingungen weiter zu arbeiten (irgendwelche Forderungen sind von den Arbeitern bisher noch nicht erhoben), und dann werden die Leute, die sich anderweitig um Arbeit bemühen, auf die vorstehende Art wieder ans Lohn und Brot herausgebracht! — Zuzug von Schiffszimmerern nach Havelberg ist fernzuhalten.

Zur Aussperrung der Porzellanarbeiter.

Nach dem Beschluß der aussperrenden Porzellanfabrikanten sollten am 4. März die mitausgesperrten nicht organisierten Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, wofür ihnen dann von der Unternehmerorganisation der Lohnausfall für die eine Woche der Arbeitslosigkeit vergütet werden sollte. Die Unternehmer erwarteten, daß durch dieses Manöver nicht allein die Nichtorganisierten wieder gewonnen, sondern auch verschiedene organisierte Ausgesperrte gegen den Verband wankelmütig gemacht und zum Abfall verleitet werden könnten. Aber die Unternehmer haben sich getäuscht. In einer Reihe von Orten traten am 4. März selbst viele nichtorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zur Arbeit an. Man verzichtete lieber auf den für die erste Aussperrungswoche erlittenen Verdienstausfall, als daß man gegen die Ausgesperrten zum Verräter wurde. Ferner schlossen sich in mehreren Orten die im Fabrikarbeiterverband organisierten Arbeiter den ausgesperrten Porzellanarbeitern an. Durch dieses solidarische Verhalten wurden nicht nur eine Reihe von Betrieben gänzlich still gelegt, sondern die Unternehmer wurden auch erneuten Verhandlungen geneigter gemacht. Und so tauchten dann gleich zwei Vermittelungsvorschläge auf. Der eine ging von dem Magistrat in Selb in Bayern aus, der vorschlug, daß die beiden Parteien das Gewerbegericht in Berlin als Einigungsamt zur Beilegung der Aussperrung anrufen sollten. Außerdem regte der Bürgermeister von Marktredwitz in Bayern eine neue Konferenz von Vertretern des Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbandes an.

Diese Konferenz fand dann auch am 9. und 10. März in Hof in Bayern statt. An derselben nahmen außer dem Bürgermeister von Marktredwitz, der den Vorsitz führte, drei Unternehmerverbandsvertreter, zwei Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes sowie ein Mitglied der Generalkommission teil. Die Verhandlungen endeten mit Einigungsvorschlägen, welche die Konferenzteilnehmer ihren Organisationen unterbreiten werden. Die Unternehmer werden in ihrem Verband am Donnerstag, den 14. März, über diese Vorschläge beraten, und von der Stellungnahme dieser Unternehmerversammlung hängt es ab, ob der Kampf in der Porzellanindustrie bald ein Ende findet oder noch längere Zeit anhalten wird.

So sicher ist der Friedensschluß keineswegs; denn in den Reihen der Porzellanfabrikanten befindet sich eine Anzahl von überaus „schneidigen" Scharfmachern, die sich aber wohlweislich von der Teilnahme an der Aussperrung zu drücken wußten. Diese Elemente treiben zum Krieg, während die Unternehmer, denen infolge der Aussperrung das Feuer arg auf den Nägeln brennt, den Frieden so bald wie möglich haben wollen.

Die Ausgesperrten werden in aller Ruhe abwarten, welche Richtung in dem Unternehmerlager den Sieg erlangt. Immer bereit zum ehrenvollen Frieden, werden die kämpfenden Porzellanarbeiter jedoch keinen Augenblick die Waffen aus der Hand legen, so lange der Krieg andauert.

In der Schuhfabrik von J. J. Schlager in Reutlingen sind ernste Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Schuhmachern ist fernzuhalten.

Ausland.

Chauffeure als Streikbrecher nach Paris gesucht!

Die Chauffeure in Paris befinden sich jetzt schon über drei Monate im Streik. Streikbrecher aus den eigenen Reihen haben sich während der ganzen Zeit nicht gefunden, wohl aber aus anderen Kreisen, die dann von den Gesellschaften angelernt wurden. Die Zahl der Rausreißer ist aber so gering und der weitere Zugang nach den letzten „lebhaften Begrüßungen", die ihnen die Streikenden bei ihrem Erscheinen in den Straßen zuteil werden ließen, so minimal, daß sich die Gesellschaften gezwungen sahen, Agenten mit der Anwerbung von Chauffeuren in den Frankreich benachbarten Ländern tätig sein zu lassen. So suchen jetzt Agenten in Deutschland durch Zeitungsannoncen Chauffeure in größerer Zahl für Paris und Umgegend. Alle auf diese Annoncen und die Versprechungen der Seelenverkäufer hereinfallenden Chauffeure werden sicherlich eine große Enttäuschung erleben. Wir warnen deshalb alle Chauffeure, nach Paris zu gehen, da die Streikenden die Ausländer, die nach dort kommen, um ihnen in den Rücken zu fallen, sicherlich nicht mit brüderlicher Liebe empfangen werden. Werde kein Chauffeur zum Verräter an seinen Berufskollegen in Paris!

Internationale Transportarbeiter-Föderation. J. A.: H. Hochade.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1239.
Verwaltungsstelle Berlin Charitéstraße 3.
Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987.

Donnerstag, den 14. März 1912,
abends 5 Uhr,
im Lokal von Mörner (früher Kellers Festsäle), Koppenstr. 29, oberer Saal:

Versammlung

aller in den Gasmesser-Fabriken beschäftigten Klempner.

Tagesordnung:

1. Bericht über die eingereichte Beschwerde und die Antwort der Unternehmer. 2. Diskussion. 113/17

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Kollegen der Firma Bessin sind hiermit besonders eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Wegen Nichtanerkennung des Tarifs haben in nachstehenden Firmen unsere Kollegen die Arbeit eingestellt:

Adam, S., Leipziger Str. 28
Agte u. Wendt, Charlottenstr. 32a
Albrecht u. Kucharowicz, Französische Str. 8
Angreß, Krausenstr. 30
Ascher, Spittelmarkt
Baum, S., Friedrichstr. 71
Behrend u. Jlabr, Friedrichstr. 166
Berg u. Sebl, Krausenstr. 3
Berger u. Kitta, Charlottenstraße
Berkan, Leipziger Str. 103
Bister, Unter den Linden 69
Bloch u. Co., Friedrichstr. 203
Böhling, Kanonierstr. 1
Bollmann, Kaiser-Wilhelmstr. 31
Borit, Markgrafenstr. 89/90
Botsmer u. Dünzer, Unt. d. Linden 13
Böttcher, Steglitz, Schloßstr. 88
Braun, Steglitz
Braun, Harry, Französischestr. 49
Busse u. Gotzmann, Zimmerstr. 49
Byk, Sigm., Friedrichstr. 10
Cavanagh, Unter den Linden 3
Cohn, O., Kaiser-Wilhelmstr. 2
Cunow u. Co., Friedrichstr. 90
Dahms, Gebr., Krausenstr. 2
David, H., Friedenau, Siglindestr. 10
Didszun, B., Charlottenburg, Joachimsthaler Str. 40
Diegmann, A., Ziegelstr. 26
Dittmann, A., Friedenau, Isoldestr. 5
Dobberstein, Dresdener Str. 42
Ebenstein, Unter den Linden 40/41
Ehrich, Albert, Mauerstr. 95
Ehrlich u. Dana, Mittelstr. 9/10
Ehrlich, Alexanderstr. 2
Eising, Charlottenburg, Kantstraße
Ellrot, Inh. Aug. Pabst, Unter den Linden 57
Engel, W., Klosterstr. 37
Eppendorf, Französischestr. 62
Essers u. Dockhoff, Gertraudtenstr. 8/9
Exner, Charlottenstr. 79
Fabian u. Hrich, Unter den Linden 71
Fabisch, Philipp, Rosenthaler Str. 1
Faethe, Königgrätzer Str. 83
Faßkessel u. Müntmann, Unt. d. Linden 2
Fischer, Ludwig, Unter den Linden 47
Fordan, Zimmerstr. 29
Förder, J., Kurfürstendamm 20/21
Frank u. Co., Französischestr. 49
Franz, Heinrich, Markgrafenstr. 67
Geduldig, Joachimsthaler Str. 9
Genkel u. Freitag, Potsdamerstr. 13
Genossenschaft, Erste Produktiv-, Kommandantenstraße
Gerson, Herm., Berderschestr. 5/6
Goldschmidt, Friedrichstr. 150
Gollop, Louis, Unter den Linden 15
Graetz, Gebr., Nachf. Lust u. Türkfeld, Wallstr. 1
Greger, A., Alexandrinenstr. 73
Griewisch, Fr., Unter den Linden 53
Groß u. Markmann, Mohrenstr. 58
Grüder, M., Wilhelmstr. 23
Gründler, Schützenstr. 53
Gumpert, S., Steglitz, Albrechtstr. 8
Günther, Leipziger Str. 37
Haensch, Kruppstr. 5
Hanson, Paul, Grenadierstr. 22
Hausstein, Oranienstr. 123
Heckenberger u. Becker, Unter den Linden 48/49
Hering, Aug., Hufelandstr. 46
Herpich Söhne, Leipziger Str. 9/11
Herz, D., Französische Str. 33
Herzberg, Gust., Zimmerstr. 24
Heyder u. Jean Jaques, Unter den Linden 33
Hillmer, Dorotheenstr. 54
Hinkel, Französische Str. 19
Hoffmann, Hermann, Friedrichstraße 50/51
Holters, Wilh., Louisenstr 41.
Homuth, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 48
Horwitz u. Co., Mohrenstr. 25
Hrncir u. Malirski, Unter den Linden 20
Jankowski, Charlottenburg, Bismarckstraße 9
Jarn, Peter, Französische Str. 49
Jffland, Ernst, u. Sohn, Charlottenstraße 48
Jockey-Klub, Unter den Linden 75
Johannsonn, Reanderstr. 25
Jsert, Friedrichstr. 113
Jürgens, Friedrichstr. 216
Kazenberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Furch, Friedrichstr. 183
Kern u. Aschirbs, Charlottenstr. 88
Kirschstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubühler, Krausenstr. 69
Koppel u. Hilses, Dorotheenstr. 42
Koppel, R., Kronenstr. 66/67
Kosiel, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Straße 22
Koslowsky, Kanonierstr. 3
Kosse u. Boldt, Mauerstr. 77
Kötz, Französischestr. 52
Krause, Charlottenstr. 1
Krieter, Mauerstr. 8
Kriewitz u. Borgward, Kanonierstr. 10
Kröhan, Charlottenburg, Wallstr. 30
Kruse, M., Oranienburger Str. 4
Küchl, Joh., Charlottenburg, Bittenbergplatz 3
Kühne, Ed., Friedrichstraße
Kunz u. Korizek, Neustädtische Kirchstraße 3
Kurtz, Friedrichstr. 153a
Lassahn, Julius, Charlottenburg, Schillerstr. 9
Levy, Unter den Linden 61
Lewithal, Mauerstr. 2
Lemke, Seydelstr. 31
Lewkowitz, Alexanderstr. 14a
Liebenthal, Hugo, Unter d. Linden 54/55
Lindemann, B. u. Westendorf, Inh. Zibbel, Dresdener Str. 56
Lingott, Gebr., Alexandrinenstr. 67
Lippmann, Benno, Leipziger Str. 30
Ludahn vorm Stein, Schadowstr. 4/5
Lucht, Jägerstr. 69, 2 Tr.
Lukas jr., Mohrenstraße
Machnitz, Paul, Schönhauser Allee 39a
Magnus, Unter den Linden 69 (Krakow)
Mathias u. Schade, Besselstr. 11
Matz, Brüderstr. 13
Maurer, Rud., Friedrichstr. 65a
Mayer, Freitag Nachf., Friedrichstraße 36a
Mehl, Chausseestr. 124
Meyer, Mohrenstr. 9
Meyhöfer, Friedrichstr. 187/188
Möller Söhne, Friedrichstr. 35
Müller, Arnold, Leipziger Str. 95
Müller, Fritz, Gr. Frankfurter Str. 95
Müller, Otto, Oranienstr. 30
Musa, Friedrichstr. 72
Nachmann, Alte Schützenstr. 1
Nielsen u. Thulin, Charlottenstr. 34
Noé u. Schulze, Unter den Linden 21
Peek u. Cloppenburg, Gertraudtenstr. 25/27
Pix, Alois, Markgrafenstr. 90
Pluskiewitz, Markgrafenstr. 22
Pockorny u. Görke, Friedrichstr. 213
Probst u. Lemke, Friedrichstr. 44
Priebe, Luisenstr. 27
Prince of Wales, Friedrichstr. 188
Ramb, Waldemarstr. 39
Reinke, Charlottenburg, Tauroggener Str. 1a
Richter, Franz, Kanonierstr. 6, I
Riethmüller, Mollenmarkt 5
Romann, Krausenstr. 4/5
Rönsch, Charlottenstr. 86
Rückert, Emil, Mohrenstr. 53
Rüdiger u. Suhr, Rosenthaler Str. 45
Rudall, Gertraudtenstr. 10/12
Rund u. Co., Alexanderstr. 37a
Salzwedel, Mohrenstr. 53
Samter u. Happek, Charlottenstr. 50
Schachtel, Alexanderstr. 50
Schafus, Krausenstr. 12
Schalin, Unter den Linden 52
Schimmler, Königgrätzer Str. 4
Schönduhe, Friedrichstr. 167/68
Schöning u. Lindner, Krausenstr. 35/36
Schramm, Kochstr. 18
Schulmeister, Dresdenerstr. 4
Schulte, Inh. Brodersen, Krausenstr. 71
Schulz, Gebr., Markgrafenstr. 46
Schwarz, Lud., Friedrichstr. 158
Sebastian u. Storck, Mittelstr. 18
Segall, Leipziger Str. 30
Selig, Arnold, Unter den Linden
Sendke, Dorotheenstr. 30
Sigger u. Lorenz, Jägerstr. 8
Sixtl, Schützenstr. 60
Skala, Unter den Linden 10
Slobinsky u. Grümmayer, Kochstr. 11
Sonnenschein, Jerusalemer Str. 59
Spicher, Karl, Niederwallstr. 26/27
Steinberg, Zah., Inh. Minat u. Steinberg, Neustädt. Kirchstr. 15
Stelzner, Charlottenstr. 48
Stephan, Französischestr. 19
Steuer, R., Kommandantenstr. 48
Stier, Karl, Oranienstr. 166
Stolzenberg, Oranienstr. 72
Tackmann, Jerusalemer Str. 9
Thiel, Unter den Linden 51
Tollsdorf (Englisch Compagnie), Unter den Linden 66 I
Torkler u. Sohn, Französischestr. 13
Treitel, Werderstr. 6
Tributh, Mauerstr. 2
Trunz u. Voß, Behrenstr. 28
Tschirbs, Friedrichstr. 54
Vandsburger, Friedrichstr. 7
Vehd, Fritz, Charlottenburg, Krummestraße 47
Vortrefflich, Friedrichstr. 143
Wagner, Chausseestr. 8
Warenhaus für Armee und Marine Wellhausen, Neue Wilhelmstr. 2
Wendt u. Redlich, Unter den Linden 29
Werner, Anton, Charlottenburg, Kneseckstraße 88
Wolff u. Keller, Charlottenstr. 28
Wolff, M., Leipziger Str. 105
Wolff u. Schulz, Friedrichstr. 49a
Woormann, D., Französische Str. 46 II
Zobel, Karl, Köpenicker Str. 124
Zuttermann, M., u. Haß, Behrenstraße 24

Ueber die genannten Firmen wird hiermit

die Sperre verhängt.

Die Ortsverwaltung.

168/4

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 17. März 1912, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

• • • Bunter Abend • • •

Mitwirkende: Herr Hans Schmid-Kayser:
Lieder zur Laute, 6/7*
Frau Herta Schmid-Kayser:
Rezitationen.
Nachdem: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**

Eintritt 40 Pf. Garderobe frei.

Aeltestes Atelier Deutschlands, gegr. 1835 für

Künstliche Augen

Lndwig Müller-Uri, Berlin NW.,
Karlstr. 9, 1. Etage.

Die künstlichen Augen werden in Anwesenheit der Patienten angefertigt u. eingesetzt, dieselben können auch über dem erblindeten Augapfel getragen werden. Auch wird nach Muster angefertigt. 41/13*

Malchower Kautabake

Nur echt, wenn mit Zetteleinlage

Johann Dannehl, Malchow.

Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
Kst. 3861. Berlin O 27. Grüner Weg 119.

Straße 22a an der Müllerstraße
jetzt **Otavistraße**

habe ich in meinen neu erbauten, elegant ausgestatteten Häusern noch einige 264/17*

1- und 2-Zimmer-Wohnungen

mit **Warmwasserversorgung** per 1. April **billig** zu vermieten.

Michel-Salonbriketts
M. 7.75 pro 1000 frei Gelaß. 21/7*
Koch, Rixdorf, Bergstr. 110 II.

Steppdecken
besonders preiswert.
Größte Auswahl.
Strohmandel,
Wallstr. 72.

Ohne Anzahlung

liefere an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

komplette Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne
Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen
Portièren, Teppiche, **Gardinen,** Leib- u. Bettwäsche Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung. Ferner
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl neuester Fassons

S. DORN Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Strasse

Drei Tropfen

Kaol

Kaol

flüssige Metall-Politur
putzen das schmutzigste Metall spiegelblank
in Flaschen von 10 bis 50 Pf.
Ueberall zu haben.
Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. — Adolf-Apotheke, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apotheke, Würzburg.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Reichstag.

24. Sitzung. Dienstag, den 12. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Eine Zentrumsinterpellation über den Bergarbeiterstreik.

Von den Abgg. Schädler u. Gen. (Z.) ist folgende Interpellation eingegangen:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, über den Stand des Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Auskunft zu geben und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Bergarbeiter ein rasches Ende dieses den deutschen Volkswohlstand schwer schädigenden Ausstandes herbeizuführen?

Präsident Kaempf: Ich werde diese Interpellation morgen auf die Tagesordnung stellen.

Etat des Reichsamts des Innern.

Neunter Tag.

Die Zahl der vortragenden Räte im Reichsamt des Innern soll auf 25 erhöht werden. Die Budgetkommission hat hierbei folgende Resolution beschlossen:

Der Reichskanzler wird ersucht, eine Novelle zum Beamten- und Offizierpensionsgesetz vorzulegen, durch welche Einkommen aus einer im Ruhestand erfolgten Privatanstellung unter bestimmten Voraussetzungen auf das Ruhegehalt angerechnet werden können.

Der Berichterstatter Graf Westarp erläutert diese Resolution. In letzter Zeit haben einige Fälle

sehr unliebsames Aufsehen

erregt, wo Beamte unmittelbar nach ihrer Pensionierung sehr hoch dotierte Stellungen im Privatdienst angetreten haben. So hat ein Beamter, der zum 1. April pensioniert werden sollte, jetzt schon eine hoch bezahlte Stellung angetreten, die eine volle Arbeitskraft erfordert. Der Staatssekretär hat erwidert, daß die Dienstunfähigkeit dieses Beamten vollständig nachgewiesen worden sei. Als besonders unzulässig erschien es der Kommission, daß höhere Offiziere, die eine leitende Stellung bei der Abnahme der Lieferung bestimmter Fabrikate haben, nach ihrer Pensionierung bei diesen Fabriken eine Stellung erhalten. Andererseits wurde in der Kommission betont, daß es sich hier nur um Ausnahmefälle handle, und daß in der Regel ein Beamter gegen seinen Willen pensioniert werde. Es wäre ungerecht, einem Beamten, der nach einiger Zeit der Ruhe in Privatdienst trete, seine Pension zu nehmen, die als Teil des Diensteinkommens betrachtet werden müsse. Die Mehrheit der Kommission entschloß sich aber zu der Resolution.

Abg. Liesching (Vp.): Es handelt sich hier um eine Gelegenheitsresolution, die aber doch notwendig geworden ist. Trotz der Ueberfülle von Resolutionen mußte auch diese Resolution vorgeschlagen werden, weil die Fälle dieser **merkwürdigen Pensionierungen** sich in letzter Zeit sehr vermehrt haben. Der in der Kommission behandelte Fall ist besonders schlimm. Der Beamte erhält nach seiner Pensionierung von der Privatgesellschaft

40 000 Mark Gehalt,

das Doppelte mehr, als er als Beamter bezogen hat. Auch andere Fälle sind sehr unliebsam aufgefallen. So ist ein Legationsrat im Kolonialamt von einer südwestafrikanischen Territorialgesellschaft engagiert worden, die wegen Verringerung ihrer Konzessionen mit der Regierung im Streit ist. Weshalb legen die Gesellschaften so großen Wert darauf, pensionierte Beamte, die nicht mehr im vollen Besitz ihrer Kräfte sind, mit so hohen Bezügen anzustellen, haben sie etwa solchen Respekt vor der Beamtenweisheit oder rechnen sie nicht viel mehr damit, **daß sie von den Beziehungen des Beamten zur Regierung Vorteil haben werden?** Noch schlimmer ist der Verdacht, daß der Beamte die Kenntnisse, die er in seiner Amtstätigkeit erworben hat, und die zum Teil Amtsgeheimnisse sind, im Privatdienst verwertet. Um solche Auswüchse zu beseitigen, muß die Resolution angenommen werden.

Abg. Erzberger (Z.): Alle Reichsämter sollten peinlich darüber wachen, daß nicht Pensionen unberechtigterweise ausgezahlt werden. Die Zahl dieser Fälle mehrt sich. Die Behauptung in der Presse, als hätte die Zentrumspartei irgend etwas mit der Pensionierung des Beamten, der hier beim Reichsamt des Innern in Betracht kommt, zu tun, weise ich entschieden zurück. Der Gedanke, daß ein Pensionär sich seine Pension kürzen lassen muß, wenn er dauernde Nebenbezüge hat, ist durchaus nicht neu. Er ist durchgeführt in der Arbeiterversicherung und auch in der Privatbeamtenversicherung. Man könnte z. B. bestimmen, daß Pension plus Nebeneinkommen nicht höher werden darf, als das vor der Pensionierung bezogene Gehalt; das heißt also, daß, wenn dies doch der Fall ist, die Pension entsprechend zu kürzen ist. Niemand wird etwas dagegen haben, wenn ein Briefträger, der 600 M. Pension bezieht, sich als Portier mit 1000 M. Nebenbezügen anstellen läßt. Was getroffen werden soll, sind die Fälle, wo ein hoher Beamter, der 10000 M. Pension hat, daneben z. B. aus einer leitenden Stelle in der Industrie 30000 M. Gehalt bezieht. Die Entscheidung darüber, was Privatstellung ist, kann dem Reichskanzler überlassen bleiben. Die ganzen Voraussetzungen der Pensionierung werden ja auf dem Verwaltungswege geprüft. Die größten Mißstände werden jedenfalls auf diese Weise beseitigt werden können. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Wir werden die Resolution unterstützen, obwohl wir uns der Schwierigkeiten, die einer allgemeinen Regelung der Materie entgegenstehen, sehr wohl bewußt sind. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Definition des Begriffs Privatarbeit. Man könnte höchstens negativ sagen: alles, was sich nicht verheimlichen läßt, gehört zum Einkommen aus Privatstellung. Einnahmen aus der so beliebten Bodenspekulation, die sich so leicht auf

die Firma der Frau

abschieben lassen, werden von dem Gesetz nicht getroffen werden können. Das Tragische bei der Erörterung dieser Frage liegt eigentlich darin, daß der Mann, der den Stein ins Rollen brachte, der Präsident van der Borght aus persönlichen und sachlichen Gründen am allermildesten zu beurteilen ist. Viel schlimmer liegt zum Beispiel der Fall des Vizeadmirals **von Ahlefeld.** Seinen Uebertritt aus dem Dienste des Reiches in eine Werft, die auch

auf Lieferungen des Reichs reflektiert,

halte ich für direkt bedenklich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er kann sich allerdings auf berühmte Vorbilder berufen, wie auf den **Admiral v. Hollmann,** der, als er vom Reichsdienst abging, sofort Aufsichtsratsvorsitzender der A. E.-G. wurde, die bekanntlich einen großen Teil ihrer Geschäfte mit dem Reiche macht. Das schlimmste war aber **der Fall Micke,** der vom Dezernenten für das Kleinbahnwesen in die Direktion der Straßenbahn eintrat, deren Geschäftsführung ihm bisher unterstellt war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Neuerdings sind allerdings Fälle vorgekommen, die durch ihre Nebenumstände noch schlimmer sind. Der Fall von Jacobs ist durch seine Nebenumstände so anrüchig, daß, wenn der betreffende heute zur Disposition stünde und nicht seinen Abschied genommen hätte, zweifellos das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet werden müßte. Es handelt sich hier um eine moralische noch mehr als um eine Taktfrage. (Sehr richtig! links.) Es machen sich neuerdings bei uns im Lande Zeichen bemerkbar für eine

gewisse Laxheit der Gesinnung,

die wir von dieser Stelle aus zu bekämpfen allen Anlaß haben. Wenn in unseren Stadt- und Landgemeindeordnungen es verboten ist, daß in derselben Körperschaft Vater und Sohn oder Brüder gleichzeitig tätig sind, so hat das seinen guten Grund. Und wenn wir erleben, daß der Präses einer Artillerie-Prüfungskommission seinen Sohn in leitender Stellung bei einer Firma hat, mit der er ganz allein zu tun hat, so ist das ganz unzulässig. So etwas sollte für die öffentliche Moral unerträglich sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Solche Fälle wie der des Majors Fischer oder der sehr bedenkliche Fall des früheren Ministers v. Podbielski kommen nicht alle Tage vor, aber es ist auch nicht nötig, daß wir warten, bis die Ungeniertheit soweit getrieben wird. Der höchste Beamte des Reiches muß den Beamtenkörper dauernd im Auge behalten und wo nötig unnachsichtlich ausmerzen.

Wichtiger als gesetzliche Bestimmungen ist die Anständigkeit der Gesinnung bei den Beamten selbst. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Die Resolution der Kommission wird angenommen.

Eine weitere Resolution der Kommission auf baldige Reform des Kanzleiwesens, die eine schnellere und billigere Arbeit ermöglicht, wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt das Kapitel „Allgemeine Fonds".

Abg. v. Böhlendorff-Kölpin (k.) begrüßt die Erhöhung des Fonds zur Förderung der Seefischerei um 25 000 M. Die Fischerei sollte in ihrem Gewerbe nach Kräften unterstützt werden. Die Fischer haben vor allem zu leiden unter der großen Menge bureaukratischer Bestimmungen, die zum Teil vollkommen veraltet sind.

Abg. Dr. Struve (Vp.) tritt ebenfalls für die Förderung der Seefischerei ein. Für die Hebung des Fischkonsums sollte das möglichste getan werden, denn die Fische gehören zu den besten und nahrhaftesten Lebensmitteln. Die Wünsche von Fischern, Domänen zu pachten, sollten in jedem Falle berücksichtigt werden. Am schlechtesten geht es den Fischern dort, wo der Großgrundbesitz bis dicht an die Küste reicht. (Sehr richtig! links.) Für die internationale Meeresforschung müssen **mehr** Mittel aufgewandt werden. (Bravo! links.)

Abg. Erzberger (Z.): Der Nutzen der Förderung der Seefischerei hat sich im vorigen Jahre bei der Teuerung gezeigt. Auch in Berlin konnten eine Reihe Fischhallen eingerichtet werden. Aber noch heute werden zwei Drittel des deutschen Fischkonsums aus dem Auslande gedeckt. Einen Schutzzoll für Seefische brauchen wir aber nicht. Vor allem müssen alle Fischereidampfer mit drahtloser Telegraphie ausgestattet werden. Wichtig wäre ein Preisausschreiben für Motore für größere Fischerboote. Die Hauptsache ist aber die Schaffung von geeigneten Fischereihäfen an der Ostsee. Besonders schutzbedürftig ist die Heringsfischerei.

Abg. Hoff (Vp.) wünscht ebenfalls, daß größere Mittel für die Förderung der Seefischerei ausgeworfen werden. Vor allem sollte sich die Regierung der alteingesessenen und durch die Befestigungsanlagen schwer geschädigten Fischer von Helgoland annehmen.

Abg. v. Richthofen (natl.) schließt sich den Vorrednern an. Im Interesse der Heringsfischerei müsse der Zoll auf Seesalz beseitigt werden.

Geheimrat v. Jonquières: Die meisten erörterten Punkte gehören zur Landeskompetenz, z. B. die Ansiedelung der Fischer als Landwirte und die Frage der Polizeiverordnungen. Der drahtlosen Telegraphie wird nach Möglichkeit Eingang verschafft werden, vor allem durch Ausbildung von Mannschaften, die die Apparate zu bedienen verstehen.

Der Titel wird bewilligt.

Abg. Meyer-Herford (natl.) preist den Segen der Seemannsheime in nationaler, sittlicher und volkswirtschaftlicher Richtung.

Abg. Graf Praschma (k.) befürwortet eine Resolution, die zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge eine umfassende Produktionsstatistik des Inlandes fordert, ferner eine Denkschrift über die Produktionsverhältnisse der mit Deutschland im Wettbewerb stehenden fremden Staaten und endlich die Herbeiführung einer größeren Gleichmäßigkeit in der sozialen Gesetzgebung in den an den Handelsverträgen beteiligten Ländern im Sinne des größtmöglichsten Fortschritts.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Die Tendenz der vom Vorredner begründeten Resolution ist uns durchaus sympathisch. Wir erkennen an, daß das bisher von unserer Statistik gelieferte Material nicht ausreicht, um alle die Dinge sachgemäß zu bearbeiten, die bei der Vorbereitung von Handelsverträgen entscheidend in die Wagschale fallen. Wir begrüßen auch sehr den dritten Punkt der Resolution, der internationale Abmachungen über die gleichmäßige Entwickelung des Arbeiterschutzes in den konkurrierenden Ländern wünscht. Nicht einverstanden sein können wir aber mit dem Ausdruck im zweiten Teil, daß in fremden Ländern „Erhebungen" über die Produktionsverhältnisse angestellt werden sollen. „Erhebungen" könnten doch nur von unseren Beamten angestellt werden und das wäre in fremden Ländern ja unmöglich. Der Vorredner sollte diesen Ausdruck verbessern. Wir sehen ganz ab von der

Kleines Feuilleton.

Wie liest man einen Parlamentsbericht? Das kann man nämlich ganz verschieden anfangen: Manche beginnen vorn und studieren sorgfältig jedes Wort bis zum Schluß, manche lesen nur die fettgedruckten Zeilen — dies System, sinnlos Worte aus dem Text hervorzuheben, hat Scherl erfunden, um faulen Lesern das Ueberfliegen noch leichter zu machen — so daß man, ohne näher hinzusehen, folgendes lesen kann:

auf den Kopf zugesagt
Rechte nicht verkümmern lassen
jede Verhandlung aufs schroffste zurückwiesen
grade die Sozialdemokraten

und so.

Man kann den Parlamentsbericht auch gar nicht lesen.

Aber wenn man ihn schon liest, schlage ich folgendes Verfahren vor:

Man lese einmal die kleinen Zeilchen, in denen die positiven Resultate der Verhandlungen aufgezeichnet sind. Das gibt dann folgendes Bild:

Der Etat wurde genehmigt.
Die Vorlage wurde angenommen.
Das Gehalt des Kriegsministers wurde bewilligt.

Oder bei Anträgen der Opposition:

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.
Der Antrag ging an eine Kommission. (Bale!)
Das Haus vertagt sich.

Man könnte sagen: aber der Wert der Anregungen! — Geehrte, wenn die Minister mit ihren Räten nicht einmal dabei sind, wenn ihr Gehalt bewilligt wird, so beweist das die jämmerlich kleine Kompetenz unserer Parlamente.

Beschließen — gewiß! aber nicht gegen die Regierung.

Und so dürfte es sich denn auch einmal empfehlen, zu beobachten, wie nach schmalzigen Tiraden, großzügigen Reden, ehrlichen Ansprachen und tobenden Ausfällen das kleine Sätzchen steht:

Das Gehalt des Kriegsministers wurde bewilligt. K. T.

Amundsen und seine Begleiter. In weiteren Berichten, die Amundsen dem Vertreter des „Daily Chronicle" gab, hat er seinen Begleitern die notwendige Anerkennung erwiesen. Er erzählte: Meine vier Reisebegleiter waren Helmer Hansen, Oskar Wisting, Sverre Hassel und Olaf Bjaaland. Wir arbeiteten in vollständiger gegenseitiger Uebereinstimmung. Nur der Aufopferung meiner Begleiter habe ich die Erfolge meiner Expedition zu verdanken. Als Nahrung dienten uns Pemmikan, Schokolade, Zwieback, kondensierte Milch und später Hundefleisch. Unsere Verpflegung war die denkbar sorgfältigste. Meine Mitarbeiter und ich haben während der ganzen Reise keinerlei Mangel an Nahrungsmittel gelitten. Alkoholgenuß wurde von uns allen vollständig gemieden. Besonders bewährt haben sich während der Expedition in den wildesten Gegenden der antarktischen Zone unsere braven Polarhunde. Was meine geographischen Forschungen anbetrifft, so legte ich ein besonderes Augenmerk auf die Erforschung der Verbindung des König-Eduard-VII.-Landes mit dem Viktorialand. Genaue Aufzeichnungen habe ich ferner über die Ausdehnung der Roßbarriere gemacht. Vorläufig denke ich noch nicht daran, nach Europa zurückzukehren. Im antarktischen Gebiet harren meiner noch wichtige Aufgaben. Was die Festsetzung des Pols anbetrifft, so wurde diese mit der größten uns möglichen Genauigkeit vorgenommen. Immerhin ist es möglich, daß wir uns um eine kleine Differenz geirrt haben, aber ich kann fest behaupten, daß, falls ein Irrtum überhaupt vorhanden ist, dieser nur ganz unwesentlich sein kann.

Während Amundsens Polarexpedition unternahm eine andere Gruppe seiner Begleiter unter Führung von Prestrud eine Erforschung des König-Eduard-Landes. Prestrud berichtet darüber: Als wir in Framheim das Winterquartier verließen, wandten wir uns nach dem Süden bis ungefähr zu dem 80. Grade und folgten dann der Spur, die Amundsen nach dem Südpol eingeschlagen hatte. Bald aber gingen wir in östlicher Richtung vor, erreichten nach einer Entfernung von 60 Meilen Kap Colbeck und gingen dann 120 Meilen nach Norden vorwärts. Wir sahen nirgends eine Spur von Land. Um uns waren nur Eisberge und schneebedeckte Höhen, die sich in einer Höhe bis zu 300 Meter bis zur Roßbarriere erstrecken. Nachdem wir 24 Kilometer weiter gewandert waren, fanden wir ein Gebiet, das fast eben und daher für unsere Schlittenfahrt ausgezeichnet war. Dann kamen wir zu dem Roßmeer, einem fast völlig eisfreien Gebiet. Die Umgebung des Roßmeers besteht aus kleinen Hügelketten, die wir gleichfalls überschreiten mußten. Am Alexandragebirge machten wir Halt und kehrten dann zu unserem Lager zurück, wo wir am Weihnachtsabend eintrafen. Am 11. Januar erschien die „Fram". Am 25. kehrte Amundsen zurück, infolge des ungünstigen Wetters konnten die Expeditionen erst am 31. Januar die eigentliche Rückreise antreten.

Amundsens weitere Pläne scheinen direkt auf Ausführung seiner ursprünglich beabsichtigten mehrjährigen Fahrt im Treibeis des Nordpolarmeeres hinauszugehen. Er wird also kaum erst nach Norwegen zurückkehren, sondern die durch die Südpolentdeckung gewonnene Popularität benutzen, um seine Schulden zu decken und die nötigen Mittel für sein großes Unternehmen aufzubringen. In Norwegen hat sich bereits ein Komitee gebildet, das die 70 000 Kronen Schulden tilgen und dann eine Nationalsammlung eröffnen will. Daß jemand den Südpol auf Kredit entdecken mußte, ist eine besondere Ironie unserer kapitalistischen Ordnung, unter der alle Dinge ihren Marktwert und sonst keinen haben. Der Südpol und die nicht industriellen oder politischen Zwecken dienenden Wissenschaft haben natürlich keinen Marktwert.

Theater.

Neue freie Volksbühne (im Neuen Volkstheater): „Der Meister" von Hermann Bahr. Gegen die in dieser Komödie vorgetragene Moral läßt sich ja mancherlei einwenden. Daß sie innerhalb der bourgeoisen Gesellschaft von heute unter äußerlich etwas modernisierten Formen ihre praktische Anwendung hat, ist täglich erweisbar. Der Mensch als Geschlechtstier spielt dort seine Meisterrolle. Bahr hat alles getan, um seinen Titelhelden in bengalischer Beleuchtung zu zeigen. Wie man dies Spiel mit feiner besaiteten Individuen, die darum leichter in der Umgebung einer schroffen Draufgängernatur gebrochen werden, nun aber auch betrachten mag — interessant gestaltet ist es doch. Und demgemäß war auch die Aufführung. Adolf Licho charakterisierte den „Meister" schlechtweg meisterhaft in jeder Linie, mit jedem Worte. Neben ihm behauptete sich vor allem Aurel Nowotny als Dr. Kokoro. Nur daß er den Japaner karikaturistisch veranschaulichte, beeinträchtigte seine im übrigen ausgezeichnet studierte Charge. Der Bürgermeister und der Redakteur waren doch zu auffällig ins Possenhafte schablonisiert. Dagegen hielten sich alle übrigen Darsteller im Rahmen achtbarer Leistungen. e. k.

Notizen.

— Zeitschriftenschau. Ohne gute und vielseitige Register ist der interessante und reiche Stoff, den ältere Jahrgänge führender Zeitschriften bieten, schwer benutzbar. Sowie die Zeitschrift ein gewisses Alter erreicht hat, pflegt man deshalb ein Generalregister zu veranstalten. Für das einst führende Organ des Naturalismus, die „Freie Bühne", und ihre Nachfolgerinnen, die „Neue Deutsche Rundschau" und die „Neue Rundschau", die nach und nach den Kampfcharakter aufgaben und große moderne literarische Zeitschriften sein wollten, ist jetzt dies kanonische Alter eingetreten: sie wurden generalregisterreif. Der Verlag von S. Fischer hat ein solches Register für die ersten 20 Jahrgänge (1890—1909) herausgegeben, das ein Autorenverzeichnis, eine in 20 Unterabteilungen gegliederte systematische Uebersicht und ein Sachregister auf 140 Seiten bietet. Die nicht nur für Literatur, Kunst und Kritik, sondern auch für zeitgenössische Kulturgeschichte und Politik wichtige und ergiebige Zeitschrift wird dadurch vielen neu erschlossen werden.

— Karl Burrian, der große Sänger und Don Juan, der die Dresdener Oper um der Minne willen schnöde verließ und dann zu einer kolossalen Konventionalstrafe verurteilt wurde, ist an die Wiener Hofoper engagiert worden. Den hohen Tönen zu lieb wird man alles für ihn zahlen.

— Der älteste lebende deutsche Schauspieler, Eduard Härting in Pankow, beging am 12. März seinen 91. Geburtstag. Zu seinen Gunsten wird in den Kammerspielen eine Vortragsnacht veranstaltet.

— Ein Wolf in den Straßen Petersburgs. Am 1. März wurden die Bewohner von Novoje Derevnja, einer der Vorstädte Petersburgs, durch den Anblick eines gewaltigen Hundes erschreckt, der mit offenem Rachen und hängender Zunge in den Straßen umherlief und dann auf einen Hof gelangte, wo er kurz entschlossen einigen Hühnern das Genick durchbiß. Ein Polizist erkannte in dem Tier einen Wolf, der, durch den harten Winter und den Hunger getrieben, sich bis in den Bannkreis der Millionenstadt gewagt hatte. Nach langer Verfolgung gelang es dem Polizisten, den Wolf in die Enge zu treiben und lebendig zu fangen. Das ungewöhnlich große und kräftige Tier wurde dem Zoologischen Garten überwiesen, wo es für den Rest seines Raubtierdaseins vor dem Hunger geschützt sein wird.

traurigen Bearbeitung der letzten Berufs- und Gewerbezählung, aber auch sonst genügt die Statistik nicht allen Ansprüchen. Mit bloßen Monographien ist uns nicht gedient.

Unterstaatssekretär **Richter**: Die in der Resolution ausgesprochenen Wünsche sind bisher schon zum größten Teil berücksichtigt worden. Ich möchte auch von dieser Stelle ausdrücklich versichern, daß das Material der Erhebungen streng geheim gehalten und zu keinen anderen Zwecken, insbesondere nicht zu Steuerzwecken verwandt wird.

Abg. Dr. **Oertel** (k.): Meine Freunde begrüßen die Resolution. Daß sie keinen agrarischen Pferdefuß hat, beweist die Zustimmung des Herrn Südekum.

Die Resolution wird angenommen.

Abg. **Wendorf** (Vp.) tritt für eine Förderung des heimischen Obstbaues und der Bestrebungen des Deutschen Pomologenvereins ein. Seine Berichte sollten in die Berichte über Landwirtschaft aufgenommen werden.

Ein Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern sagt dies zu.

Abg. Dr. **Bell** (Z.) schließt sich dem Wunsche des Abg. Wendorf an.

Abg. v. **Böhlendorf-Kölpin** ersucht den Staatssekretär, die Einrichtung und Unterhaltung regelmäßiger deutscher Postdampferverbindungen schneller zu fördern und auszubauen.

Abg. **Erzberger** (Z.) unterstützt die Anregungen des Vorredners. Wenn der deutsche Handel in China gefördert werden soll, dann muß das Kultusministerium für die Einrichtung von Lehrstühlen für Sinologie in größerer Zahl sorgen.

Abg. **Feuerstein** (Soz.)

verlangt wirksamere Maßnahmen zur Bekämpfung der Rebschädlinge. Wie wenig die Maßnahmen der Regierung ausreichend waren, beweist der Umstand, daß sogar von Zentrumsseite aus diesem Anlaß mit der Budgetverweigerung gedroht worden ist. Der Unterstaatssekretär hat seinerzeit ein schönes Programm zur Bekämpfung der Rebschädlinge aufgestellt, aber zu seiner Verwirklichung nichts getan. Im Interesse des bedrohten Erwerbsstandes der Winzer ist es notwendig, daß der Untätigkeit der Regierung ein Ende gemacht werde. Aus einer Denkschrift des Württembergischen Landtages ergibt sich, daß in 48 000 Weinbetrieben durch Rebschädlinge ein Schaden von 10 000 M. entstanden ist. Ueber 7600 Betriebe befinden sich in direkter Notlage. Aehnliche Klagen kommen auch von den badischen Weingärtnern. Die Angehörigen dieses Erwerbsstandes können von der Regierung verlangen, daß ihnen geholfen wird. Sie müssen ja auch in großem Maße an den Lasten der Zölle und Liebesgaben tragen. Ich möchte die Regierung ersuchen, mehr Mittel in den Etat einzustellen, um unter Umständen auch den Weingärtnern die zur Bekämpfung der Rebschädlinge notwendige Lauge gratis liefern zu können. Um die kleinen Weinbauern gegen solche Unglücksfälle zu schützen, sollte ein

Garantiefonds

eingerichtet werden. Bei dem großen Entgegenkommen, das sonst die Landwirtschaft seitens der Regierung findet, sollte doch auch diesem Zweige der Landwirtschaft der notwendige Schutz gewährt werden. Von sozialdemokratischen Schriftstellern ist mit Recht gefordert worden, daß der wirklich notleidenden Landwirtschaft, den kleinen und kleinsten Bauern, jährlich aus direkten Steuerquellen ein Zuschuß von 500 Millionen Mark zugebilligt wird.

Vizepräsident **Dove**: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dieser Titel von der Reblaus handelt.

Abg. **Feuerstein** (Soz.):

Die Regierung muß veranlaßt werden, den Forderungen des Reichstages auf wirksameren Schutz gegen die Rebschädlinge endlich nachzukommen.

Abg. **Pauly-Cochem** (Z.) schließt sich der Forderung eines wirksameren Schutzes der Winzer an. Der Redner wendet sich gegen die Einfuhr ausländischer Weine. Vizepräsident **Dove** mahnt den Redner, über die Reblaus zu sprechen, dieser kommt aber unter großer Heiterkeit des Hauses immer wieder auf die Frage der ausländischen Weineinfuhr zurück.

Der Titel wird bewilligt.

Abg. Dr. **Bell** (Z.) rühmt die Tätigkeit der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, besonders auf dem Gebiete der Bekämpfung der Schundliteratur. Er bittet die Regierung, die Bestrebungen der Zentralstelle noch mehr als bisher zu fördern.

Der Titel wird bewilligt.

Abg. **Rauch** (Soz.)

fordert beim Titel „Belastung des Reiches aus der Reichsversicherungsordnung" eine Erhöhung der Entschädigung, die den Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Männer gewährt wird. Er weist zahlenmäßig nach, daß die jetzt gewährten Unterstützungssätze viel zu niedrig sind. Wir müssen fordern, daß das Reich die Familien, denen es den Ernährer längere Zeit entzog, nicht unzulänglich unterstützt, sondern voll mit dem ganzen Lohn entschädigt, und zwar ohne daß es erst eines dahingehenden Antrages bedarf. Je eher eine solche Aenderung des Gesetzes eintritt, um so besser ist es. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Interpellation. Reichsamt des Innern.)

Schluß der Sitzung 5¾ Uhr.

Mexikanische Revolutionäre.

Auf dem Kölner Parteitag 1893 erklärte Wilhelm Liebknecht, als jemand sich über mangelhafte Berichterstattung über südamerikanische Revolutionen beklagt hatte: „Was die brasilianische Revolution angeht, so sind diese Katzbalgereien zwischen Cliquen der herrschenden Klasse, wie sie in den südamerikanischen Karikatur-Republiken an der Mode sind, für mich und auch wohl für die meisten von uns weniger wichtig als eine Gemeindewahl an irgendeinem deutschen Orte." Heute, nach fast 20 Jahren, wird an diesem Urteil, soweit nicht die eindringende Arbeiterbewegung, namentlich in Argentinien, den Gesichtspunkt etwas verändert hat, immer noch festzuhalten sein. Da oder dort gelingt es einem besonders gerissenen Abenteurer, wie Balmaceda in Chile, der wenigstens im Kampfe gegen die Kirche manches geleistet hat, oder Castro in Venezuela, eine überragende Gewaltherrschaft aufzurichten, der gegenüber die Revolutionsbewegungen eine allgemeine Bedeutung über das Interesse spezieller macht- und geldlüsterner Cliquen hinaus gewinnen können. Noch mehr galt das für die Revolution, die das blut- und schmutzbedeckte despotische System des alten Porfirio Diaz in Mexiko beseitigt hat. Hatte doch der alte Tyrann, der durch Verrat und Mord auf den Präsidentensitzl gekommen war und diesen wie einen Thron 34 Jahre innegehabt hat, im Bunde mit den einheimischen Sklavenhaltern und dem New Yorker Großkapital, dem riesige Besitztümer des Landes zugeschanzt wurden, eine so gewalttätige Herrschaft, voll tückisch-brutaler Grausamkeit, ausgeübt, daß jeder ernsthafte Versuch der Gegenwehr vom menschlichen Standpunkt aus Zustimmung finden mußte. So wurde die Revolution Maderos, obwohl auch ihr einflußreiche Elemente der nordamerikanischen Trusts nahestanden, von allen freiheitlich Gesinnten mit Recht als eine Auflehnung gegen verworfensten Despotismus (der übrigens in der europäischen Finanzpresse, sei es mit Rücksicht auf die zweifellos durch die Diazsche Gewaltherrschaft aufrecht erhaltene innere Ruhe und die damit verknüpfte kapitalistische Entwicklung, vielleicht auch infolge diskreter „Geschäftsbeziehungen" zu dem alten Verbündeten der Hearstschen Preßkorruption immer die freundlichste Beurteilung gefunden hat) freudig begrüßt.

Nachdem nun der Sturz des Tyrannen gelungen und Madero im Oktober zum Präsidenten gewählt war, zeigte es sich rasch, daß ein Menschenalter Despotismus kein Erziehungsmittel zur demokratischen Selbstverwaltung ist, und daß unter der Maske des Freiheitskämpfers auch diesmal gar mancher Streber versteckt war, der nun rasch den Kampf um die Beute aufgenommen hat. Ein interessantes und nicht verlockendes Bild von dem Wirrwarr, der nun im Lande herrscht, gibt eine Darstellung der verschiedenen aufständischen Gruppen, die Gen. Fabra Ribas kürzlich in der „Humanité" geboten hat. Danach gibt es jetzt nicht weniger als vier revolutionäre Fraktionen, die alle die Regierung Maderos, zugleich aber auch jede der konkurrierenden anderen Gruppen bekämpfen. „Im Norden sind es die Parteigänger des Emilio V. Gomez, der beim Sturze des Diaz Präsidentschaftskandidat war. Sie wollen sich zunächst der Herrschaft bemächtigen, um dann die „Agrarfrage zu lösen". Wie, sagen sie nicht. Im Süden ist es Zapata, der nicht weit von der Hauptstadt Mexiko operiert und seinen Anhängern gestattet, sich des Grundbesitzes gegen Zahlung einer Entschädigung zu bemächtigen.

In einigen Staaten des Nordens und sonstwo gibt es kleine Gruppen „Magonisten", die dem Befehl des Ricardo F. Magon folgen und unter dem Rufe: Land und Freiheit! nichts weniger als den anarchistischen Kommunismus einrichten wollen. Magon behandelt in seiner Zeitung „Regeneracion" (Wiedergeburt), die in Los Angeles (California) erscheint, Vasquez und Zapata als Reaktionäre und verkündet „das Ende des Kapitalismus und den Sieg des Kommunismus". Noch „radikaler" treten die „Individualisten" auf, die eine Zeitung „El Unico" (Der Einzige) in Panama herausgeben und Magon als reaktionären Streber, der ebenso gefährlich sei wie die anderen, behandeln. Schließlich gibt es noch einen General Pascual Orozco, Chef der Regierungstruppen im Staate Chihuahua, der von Madero abgefallen ist. Er soll sich mit Vasquez Gomez verbunden haben, erstrebt aber ebenso wie dieser selbst die Präsidentschaft. „Wir werden uns wohl hüten," sagt Ribas mit Recht, „für irgendeine dieser angeblich revolutionären Bewegungen Partei zu nehmen, die im Grunde alle auf persönlichem Ehrgeiz und der Nebenbuhlerschaft von Strebergesellschaften beruhen." Den Untergrund all dieser Schaumtänze auf der Oberfläche bildet die Allmacht der Latifundienbesitzer und die Versklavung namentlich der indianischen Landarbeiterschaft. Jeder Versuch, auch nur eine bescheidene Verbesserung der traurigen Lage der Arbeiter wurde bisher in grausamster Weise unterdrückt. Von einem Ernste der verschiedenen anarchistischen Bewegungen kann natürlich bei der Rückständigkeit der ganzen Wirtschaftsweise keine Rede sein. Sie sind nur ein Zeichen mehr der Unreife des Volkes, das wohl noch für lange das willenlose Ausbeutungsobjekt einheimischer Grundherren und New Yorker Spekulanten und zugleich der politische Spielball skrupelloser Streber und Geschäftsrevoluzzer bleiben dürfte.

Straßenkämpfe.

New York, 12. März. Nach einer Depesche an den Minister des Innern aus Mexiko haben 200 regierungstreue Soldaten in den Straßen von Culiscan 800 Rebellen geschlagen. Die Rebellen verloren zahlreiche Tote und 200 Gefangene.

Um den Zweckverband Groß-Berlin!

Der Propagandaausschuß für Groß-Berlin, der dem Groß-Berliner Zweckverband ein Mahner sein will und hierbei auf die Teilnahme weitester Kreise der Bevölkerung rechnet, hielt am Sonntag eine zweite und wieder sehr gut besuchte Versammlung ab. Sie fand in der Brauerei Friedrichshain statt und sollte eine Fortsetzung der Verhandlungen vom vorhergehenden Sonntag sein, die nach mehrstündiger Dauer abgebrochen waren, sodaß einige noch für die Diskussion gemeldete Redner nicht mehr zu Worte kommen konnten. Zunächst sollte aber nochmals in drei die Sachlage beleuchtenden Referaten gezeigt werden, welche Aufgaben dem Zweckverband gestellt sind.

Da diese Agitation ausgegangen ist von dem Gedanken, daß besonders die Mißstände im Wohnungswesen Groß-Berlins durch ein entschlossenes Eingreifen des Zweckverbandes gemildert werden könnten, so setzten ihr die aus der Wohnungsherstellung und der Wohnungsvermietung ihren Gewinn ziehenden Terrainspekulanten und Hausagrarier heftigen Widerstand entgegen. Daß diesmal in der Versammlung die um ihren Profit bangenden Interessenten noch zahlreicher als am vorhergehenden Sonntag vertreten waren und eine kräftige Abwehr planten, war schon zu erkennen aus einem stürmischen Auftritt, den sie sogleich zu Beginn veranlaßten. Einer ihrer lungengewaltigsten Wortführer, der Hausbesitzer Wege, der auch mal bei einer Reichstagswahl die Rolle eines Durchfallskandidaten für die Konservativen Berlins gehabt hat, forderte, daß auf die Referate verzichtet werde und er selber sofort losreden dürfe. Die Mehrheit der Versammlung wies diesen Anspruch zurück, und weiteren Störungen wehrte sie durch lebhafte Kundgebungen ihres Unwillens.

Wie sich übrigens die Hausbesitzer den Verlauf dieser Versammlung gedacht hatten, das ist aus folgender Bekanntmachung zu ersehen, die der „Bund der Berliner Grundbesitzervereine" in seinem Organ „Das Grundeigentum" veröffentlicht hat. Sie lautet:

„Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß am nächsten Sonntag, den 10. d. M., um 12 Uhr, in der Brauerei „Friedrichshain" wiederum eine Versammlung des „Ausschusses für Groß-Berlin" stattfindet, in der die Diskussion über angebliches Groß-Berliner Wohnungselend fortgesetzt werden soll. Es liegt im Interesse der gesamten Berliner Hausbesitzerschaft, daß diese Versammlung recht zahlreich von Hausbesitzern besucht wird um energisch Stellung gegen die wiederholt versuchte ungerechtfertigte Verallgemeinerung vereinzelter Mißstände im Wohnungswesen zu nehmen."

Berlin, den 7. März 1912.

Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine.

Erster Referent war wieder Staatssekretär a. D. Dernburg, unter dessen Führung der Propagandaausschuß zusammengetreten ist. Der Zweckverband verdanke von vornherein seine Entstehung dem Wunsch, die Mißstände zu beseitigen, die durch Groß-Berlins Zerrissenheit zur Entwickelung gebracht worden seien. Die Forderungen, eine weiträumige Bebauungsweise zu sichern, gute Schnellverbindungen zu schaffen, einen Wald- und Wiesengürtel freizuhalten, seien ja nichts anderes als die Aufgaben, zu deren Lösung das Gesetz den Zweckverband bevollmächtigt habe. Aber es frage sich freilich, ob und wie er gegen die sich regenden Widerstände diese Aufgaben werde lösen können. Hier gelte es, den Ausführenden das Gewissen zu schärfen. Eine Kirchturmspolitik der Einzelgemeinden wie man sie soeben in Spandau bei der schleunigst noch vollzogenen Auslieferung von Wäldern an die Bauspekulation erlebt habe, müsse verhindert werden.

Naumann, der frühere Reichstagsabgeordnete, ging in seinem Referat davon aus, daß die Entwickelung und Fortdauer der Mißstände im Wohnungswesen der Reichshauptstadt begünstigt worden sei durch das rasche Wachstum des noch jungen Berlin und durch die Bedürfnislosigkeit der hauptsächlich aus den östlichen Provinzen zugewanderten Bevölkerung. Berlin habe gedient als Auffammlungsplatz der abgestoßenen Landeskinder des Ostens, die herkamen, um ihre Löhne zu verbessern, aber ihre Ansprüche an die Wohnung nicht steigerten. Die so entstandene Stadt sei vorläufig nur erst Quantität, noch nicht Qualität. Diese zusammengeströmte Masse zu verwalten, sei die anerkennenswerte Leistung der letzten 40 Jahre gewesen, nun aber müsse Berlin auch qualitativ durchgearbeitet werden. Redner ging nach Erörterung der hier dem Zweckverband gestellten Aufgaben auf den Streit um die Zahlenangaben ein, durch die der Propagandaausschuß die Berliner Wohnungsübervölkerung zu kennzeichnen gesucht hat. Hier kam es zu lärmenden Unterbrechungen aus den Reihen der Hausbesitzer, die diese Angaben in erregten Zwischenrufen als unwahr zurückwiesen. Ihre Wut wuchs noch, als Naumann ausführte, daß nach erfolgreichen Lohnkämpfen der Arbeiter die Grund- und Hausbesitzer sich sagen: „Nun können wir wieder etwas steigern." Man habe bisher die Lage des Arbeiters nur von der Seite der Einnahmen aus dem Lohn betrachtet, nicht auch von der Seite der Ausgaben für den Konsum, vor allem für den Wohnungskonsum.

Reichstagsabgeordneter Genosse Südekum begann sein Referat mit der Erklärung, im Wohnungswesen Berlins habe 40 Jahre hindurch der Hausbesitzer das Wort geführt, jetzt aber wolle die Bevölkerung es einmal haben. Hilfe hoffe sie vom Zweckverband, aber fruchtbringende Arbeit sei nur zu erwarten, wenn die Interessengegensätze in ihm durch den starken Druck der öffentlichen Meinung überwunden würden. Dem Verbandsdirektor Steiniger, der ein Vertrauensmann der Grundstücksspekulanten, der Großbanken, des Fiskus genannt worden sei, bringe der Propagandaausschuß das Vertrauen entgegen, daß er Verständnis für die Aufgaben des Zweckverbandes und ein Herz für die unter den Mißständen leidende Bevölkerung habe. Der Zweckverband dürfe nicht im Jahre 1919 die Gelegenheit zur Uebernahme der Straßenbahnen in Groß-Berlin versäumen und müsse sich Einfluß auch auf die dem Staat gehörenden Vorortbahnen verschaffen. Er solle nicht tatenlos dem Frevel der Verschacherung fiskalischen Geländes in Groß-Berlin zuschauen; aber sich auch nicht bedenkenlos gegenüber dem Fiskus als zahlungsfähigen Käufer fühlen. Als eine Pflicht müsse er es allerdings ansehen, sich Spielplätze für die in den Mietkasernen verkümmernde Jugend zu sichern.

In der Diskussion versuchte Oberapotheker Linke eine Verteidigung der Hausbesitzer, zu denen er selber gehört. Den Hausbesitzern sei es keineswegs gelungen, die Wohnungsmieten ebenso zu steigern, wie die Löhne gestiegen seien. Auf Linkes Behauptung, daß kein Stand seine Interessen so miserabel wie die Hausbesitzer vertrete, antworteten die Zuhörer mit schallendem Gelächter. Ein Herr Lubahn legte die Verteuerung der Wohnungen nicht den Hausbesitzern, sondern der Bodenspekulation zur Last. Nur Bodenreform könne helfen. Schriftsteller Kötschke, Vorsitzender des Groß-Berliner Mieterbundes, rief die Mieter auf, sich zu organisieren. Als er sagte, die winzige Gruppe der Hausbesitzer habe in der Stadtvertretung 60 Prozent der Rechte, rief der oben erwähnte Herr Wege: „Und zahlt 100 Prozent der Steuern!"

Nachher kam Herr Wege selber an die Reihe und hielt eine Kapuzinerpredigt, die von der Versammlung bald mit fröhlicher Heiterkeit und bald mit zorniger Entrüstung begleitet wurde. In der ganzen Welt werde nicht soviel für die Kinder getan wie in Berlin. Mit dem Augenblick, wo ein Kind geboren werde, trete schon die Fürsorge ein. Wenn die Schulpflicht beginne, habe es nicht nur freien Unterricht, sondern auch freies Frühstück. Die Wohnungsfrage löste dieser Hausagrarier mit dem einfachen Rezept: „Schaffen Sie dem Arbeiter höhere Löhne, dann wird er mehr für die Wohnung ausgeben können." „Dann werden Sie die Mieten steigern können!" rief man ihm zu. Er rühmte, in seinem Hause gebe es wunderschöne Wohnungen aus Stube und Küche schon für 21 M. „Wir haben hier kein Vermietungsbureau!" bemerkte dazu humorvoll der Versammlungsleiter Stadtrat Prof. Francke. Herr Wege behauptete keck, die Hausbesitzer hätten von ihrem Privileg in der Stadtverordnetenversammlung nichts und ihre Interessen würden dort von den Hausbesitzerkandidaten nicht gewahrt. Uebrigens sei so wie die Hausbesitzer selten ein Stand für soziale Einrichtungen zu haben. Durch alle ihre Kongresse ziehe gleich einem roten Faden sich der Wunsch, für die Allgemeinheit zu sorgen.

Nach diesem erheiternden Herzenserguß eines Hausagrariers hatten die Zuhörer genug für diesmal und beschlossen, wieder zu vertagen. Die zwölf Redner, die noch auf der Liste standen, wurden auf eine nächste Versammlung vertröstet.

Aus Industrie und Handel.

Rentabilität im Kohlenbergbau.

Für das Jahr 1911 haben 38 Gesellschaften des Steinkohlenbergbaus ihre Bilanzen so veröffentlicht, daß die Dividenden miteinander verglichen werden können. Das bei diesen Gesellschaften investierte Aktienkapital betrug 493,13 Millionen Mark. Die Summe der verteilten Dividende stieg von 40,54 auf 43,54 Millionen Mark gegen das Vorjahr. Die Entwickelung des Dividendenertrages innerhalb der letzten vier Jahre wird in folgender Tabelle widergespiegelt:

	1908	1909	1910	1911
Aktienkapital in Millionen M.	354,04	419,57	428,40	493,13
Dividende in Prozent . . .	11,6	9,9	8,5	8,8

Die Bilanzen, die im Jahre 1908 veröffentlicht sind, bringen die sehr günstigen Ergebnisse des Hochkonjunkturjahres 1907 zum Ausdruck. Während der nächsten Jahre setzte die Krise ein, die in der Abnahme der Dividendenziffer zum Ausdruck kommt. Die im Jahre 1911 veröffentlichte Dividende hat jedoch eine Steigerung um 0,8 Proz. erfahren. Das Geschäftsjahr 1911, für das die Rechnungsergebnisse noch nicht vollständig vorliegen, dürfte eine erhebliche Steigerung des Dividendenertrages gebracht haben. Die günstige wirtschaftliche Lage im Jahre 1912 wird voraussichtlich eine weitere Erhöhung der Durchschnittsdividende bis zur Grenze der letzten Hochkonjunkturjahre bringen. Die Kapitalzufuhr ist bei den Bergwerksgesellschaften des Kohlenbergbaus in den letzten Jahren recht beträchtlich gewesen. Die Bewegung der Abschreibungen in den beiden letzten Jahren läßt sich bei 38 Gesellschaften des Steinkohlenbergbaus vergleichen. Diese Gesellschaften hatten im Jahre 1910/11 ein Aktienkapital von 458,69 Millionen Mark gegen 438,09 Millionen Mark im Jahre 1909/10. Die Summe der Abschreibungen stieg im Jahre 1910/11 von 35 476 942 auf 37 681 062 M. Für einen Vergleich von Reingewinn und Verlust lassen sich die Bilanzen von 41 Aktiengesellschaften vergleichen. Bei diesen gestalteten sich die Geschäftsergebnisse wie folgt:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark	Gewinn- resp. Verlust
1909/10 . . .	34	454,09	+ 48,82
	7	43,47	— 4,16
1910/11 . . .	35	455,38	+ 52,06
	6	42,79	— 4,49

Bei sämtlichen 41 vergleichbaren Gesellschaften ist der Reingewinnüberschuß von 44,66 auf 47,57 Millionen Mark gestiegen. 48 Gesellschaften des Braunkohlenbergbaues haben für das Jahr 1910/11 ihre Bilanzen vergleichbar veröffentlicht. Das Aktienkapital hat sich 1910/11 von 170,08 auf 184,11 Millionen Mark vergrößert. Die ausgeschüttete Dividendensumme ist gleichfalls von 16,46 auf 17,46 Millionen Mark gestiegen. Der prozentuale Dividendenertrag ist jedoch um 0,2 Proz. gefallen. Bei 50 Gesellschaften des Braunkohlenbergbaus lassen sich die Bewegungen der Abschreibungen innerhalb der letzten beiden Jahre verfolgen. Die Summe des Aktienkapitals stieg im Jahre 1910/11 von 171,64 auf 185,68 Millionen

Mark. Gleichzeitig ist auch die Summe der Abschreibungen in den beiden letzten Geschäftsjahren von 17,90 auf 18,90 Millionen Mark gestiegen. Ein Vergleich von Reingewinn und Verlust ist bei 52 Aktiengesellschaften des Braunkohlenbergbaus durchführbar. Die Geschäftsergebnisse werden in nachstehender Zusammenstellung widergespiegelt:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark	Gewinn- resp. Verlust
1909/10 . . .	47	170,39	+ 23,73
	5	5,25	— 1,60
1910/11 . . .	46	181,48	+ 24,79
	6	8,20	— 1,85

Der Reingewinnüberschuß betrug bei diesen 52 vergleichbaren Aktiengesellschaften 22,13 Millionen Mark gegen 22,94 Millionen Mark im Vorjahre.

Die Lohnverhältnisse im Bergbau.

Nach amtlichen Nachweisen beträgt die Gesamtsumme der im Jahre 1911 in den verschiedenen Zweigen des preußischen Bergbaues ausgezahlten Löhne 854 748,20 Millionen Mark. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung um 44 355,81 Millionen Mark. Die Zahl der verfahrenen Schichten ist von 197 342 720 auf 201 933 634 gestiegen. Auf den einzelnen Arbeiter entfielen im letzten Jahre durchschnittlich 300 verfahrene Schichten gegen 297 im Vorjahre. Der durchschnittliche Jahresverdienst ist von 1221 M. im Jahre 1910 auf 1271 M. pro Arbeiter im Jahre 1911 gestiegen. Der durchschnittliche Schichtverdienst erhöhte sich von 4,11 M. auf 4,23 M. Während sich also gegen 1910 eine Besserung bemerkbar macht, bleiben Jahres- und Schichtverdienst noch ganz wesentlich unter dem Niveau der Jahre 1907 und 1908. Die Entwickelung der Löhne im preußischen Bergbau in den Jahren 1907 bis 1911 ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung:

	Lohnsumme in Millionen Mark	Jahresverdienst pro Arbeiter	Schichtverdienst	Verfahrene Schichten pro Arbeiter
		in Mark		
1907 . .	788,43	1328	4,31	308
1908 . .	831,05	1293	4,27	303
1909 . .	794,02	1204	4,07	296
1910 . .	810,39	1221	4,11	297
1911 . .	854,75	1271	4,23	300

Von 1907 auf 1911 ergibt sich noch eine Abnahme des Jahresverdienstes um 57 M. Von besonderem Interesse ist die Entwicklung der Lohnverhältnisse im

Steinkohlenbergbau.

Auch hier sind die Ergebnisse noch erheblich ungünstiger als in den Jahren 1907 und 1908. Die Bewegung der Löhne in den Jahren 1907 bis 1911 spiegelt die folgende Uebersicht:

	Lohnsumme in Millionen Mark	Jahresverdienst pro Arbeiter	Schichtverdienst	Verfahrene Schichten pro Arbeiter
		in Mark		
1907 . . .	665,13	1380	4,44	311
1908 . . .	707,15	1341	4,41	304
1909 . . .	675,81	1233	4,17	296
1910 . . .	690,95	1248	4,20	297
1911 . . .	729,86	1298	4,32	300

Die Zahl der verfahrenen Schichten deckte sich in den drei letzten Jahren mit dem Gesamtdurchschnitt. Der Jahresverdienst pro Arbeiter ist seit 1907 um 82 M. gesunken. Der Schichtverdienst weist eine Verminderung um 0,12 M. auf. Die Entwickelung der Lohnverhältnisse war also im Steinkohlenbergbau ungünstiger als im preußischen Bergbau überhaupt. In den einzelnen Revieren war die absolute Höhe und die Bewegung der Löhne sehr verschieden. Nachstehende Zusammenstellung spiegelt die Entwickelung der Lohnverhältnisse in den wichtigsten preußischen Steinkohlenbezirken in den Jahren 1907 und 1911:

	Lohnsumme in Millionen Mark		Jahresverdienst pro Arbeiter		Schichtverdienst	
			in Mark			
	1907	1911	1907	1911	1907	1911
Oberschlesien . .	94,68	115,70	1 003	980	3,48	3,48
Niederschlesien .	25,53	27,93	990	998	3,27	3,30
O.B.A. Dortmund	459,43	493,95	1 562	1 446	4,87	4,69
Saarbrücken . .	57,95	60,41	1 185	1 168	4,02	4,06
Aachen	27,53	32,50	1 455	1 395	4,64	4,59

Am stärksten war die Differenz zwischen den Löhnen der Jahre 1907 und 1911 in O. B. A. Dortmund und im Aachener Revier.

Soziales.

Schwindelhafte Schiebungen.

Durchaus nicht selten werden im Baugewerbe die Arbeiter durch schwindelhafte Schiebungen um ihren Lohn gebracht. Erst gestern klagte wieder der Putzer Heufelder namens seiner Kolonne beim Gewerbegericht um den rückständigen Lohn von 473 M. Wer ihr eigentlicher Arbeitgeber ist, schien den Klägern noch nicht so recht bewußt zu sein. Sie klagten deshalb 1. gegen die „Elbe“-Grundstücksverwertungsgesellschaft m. b. H., die den Bau, auf dem die Kläger gearbeitet haben, aufführen ließ; 2. gegen den persönlich haftenden Gesellschafter Pflaum, weil die Gesellschaft inzwischen zahlungsunfähig geworden ist; 3. gegen den Putzer Leipolt; 4. gegen den Putzer Simon und 5. gegen den Putzermeister Linow.

Die Kläger haben zum Glück nur eine volle Woche auf dem fraglichen Bau gearbeitet, da sie ihren Lohn nicht erhielten, haben sie am Schluß der Woche, dem Lohntage, wieder aufgehört.

Die Gesellschaft sowie der Gesellschafter Pflaum bestreiten, Arbeitgeber der Kläger gewesen zu sein. Den Putzern Leipold und Simon ist die Putzarbeit gegen Zahlung von zweimal 3000 Mark, zusammen also für 6000 M. übertragen worden. Ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber diesen beiden wäre die Gesellschaft nachgekommen. Das wurde jedoch andererseits bestritten.

Das Gericht unter Vorsitz des **Magistratsrats Dr. Scholborn** sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Kläger noch nicht zu ihrem Lohne gekommen sind. Nach dem Vertrage, den die Gesellschaft aber mit den Putzern Leipold und Simon geschlossen hat, kommen nur die beiden letztgenannten als die eigentlichen Arbeitgeber in Betracht. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß dieselben, wo sie selbst nur Arbeiter sind und von der Hand in den Mund leben, einen solchen Vertrag, der Zahlung in zwei großen Raten anstatt in wöchentlichen Abschlagszahlungen vorsieht, eingegangen sind. Aber auch die Kläger hätten sich zuvor den Vertrag erst zeigen lassen sollen und bei einem solchen Vertrage überhaupt nicht in Arbeit treten sollen. Infolge des Vertrages sei es leider nicht möglich gewesen, die Auftraggeber mit zu verurteilen, da sich die beiden Putzer damit selbst als Subunternehmer hingestellt haben. Es mußten diese deshalb entsprechend dem Klageantrage verurteilt werden, die Klage gegen die anderen drei Beklagten dagegen zurückgewiesen werden.

Es dürfte als ausgeschlossen zu betrachten sein, daß die Kläger in diesem Falle zu ihrem Gelde kommen. Vielleicht hilft eine Strafanzeige gegen die Beteiligten und ein Antrag auf Entziehung des Gewerbebetriebes.

Keine Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen!

Seit Jahren fordern die **Chemnitzer Bauarbeiter**, Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen anzustellen. Das letzte dahingehende Gesuch erhob Genosse **Straube** im Stadtverordnetenkollegium zum Antrage und mit einer Ratsvorlage, betreffend drei neue Baurevisorenstellen, wurde der Antrag dem Verfassungsausschuß überwiesen. Der Rat hörte die am Platze befindlichen Arbeitgeberorganisationen dazu, die sich natürlich sämtlich gegen die Anstellung von Baukontrolleuren aus Bauarbeiterkreisen aussprachen. Dreist behaupteten sie, daß die meisten Unfälle durch die Arbeiter selbst verschuldet würden und daß die Arbeiterkontrolleure keine Unterstützung der jetzigen Kontrolle, sondern zu einer Belastung derselben werden würden, und daß höchstens mit städtischen Mitteln Agitatoren für die Sozialdemokratie angestellt würden. Nun hatte sich der Rat mit Anfragen an verschiedene Städte Süddeutschlands gewendet, **München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Stuttgart und andere hatten von besten Erfolgen und Erfahrungen mit aus Arbeiterkreisen entnommenen Baukontrolleuren berichtet.** Unzuträglichkeiten, wie sie in Chemnitz befürchtet werden, haben sich nirgends gezeigt. In einigen Städten, die befragt wurden, haben die **Arbeitgeber anfangs** auch Anstoß genommen, aber die Beschwerden der Baugeschäftsinhaber haben sich meist als unbegründet erwiesen. Der Bauausschuß hat sich trotzdem gegen die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen ausgesprochen. Dagegen hat sich der Verfassungsausschuß aus den vom Genossen Straube geäußerten praktischen Gründen und auf Grund der Antworten aus Süddeutschland für die Anstellung solcher Kontrolleure entschlossen und empfahl diese in der letzten **Stadtverordnetensitzung.** Bei Beratung dieser Vorlage, die außerdem vorsah, daß der **Rat** die Arbeiterkontrolleure zu bestimmen haben (siebenmal gesiebt), machte sich der im Stadtverordnetenkollegium sitzende Baumeister Heidrich zum Sprachrohr der Baulöwen und schwang kräftig das rote Tuch, jedenfalls um zu beweisen, daß er sachlich zu der Einführung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen nicht viel zu sagen hatte. Er bemerkte u. a., daß man bald ins Uferlose kommen werde, wenn man in allem nachgeben wolle. Im Stellen von Anträgen sei ja die Sozialdemokratie unermüdlich. Die Anstellung solcher Kontrolleure werde geradezu eine konzessionierte Einrichtung der Agitation für die Sozialdemokratie werden. Nachdem Genosse Straube dem Herrn auf seine Ausführungen verschiedenes gesagt hatte, und auch ein Großindustrieller die Annahme der Vorlage empfohlen hatte, wurde sie mit **großer Mehrheit abgelehnt** und damit dokumentiert, daß von dem auf Grund eines Sechsklassenwahlrechts gewählten Kollegium alles andere, nur nicht soziale Taten erwartet werden können.

Die Beschäftigung „im Gewerbebetriebe“ im Sinne des § 105b der Gewerbeordnung.

„Im Betriebe“ von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, von Hüttenwerken, Fabriken und Werkstätten usw. dürfen Arbeiter an Sonn- und Festtagen nach § 105b der Gewerbeordnung nicht beschäftigt werden. Diese Bestimmung sollte der Handwerksmeister Lange in Prenzlau übertreten haben. Ein **Stellmachermeister** wollte von Lange an einem Sonntage etwas angefertigt haben. Lange erklärte, das gehe nicht; er beschäftige seine Lehrlinge Sonntags nicht, weil es nicht gestattet sei. Er meinte dagegen, daß er nichts dagegen haben wolle, wenn einer seiner **Lehrlinge** in der Werkstatt **auf eigene Faust** die Sache machen wolle, und zwar derart, daß der Stellmachermeister den Jungen entschädige. Der eine Lehrjunge hatte schon über seine Zeit an dem Sonntage disponiert. Der andere war jedoch bereit und machte die Arbeit in der Werkstelle seines Lehrmeisters Lange. Er erhielt von dem Stellmachermeister 1 M. dafür.

Die Anklage ging nun davon aus, daß sich Lange doch strafbar gemacht habe, indem er es duldete, daß der Lehrling in seiner Werkstelle für den Stellmachermeister arbeitete.

Das **Landgericht in Prenzlau** sprach den Angeklagten **frei.** Es war der Meinung, daß Lange nicht bestraft werden könne, weil der Lehrling in „eigener Sache“ tätig gewesen sei, indem er für den Stellmachermeister gegen Entgelt arbeitete.

Das Kammergericht hob dieser Tage das Urteil auf die Revision der Staatsanwaltschaft auf und verurteilte Lange gleich zu der niedrigst zulässigen Strafe von 3 M. wegen Uebertretung des § 105b der Ge...ordnung.

Begründend wurde ausgeführt: Es stehe fest, daß Angeklagter es geduldet habe, daß der Lehrling in seiner Werkstelle am Sonntage arbeitete, wenn auch für einen Dritten, den der Lehrling selber bezahlte. Entscheidend sei aber nach Auffassung des Senats, daß die Tätigkeit in der Werkstelle des Angeklagten erfolgte. Wenn der § 105b sage: „im Betriebe von . . . Werkstellen usw. dürfen Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden“, so werde dieser Tatbestand auch schon erfüllt, wenn, wie hier, der Arbeitgeber es dulde, daß jemand in seinem Betriebe am Sonntage tätig sei, ganz gleich, ob das auf seine Kosten oder auf Kosten eines Dritten geschehe. Der Angeklagte müsse deshalb wegen Uebertretung des Paragraphen verurteilt werden.

Haftpflicht des Besitzers für einen bissigen Hofhund.

Der **Landwirt Peter D.** hält sich einen 6jährigen Tigerhund, der gewöhnlich an einer Kette im Hofe liegt, zur Mittagszeit aber freigelassen wird und dann mit ins Haus läuft. Am 3. Dezember 1909 hat der Hund, als er zur Mittagszeit wieder freigelassen war, die 3½jährige Tochter des Tagelöhners X., deren Mutter beim Beklagten beschäftigt war, durch einen Biß oberhalb des linken Auges schwer verletzt. Die **Schadenersatzklage**, die der Vater des verletzten Kindes für dieses anstrengte, ist vom **Landgericht Fürth** und vom **Oberlandesgericht Nürnberg** für **begründet** erachtet worden. Es ist unter anderem dem Kinde ein Betrag von 2600 M. als sogenannter **immaterieller Schaden** in Gemäßheit des § 847 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zugesprochen worden mit der Begründung, daß das Kind auf dem linken Auge nicht nur erblindet, sondern daß auch der Augapfel eingeschrumpft und dadurch eine **dauernde Entstellung** herbeigeführt sei. Die Klägerin sei lebenslänglich in abstoßender Weise **verunstaltet.** Das werde sie besonders schwer empfinden, wenn sie einst heiratsfähig wird. Deshalb müsse **neben** dem Schmerzensgeld eine besondere Vergütung als Entschädigung für die Verunstaltung zugebilligt werden. Daß der Beklagte aber für den Schaden aufzukommen hat, ergibt sich aus § 823 Abs. 2 und § 833 Satz 2 B. G. B. Der Hund war dem Beklagten als bösartiges und gefährliches Tier bekannt, er hätte deshalb sorgfältiger Aufsicht bedurft und durfte nicht ohne Maulkorb freigelassen werden. Es war dem Beklagten auch bekannt, daß der Hund schon mehrfach Personen gebissen hatte. Das Oberlandesgericht ist deshalb der Ansicht, daß der Beklagte die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht gelassen hat. Darauf, daß sich der Hund **im Hause** des Beklagten befand, kam nichts an, da Beklagter dort jedenfalls einen Verkehr eröffnet hatte. Der Beklagte habe schuldhaft gegen § 367 Ziffer 11 des Strafgesetzbuchs verstoßen und hafte deshalb nach § 823 Absatz 2 B. G. B. Auch nach § 833 Satz 2 B. G. B. sei die Haftung des Beklagten gegeben, da jedenfalls der dort verlangte Entlastungsbeweis nicht gelungen, vielmehr alle Sorgfalt vom Beklagten verletzt sei.

Der Beklagte versuchte es mit dem Rechtsmittel **der Revision** gegen dieses Urteil. Das **Reichsgericht bestätigte** aber am Sonnabend die Entscheidung des Oberlandesgerichts und erkannte auf **Zurückweisung** der Revision.

Versammlungen.

Beschwerden der Gummiarbeiter.

Die Gummi- und Isolationsarbeiter, eine Gruppe des Fabrikarbeiterverbandes, versammelten sich am Sonntagvormittag im „Englischen Garten“. Nach einem Vortrage von Wissell über „Fragen der Arbeiterversicherung“ kamen die Verhältnisse in den Fabriken zur Sprache, die gerade in bezug auf Arbeiterschutz viel zu wünschen übrig lassen. In dem Referat von dem Gruppenleiter Reimann wurden die zahlreichen Klagen und Beschwerden der Arbeiter aus den einzelnen Betrieben angeführt. Obgleich die Arbeit sehr gesundheitsschädlich ist, ermangeln die Arbeiter sehr häufig des notwendigsten Schutzes, und die Gewerbeinspektion ist, wie behauptet wurde, manchmal recht oberflächlich und wird oftmals getäuscht durch die Betriebsleiter. In der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Oberschöneweide hat man fast alle Anträge der Arbeiter auf Gesundheitsschutz abgelehnt mit der Motivierung, daß die gewünschten Abänderungen zu viel Geld kosten. Die Arbeiter der Isolationsfabrik klagen schon lange darüber, daß sich weder der Mischraum noch die Brennerei in gesonderten Abteilungen befinden, wodurch die Arbeiter unter dem ungeheuren Staub und Gestank leiden müssen. Dazu fehlt es an Ventilation; viele Arbeiter haben sich schon Augen- und andere Krankheiten zugezogen. Man weiß aber, wie man die Arbeiter schädigt, denn bei einer Inspektion sagte ein Vorgesetzter zu einem Arbeiter „Oeffnen Sie den Kessel erst, wenn die Gesundheitskommission weg ist!“ Man fürchtete also, daß die Kommission Anstoß daran nehmen könnte, aber man verheimlicht die Schäden, denn Aenderungen kosten „zu viel Geld“. Dagegen werden die Leute bei der Arbeit immer mehr angetrieben, um Abzüge an den Preisen machen zu können. Ein Ingenieur Gieseler hat sich in dieser Beziehung unangenehm bemerkbar gemacht. Mit freundlicher Miene, aber mit der Kontrolluhr in der Hand nähert er sich, und wo ein Mann recht fleißig arbeitet, da findet er gewöhnlich, daß man hier an den gezahlten Preisen noch sparen könne. In der Hartgummiabteilung lernt ein alter Arbeiter jugendliche Leute an, die dann 17 bis 18 M. pro Woche verdienen. Die älteren Arbeiter versetzt man in andere Abteilungen, wo sie 40 bis 46 Pf. Stundenlohn verdienen, trotz 7—10jähriger Tätigkeit im Betriebe. Wer sich allerdings bei den Gelben einschmeichelt, kann bis 70 Pf. verdienen. Vielfach wird über schlechte Behandlung geklagt. Und wie bei dieser Großfirma, so sieht es auch in anderen Betrieben aus.

Bei der Firma Herz, wo vor einiger Zeit drei Gummiarbeiter durch eine Explosion ums Leben kamen, wird über den Ingenieur Wetzel als Antreiber bei der Arbeit viel Beschwerde geführt. Dieses Antreiben verhindert oft die nötige Vorsicht bei der Arbeit. Die Ventilation, die Wasch- und Garderobeneinrichtungen sind dort unzureichend, auch soll große Unsauberkeit im Betriebe herrschen.

In der Norddeutschen Gummifabrik, Tempelhofer Ufer, sind die Verhältnisse sehr verbesserungsbedürftig. Der Vakuumschrank, in dem Gummi getrocknet wird, verbreitet zeitweilig einen abscheulichen Gestank, der auch dadurch sehr lästig wird, daß er alle Kleider der Arbeiter durchdringt, denn an Garderoberäumen fehlt es in der Fabrik. Viel geklagt wird dort auch über schlechte Behandlung, besonders durch einen Meister Schulte-Adlershof, der eine Art Trucksystem eingeführt hat, denn er betreibt mit den Arbeitern und Arbeiterinnen einen schwunghaften Handel mit Zucker, Kaffee, Kakao und auch Gummiwaren. Die Löhne sind schlecht, und den Arbeitern wird oft zugemutet, Arbeit nach Hause mitzunehmen.

Die Firma Metzler u. Co., Mühlenstraße, schein ein sehr gefährlicher Betrieb zu sein. Vor 14 Tagen wurde einer 19jährigen Arbeiterin der Arm an einem sogenannten Krempel zermalmt. Vor drei Wochen verunglückte eine andere Arbeiterin schwer in der Weberei durch das Herabfallen eines Treibriemens. An den Treibriemen fehlen die Schutzvorrichtungen, und trotz des Unglücksfalles hat man noch nicht für den notwendigen Schutz gesorgt. Die Wasserschläuche und Röhren sind undicht und zeitweise ist der Boden des Arbeitssaales mit Wasser bedeckt. Gefährlich eng ist der Raum zwischen Maschinen und Wand, wo sich die Maschinenausrücker befinden. In der Spinnerei klagen die Arbeiterinnen über einen jungen Mann von 23 Jahren, der dort die Aufsicht führt und die Arbeiterinnen sehr schroff behandelt.

Bei C. Müller-Weißensee fehlt in der Patentabteilung Ventilation und Abzug. Die Vulkanisiergefäße sind nicht verdeckt, die Pumpe am Schwefelkohlengefäß ist seit langem reparaturbedürftig und die Arbeiter laufen ständig Gefahr, zu verunglücken. Die Garderoberäume sind unzureichend, die Arbeiterinnen müssen zum Umziehen das Klosett benutzen. Ueber die Behandlung durch den Meister Ludwig wird viel geklagt.

In den Wringerwerken in Charlottenburg fühlen sich die Arbeiter bedrängt durch das stetige Verlangen nach Ueberstunden; sie beschweren sich auch über mangelnde Waschgelegenheit und allgemeine Unsauberkeit im Betriebe. Auf 25 Personen kommt dort ein Klosett. An Garderoberäumen fehlt es.

Bei Bergmann, Wilhelmsruh, bei Reinhold und Kübler, beide in Reinickendorf, sowie bei manchen anderen Firmen noch beklagen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen über zahlreiche Schäden, Mängel und Rücksichtslosigkeiten, die in der dem Referat folgenden regen Diskussion beleuchtet wurden.

Und trotzdem rühmte die „Gummi-Zeitung“ jüngst das „soziale Verständnis“ der Unternehmer in der Gummiindustrie. Darüber sind die Arbeiter ganz anderer Meinung, wie die Versammlung bewies. Einstimmig wurde eine Protestresolution gegen die herrschenden Mißstände angenommen, in der gefordert wird, daß den bestehenden Vorschriften zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter in den Gummifabriken energisch Geltung verschafft werde. Der Vorsitzende Krüger forderte zum Schluß die Versammelten auf, ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen, damit sie durch den Verband in der Lage seien, die gerügten Mißstände erfolgreich bekämpfen zu können. Ein Vertreter der Gewerbeinspektion war zu der Versammlung eingeladen, ließ sich aber entschuldigen und um eine Abschrift des Protokolls der Versammlung ersuchen.

Deutscher Buchbinderverband. In der Generalversammlung der Zahlstelle Berlin, die am Freitag im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, wurde der Jahresbericht für 1911 vorgelegt, und zwar gedruckt in einer 62 Seiten starken Broschüre. Das verflossene Jahr war sehr arbeitsreich, namentlich infolge der Tarifbewegungen in den drei größten Branchen, der Buchbinderbranche, der Geschäftsbuchbranche und der Album-, Mappen- und Galanteriewarenbranche. Dazu kamen jedoch noch 14 Werkstattbewegungen, so daß die Gesamtzahl der Lohnbewegungen 17 beträgt. Beteiligt waren daran 5671 Personen, und für 2839 Personen macht die erzielte Lohnerhöhung 5491,47 M. die Woche aus, wobei jedoch in Betracht zu ziehen ist, daß die Angaben, namentlich hinsichtlich der Akkordarbeiter, unvollkommen sind, die tatsächlich erzielte Lohnerhöhung also jene Summe übersteigt. Außerdem wurden für 491 Personen Lohnherabsetzungen abgewehrt, die 839,82 Mark die Woche ausmachen. Von den allgemeinen Tarifbewegungen verliefen die in der Buchbinder- und in der Album-, Mappen- und Galanteriewarenbranche auf friedlichem Wege, wogegen es in der Geschäftsbuchbranche zum Streik kam und erst dann der Abschluß des neuen Tarifvertrags erzielt wurde. Im übrigen kam es aber auch bei verschiedenen Werkstattbewegungen zum Streik. Die Streikunterstützung betrug 14 575,13 M. aus der Zentralkasse und 7145,30 M. aus der Lokalkasse. Die Berichte der verschiedenen Branchen lassen erkennen, daß überall eine rege Tätigkeit entfaltet wurde, und daß in den tariflich geregelten Branchen auch die Tarifinstanzen viel zu tun hatten, um Tarifstreitigkeiten zu regeln und Durchbrechungen des Tarifvertrages zu verhüten. Die Agitation für den Verband hat im allgemeinen recht gute Erfolge gehabt. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle ist im Laufe des Jahres von 6926 auf 8061 gestiegen, und zwar die der männlichen Mitglieder von 3296 auf 3601 und die der weiblichen von 3630 auf 4460. — Die Bibliothek wurde im verflossenen Jahre 4391mal benutzt, und zwar 2627mal von männlichen, und 1764mal von weiblichen Mitgliedern. Neu angeschafft wurden 106 Bände, so daß der Bücherbestand auf 2012 Bände gestiegen ist. Die Jahresabrechnung schließt für die Zentralkasse mit der Bilanzsumme von 184 120,35 M. ab, gegenüber 168 173,60 M. im vorhergegangenen Jahre. Für Arbeitslosenunterstützung wurden aus der Zentralkasse an weibliche Mitglieder 20 253,25 M., an männliche Mitglieder 31 809,05 M. ausgegeben, für Krankenunterstützung an weibliche Mitglieder 11 971,80 M., an männliche 11 848,30 M. An die Verbandskasse wurden 49 063,11 M. abgeliefert. Die Ein-

nahmen der Lokalkasse samt dem alten Bestand beliefen sich auf 131 107,21 M., die Ausgaben auf 53 945,26 M.; der Bestand ist im Laufe des Jahres von 61 752,11 M. auf 77 161,98 M. gestiegen. Unter den Ausgaben sind 15 248,35 M. für Lokalzuschläge zur Arbeitslosenunterstützung, 2272,80 M. zur Gemaßregeltenunterstützung, für die aus der Zentralkasse 5456,65 M. ausgegeben wurden.

Beschlossen wurde, den Porzellanarbeitern aus der Lokalkasse 1000 M. zu überweisen. Im übrigen machte der Vorsitzende Würzberger auf den Streik in der Kartonbranche aufmerksam, an dem rund 1400 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Der Streik wird jedenfalls dazu führen, daß endlich einmal auch in der Kartonindustrie eine allgemeine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt wird. Vermutlich wird es im Laufe der nächsten Woche zu Verhandlungen kommen. — Der zweite Punkt der Tagesordnung waren Wahlen und die Bestätigung der Funktionäre. Durch Urabstimmung sind zu wählen der erste Vorsitzende der Zahlstelle und außerdem ein Beisitzer zum Verbandsvorstand. Die Versammlung beschloß, daß beide Wahlen innerhalb 14 Tagen vollzogen werden sollen. Die Bestätigung der Funktionäre erfolgte entsprechend den gemachten Vorschlägen. Ferner wurden gewählt: als Revisoren Teutsch und Calow; in das Arbeitsnachweiskuratorium Lübicke, Fräulein Schreihart, als Ersatzpersonen Wilhelm und Fräulein Unterlauf; in die Beschwerdekommission Nole, Wilhelm, Leonhardt und Lübicke; in die Bibliothekkommission Hoffmann, Arndt, Selinger, Klemm, Blum und Fräulein Lange; in den Jugendausschuß Stephan, Hoffmann und Rasch. Die Rechtsschutzkommission wurde in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Schließlich erledigte die Versammlung noch einige andere Verbandsangelegenheiten.

Zentralverband der Zimmerer. In der am Montag abgehaltenen allgemeinen Mitgliederversammlung hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Herzfeld einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, der die politische Situation schilderte und dahin ausklang: Die Forderungen der klassenbewußten Arbeiterschaft können nicht erfüllt werden durch den Reichstag. Der Schwerpunkt des Kampfes für die Ziele der modernen Arbeiterbewegung liegt vielmehr außerhalb des Parlaments, in den Organisationen der Arbeiter. Diese auszubauen und zu stärken muß deshalb die vornehmste Aufgabe eines jeden Arbeiters sein. — Nach dem Vortrage gab der Vorsitzende Witt das Resultat der am 25. Februar vollzogenen Vorstandswahl bekannt. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Witt, 2. Vorsitzender Hinrichsen, 1. Kassierer Welsow, 2. Kassierer Golze, 1. Schriftführer Heinrich Schulz, 2. Schriftführer Labitzke, Revisor Dittmann, Kontrolleure Haufe und Siege.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 3. cm	seit 10. 3. cm¹)	Wasserstand	am 11. 3. cm	seit 10. 3. cm¹)
Memel, Tilsit	612²)	—17	Saale, Grochlitz	149	—10
Pregel, Insterburg	251³)	—27	Havel, Spandau⁴)	90	+2
Weichsel, Thorn	320	0	„ Rathenow⁴)	110	+4
Oder, Ratibor	240	—4	Spree, Spremberg⁴)	80	0
„ Krossen	207	—7	„ Beeskow	109	—1
„ Frankfurt	215	—9	Weser, Münden	215	—11
Warthe, Schrimm	202	—14	„ Minden	314	—12
„ Landsberg	163	+1	Rhein, Maximiliansan	445	—22
Netze, Nordamm	70	+2	„ Kaub	308	—10
Elbe, Leitmeritz	106	—20	„ Köln	391	—20
„ Dresden	—2	—16	Neckar, Heilbronn	120	+2
„ Derby	284	—4	Main, Wertheim	231⁴)	—14
„ Magdeburg	233	—1	Mosel, Trier	187	—42

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel. — ³) Eisstopfung. ⁴) höchster Wasserstand am 9. um 6 Uhr nachm.: 248 cm.

Nach telegraphischen Meldungen ist die Memel von gestern bis heute morgen an der Pegelstelle Schmalleningken bei schwachem Eisgang um 9, bei Tilsit, wo heute wieder Eisstand herrscht, um 10 cm gefallen. Ruß und Gilge sind seit gestern stärker gefallen und an den Pegelstellen Kloken und Stöpen eisfrei.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Jedermanns allerbilligster Wareneinkauf. Riesenauswahl Pelzsachen. Herrenpaletots. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf. Aussteuerbetten. Vermietungsbetten. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Plüschdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †50*

Vorwärtsleser erhalten zum Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosentalerstraße 54. 926R*

Einsegnungsanzüge, kleine Anzahlung. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Teppiche in allen Größen, enorm billig. Portieren. Diwandecken. Engroshaus Hermann Henow, Gertraudtenstraße 18—19, I. Kein Laden. „Vorwärts"leser 5 Prozent Rabatt. 1091R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maxstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch. 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürnenzeil, Schneidermeister, Rosentalerstraße 10 (Fernsprecher Norden 5117.

Teppiche! (Fehlerware) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Milchgeschäfts-Einrichtungen! Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Eisschränke billigst. Spezialfabrik Hermann Jordan, Michaelkirchstraße 21. 86/3*

Herrengarderobe, anerkannt erstklassige Stoffe, garantiert vorzügliche Ausführung. Monatsraten 10,00. Goldstein, Maßschneiderei Yorkstr. 51. Auch fertige streng moderne Herrenanzüge, Ulster und Jünglingskleidung.

1000 neue Nähmaschinen. Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe Landsbergerstraße. 2057R*

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung. Boxhagenerstraße zweiunddreißig, erste Etage. (Bahnverbindung Warschauerstraße.) 1024R*

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9 Flureingang. Vorwärtslesern zehn Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nah, Mulackstraße 14. *

Gaszweilochkocher 3,50, Gaszuglampen 7,00, Wallnertheaterstraße 32.

Federbetten, spottbillige, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 22,00. Zentralleihhaus Schöneberg, Hauptstraße 111. 1160R*

Hängelampe, Zimmermann, Lichtenbergerstraße 21. 540b

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 187 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Kanarienjänger, Zuchtweibchen, Neue Königstraße 24, Seitenflügel.

Prachtbetten 12,50, zwei Stand, Vertiko umständehalber, Yorkstraße 17 II. †136

Humboldt-Leihhaus! Existiert nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Hochelegante Kavalleranzüge, Gehrockanzüge, Ulsterpaletots, Riesenauswahl, spottbillig. Riesengroßer Bettenverkauf. Brautbetten, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Gardinenauswahl, Plüschportieren, Erbstückstores, Prachttepiche, Massenauswahl, Herrenuhren, Damenuhren, Uhrketten, Wanduhren, Schmucksachen, Spottpreise. 1479R*

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe. Sende Vertreter. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. *

Leihhaus „Brunnen" und Verkaufsgeschäft. Alles spottbillig: Betten, Stand 9,—, mit 2 Kissen 10,—. Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße

Geschäftsverkäufe.

Gutgehendes Eckrestaurant mit Garten wegen Krankheit verkäuflich. Auskunft Filiale Vorwärts, Weißensee.

Seifengeschäft. 8 Jahre in einer Hand, schöne Wohnung, wegen Uebernahme eines Engroslagers preiswert verkäuflich. Lippehnerstraße 13. *

Lokal, sichere Existenz, Zahlstelle und Vereine preiswert zu verkaufen. Gubenerstraße 19. †38

Restaurant zu verkaufen Reinickendorf-West, Wittestraße 8. 5425*

Brotstelle. Konzessionierte Restauration, spottbillig, große Fabriken, nahe Neuchâtelstraße 7, dicht an Hüttenstraße. 41/15

Seifengeschäft preiswert zu verkaufen Rheinsbergerstraße 53. †106

Milchgeschäft mit Rolle, zwei Zimmer, billig. Bäckerei, Gneisenaustraße 28. †106

Milchgeschäft, Kolonialwaren, Rolle, schöne Wohnung, verkauft krankheitswegen preiswert. Tempelhof, Berlinerstraße 53. 5415

Möbel.

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1117R*

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Herrengarderobe und Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) 1075R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art. Stube und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12—2 geöffnet.

Auf Teilzahlung! Einzelne Möbel, komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung liefert unter kulanten Zahlungsbedingungen die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 39. *

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenlager, Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Möbeltausch. Ältere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1116R*

Teilzahlung, Möbeleinrichtung Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 1114R*

Chaiselongue, nageneu, 16,00. Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Dringend verkaufe bis Ende März Nußbaumwirtschaft mit prachtvollen Küchenmöbeln, Gaskrone, Teppich, einige Wandbilder, Geschirr, 195,—, Säulentrumeau 33,—. Händler zwecklos. Neue Königstraße 66 I. 216/17*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Sofa 18,00, Plüschgarnitur, Sofa, zwei Sessel 36,00, Vertiko 22,00, Tisch 4,00, ganze Wirtschaft spottbillig verkäuflich Waldemarstraße 76, Vorderhaus I links. 41/5*

Sofort gutes Plüschtaschensofa 39,00. Schäfer, Chausseestraße 74 I.

Nußbaummöbel, Stube und schöne Küche, noch neu, verkauft umgehend sehr billig Rabau, Weinmeisterstraße 2. 41/4

Vorteilhafte Möbelangebote. Elsasserstraße 8, Oranienstraße 37.

Gelegenheitskäufe in gediegenen Wohnungseinrichtungen sowie Ergänzungsmöbel. Oranienstraße 37, Elsasserstraße 8.

Ersparnisse beim Möbeleinkauf bieten Ihnen die Möbelspeicher Elsasserstraße 8, Oranienstraße 37.

Schlafzimmer. Speisezimmer, Herrenzimmer, moderne Küchen, Schränke, Vertikos, Sofas, Trumeaus, Schreibtische in größter Auswahl spottbillig Oranienstraße 37, Elsasserstraße 8. 1020R*

147 Sofas, prima Bezug, 54,—, 26 Garnituren 115,—, 80 Chaiselongues, prima, 25,—, Sofaumbau mit Seitenschränken 60,—, mit Säulen 57,—. Nur soweit Vorrat. Tapeziererwerkstätten Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 1056R*

Möbel-Rossin, Kastanien-Allee 57. Mein Erweiterungsausbau ist fertiggestellt. Es sind Gelegenheitskäufe am Lager. 12 Speisezimmer, früher 950 Mark, jetzt 650,00. 8 Schlafzimmer, früher 535 Mark, jetzt 395,00. Kleiderspinden 32 Mark, englische Bettstelle 32,00, Sofa in Plüsch 68 Mark, Büfetts (nußbaum) 135,00. Besuchen Sie bitte meine Ausstellungsräume Kastanien-Allee 57. Rossin. 1002R*

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1119R*

Einrichtungen, Einzelstücke liefert billig und gut, Teilzahlung gestattet. Lange, Schwedterstraße 26. 1025R*

Metallbetten, zwei, modern, spottbillig verkäuflich. Zossenerstraße 10, Hutgeschäft. 83/11*

100 komplette Wohnungseinrichtungen enorm billig Andreasstraße 30, geradeüber Markthalle, Dwinaztr. *

Möbelfabrik, Georg Tennigkeit, Oranienstraße 172/173. Wer gediegene Möbel billig kaufen will, soll nicht versäumen, mein großes Lager zu besichtigen. Stube und Küche 246,—, 480,00, elegante 586,00, zwei Stuben und Küche 650,00 bis 850,00, englisches Schlafzimmer 172,00, eichene Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons fabelhaft billig, Ruhebett 26,00, Taschensofa 58,00, Kleiderschrank, Vertiko 36,00, Trumeau 35,00. Farbige komplette Küchen von 56,00 bis 300,00. Katalog gratis. Auch Teilzahlung. 1001R*

Schleunigst verkäuflich: (Händler unerwünscht!) Moderne Wirtschaft, aparte Kücheneinrichtung. — Elegantes Plüschsofa, Umbau, Herrenschreibtisch, Englischbetten, Anklebeschrank, Chaiselongue, Trumeau, Prachtwandbilder, Teppich, Gaskrone, Verschiedenes. Königsbergerstraße 11, vorn I rechts bei Fischer. 41/14

Sofort verkäuflich moderne Nuß-5-umwirtschaft, Küchen. Nicklas, Thaerstraße 47. †74

Nußbaum-Wirtschaft ist für jeden Preis zu verkaufen. Händler verbeten. Pfirschke, Neukölln, Biebrichstraße 14, vorn III. †123

Musikinstrumente.

Pianino, hohes, Schnitzerei 110,— (eventuell Teilzahlung). Zander, Turmstraße 8. 41/16

Pianino, wenig gebraucht, 150,—, verkauft Hänel, Grenadierstraße 25 (nahe Alexanderplatz.) 41/18*

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1006R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

28,00 Halbrenner, tadellos, kein Treppenschwindler. Reparaturwerkstatt. Horn, Koppenstraße 33. 1161R*

Kaufgesuche.

Platinabfälle. Silberabfälle, Rückstände, Zahngebisse, Quecksilber, Metalle höchstzahlend, Goldschmelze Nieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 2995R

Zahngebisse, Zahn bis 1 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 216/15*

Platinabfälle, per Gramm 5,75 Mark, Gold-, Silbersachen, Gebisse kauft höchstzahlend Goldschmied Bruckard, Mulackstraße 22, nahe Rosenthalerstraße. 2956b*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Menzel, Berlin, Chausseestraße 5. 1100R*

„Friedrich-Wilhelm" Generalagentur-Zahlstelle: O. 112, Mainzerstraße 24 (Frankfurter Allee), Lebensversicherung, Sterbekasse, Kinderversicherung. Auszahlung bis 60. Lebensjahr. Steuer abzugsfähig. 928R*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Kunstopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse. Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Gramm 5,75, Goldankauf. Geldkontor, Hollmannstraße 30.

Darlehn! Auf ein Jahr 250 Mark wünscht Ehepaar. Offerten: „Hoffmann 1912", Postamt 39. †85

Ehrenerklärung! Ich nehme hiermit die gegen Frau Müller, Hasenheide 9, gemachten Aeußerungen zurück, erkläre dieselbe für eine ehrenhafte Frau. Karl Becker, Strelitzerstraße 44. †106

Vermietungen.

Laden, groß und hell, mit Wohnung, für jedes Geschäft passend, per 1. April 1912 preiswert zu vermieten. Gramens, Hausburgstraße 23. 898R*

Wohnungen.

Palisadenstraße 63 sind kleine Wohnungen sowie Parterrewohnung 3 Stuben usw. sehr preiswert zu vermieten. 4795*

Stube und Küche 25 Mark, Stube 15 Mark zu vermieten Oranienstraße 2A. †7*

Arkonaplatz: Stube, Küche, Kammer billig. Wolliner Straße 15.

Große zwei Stuben, Küche, vorn I, 500, Palisadenstraße 5. Auskunft Weberstraße 31. 5495

Große zweifenstrige Stube, Küche, vorn, 23,00, Palisadenstraße 5. Auskunft Weberstraße 31. 5505

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, Herrn. Rosenthal, Forsterstraße 54, III.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle. Treptow, Grätzstraße 26, vorn IV links. †148

Mietsgesuche.

Möbliertes Vorderzimmer sofort oder 1. April gesucht. Nähe Bahnhof Beusselstraße oder Putlitzstraße. Offerten unter J. H. Vorwärts-Spedition, Salzwedelerstraße 8. †102

Schlafstelle! Junger Mann sucht möblierte Schlafstelle, allein. Offerten mit Preisangabe unter M. F. 88 postlagernd Postamt 54. †98

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Rentenempfänger, 30, schwerhörig, sucht irgendwelche Arbeit. Habe langjährige, gute Zeugnisse. „Ledig" Postamt 17. 5445*

Stellenangebote.

Schreiberlehrling sucht Rechtsanwalt zum 1. April cr. Meldungen Turmstraße 4.

Marmorschleifer und Zusammensetzer sucht Krumrey, Großgörschenstraße 9. †147

Einen Schlosser- und einen Gürtlerlehrling verlangt Kronleuchterfabrik, Adalbertstraße 82. †12

Korbmacher, drei, auf Wäschekörbe, sucht Bollmuth, Dresdenerstraße 77, Hof links I. 547b

Ernichte in Berlin und Vororten Filialen. Zur Leitung derselben suche Herren und Damen. Gehalt 100 Mark monatlich nebst freier Wohnung. Zigarrenfabrik Albert Korf, Danzig-Schidlitz. 534b

Blusenarbeiterinnen auf Blusenhemden, nur weiße Genres, bei hohen Arbeitslöhnen und Fahrtvergütung. Probearbeit oder Buch erforderlich. Emil Riese, am Wittenbergplatz, Bayreutherstraße 11, parterre. 42/2

Battistblusen-Zusammensetzer verlangt Budnik, Libauerstraße 1, Warschauerbrücke. 41/20

Strohhutnäherinnen in und außer dem Hause verlangt Albert Bauschke, Neanderstraße 4. 467b

10 Blusen-Zuarbeiterinnen, Lohn, verlangt Blusenatelier, Neukölln, Bodestraße 3, Ecke Emserstraße, Bahnhof Hermannstraße. †48

Aufwartefrau gesucht, morgens zwei Stunden, nachmittags eine Stunde. Vorstellen 4—6. Frau Dr. Brenstedt, Königgrätzerstraße 48 I.

Mädchen, schulentlassenes, adrettes, angenehmes Aeußere, gutes Schulzeugnis, eventuell Waise, findet bei besserem Ehepaar Aufnahme, wie Kind im Hause. Postlagerkarte 20 Postamt 2. 548b

Strauußfeder-Kräuslerinnen, -Näherinnen, -Legerinnen, in und außer dem Hause, finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung bei Gebrüder Nelson, Leipzigerstraße 71/72. 4665*

Lehrmädchen finden vorzügliche Ausbildung sowohl in unserer Fantasie- als auch in unserer Straußfeder-Fabrik gegen monatliche Vergütung. Gebrüder Nelson, Leipzigerstraße 71/72.

Lehrmädchen im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10 bis 2 Uhr vormittags oder 6 bis 8 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Belleallancestraße 1—2. 1153R*

Zeitungsfrauen sofort verlangt Rosenthalerstraße 48. 41/9*

Zeitungsfrauen sofort verlangt Rathenowerstraße 8. 41/2*

Zeitungsausträgerin für neue Tour in Lichterfelde-Ost verlangt „Vorwärts"-Expedition Bernfer, Steglitz, Alsenstraße 5.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 60 Pf. die Zeile.

Zwei tüchtige
Perlmutter-Knopf-Graveure
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Hannoversche Knopffabr.
Gompertz & Meinrath, Hannover. *

Einen Besteckarbeiter
sucht die Silberwarenfabrik **Gebr. Sauerland,** Sebastianstr. 84.

Tüchtige Zuarbeiterin
auf Kostüme, Jacketts, im Hause verlangt **Liebert,** Zionskirchstr. 40.

Parteisekretär gesucht.

Für den Wahlkreis **Wiesbaden-Rheingau** wird ein Parteisekretär gesucht. Reflektiert wird nur auf eine erste Kraft. Guter Redner, Vertrautheit mit der Führung und Erledigung der Kassengeschäfte und Befähigung zur selbständigen Erledigung aller in einem Parteisekretariat vorkommenden schriftlichen Arbeiten ist Bedingung. Dienstantritt möglichst bald, spätestens am 1. Juli. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen werden bis zum 25. März an **Wilh. Lieser, Wiesbaden,** Wellritzstr. 49, erbeten. 288/1

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel,** Koppenstraße 82. **R. Wengels,** Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. **J. Neul,** Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. **F. Trapp,** Stettiner Str. 10. **Karl Marx,** Greifenhagener Str. 27. **J. Hänisch,** Nazarethkirchstr. 49. **H. Vogel,** Lortzingstr. 37. **R. Tietz,** Invalidenstr. 124. **L. Techand,** Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. **Lawerenz,** Gotzkowskystr. 20.
SW. H. Werner, Gneisenaustr 72. **Daehn,** Hagelberger Str. 27.
S. St. Frin, Prinzenstr. 31. **F. Lehmann,** Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horich,** Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schornberg, Seesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Küter, Rädelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wibler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Marienbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Gehrt, Britzer Str. 6.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Rixdorf. M. Heinrich, Reckarstr. 2. **Conrad,** Hermannstr. 50. **C. Rohr,** Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Alsenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Bornstaedtstr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sebastr. 103. **Schillert,** König-Chaussee 39a.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 26, Hof parterre.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Gemeindewahlbewegung.

Steglitz. Zu den Wahlen der zweiten Klasse hatte die letzte Versammlung des Wahlvereins beschlossen, falls die Demokraten eigene Kandidaten aufstellen würden, für diese zu stimmen. Da diese Voraussetzung nicht eingetroffen ist, empfehlen wir nunmehr unseren Parteigenossen Stimmenthaltung. Für die unter dem Oberkommando des Reichsverbandes marschierenden Mischmaschkandidaten einzutreten, verbietet sich für Sozialdemokraten schon aus Gründen politischer Reinlichkeit. Wie wir hören, rückt auch der Demokratische Verein von diesen „Auchdemokraten" ab. Ueberlassen wir sie also ihrem Schicksal!

Zehlendorf (Wannseebahn). Heute Mittwoch, den 13. März, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, finden die Gemeindevertreterwahlen für den 1. (Süd-) Bezirk im Restaurant Fürstenhof, für den 2. (Nord-) Bezirk im Restaurant Kaiserhof statt. Unsere Kandidaten sind für den 1. Bezirk Genosse Göhre, für den 2. Bezirk Genosse Kutta.

Parteigenossen! Es ist Ehrensache eines jeden, sich schon vor 4 Uhr nachmittags dem Wahlkomitee bei Mickley zur Verfügung zu stellen. Vergesse kein Wähler sich die vom Gemeindevorstand zugesandte Legitimationskarte mitzunehmen.

Adlershof. Die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung finden für die dritte Abteilung Sonntag, den 17. März, nachmittags von 12—3 Uhr, im Lokal des Herrn Lehmgrübner, Bismarckstraße 60, für die zweite Abteilung Montag, den 18. März, abends von 6—8½ Uhr, in demselben Lokal, und für die erste Abteilung Dienstag, den 19. März, nachmittags von 1½ bis 1¾ Uhr, im Gemeindeamt, Bismarckstr. 1, statt. Kandidaten der sozialdemokratischen Partei sind in der dritten Abteilung die Genossen Ferdinand Büttner und Otto Petrich; in der zweiten Abteilung Wilhelm Baschin und in der ersten Abteilung Robert Meil und Emil Klodt.

Am Donnerstag, den 14. März, abends 7½ Uhr: Kuvertverbreitung an die Gemeindewähler vom Jugendheim, Bismarckstr. 11, aus.

Groß-Lichterfelde. Heute, den 13. März, nachmittags von 3—8 Uhr, findet die Wahl der 3. Abteilung statt. Der 1. Bezirk wählt bei Henning, Jungfernstieg: der 2. bei Hertel, Zehlendorfer Straße, und der 3. in Wolfs Kasino, Viktoriapark.

Vergesse niemand sich mit Legitimation zu versehen!

Kandidaten der Sozialdemokratie sind im 1. Bezirk: Adolf Neumann, Vergolder; 2. Bezirk: E. Wenzel, Expedient; 3. Bezirk: Otto Osburg, Holzarbeiter.

Groß-Schönebeck (Kreis Niederbarnim). Am Donnerstag, den 14. März, finden die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Die dritte Abteilung wählt zuerst, und zwar von nachmittags 1 Uhr ab. Kandidat der Sozialdemokratie ist für alle Abteilungen Maurer Gottlieb Stegemann. Von den Genossen, die in Berlin arbeiten, wird erwartet, daß sie vollzählig und pünktlich zur Wahl erscheinen; ebenso, daß sie am Tage der Wahl sich zur Verfügung stellen. Nur wenn alle Genossen ihre Pflicht erfüllen, dürfte es uns möglich sein, den ersten Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung zu entsenden.

Dabendorf bei Zossen. Da die Hauptwahl eine Entscheidung nicht gebracht hat, finden am Donnerstag, den 14. d. Mts., die Stichwahlen statt. Die dritte Klasse wählt von 6—7½ Uhr und die zweite Klasse von 7¾—8¼ Uhr. Unsere Kandidaten sind in der dritten Klasse Genosse Rudolf Lau und in der zweiten Genosse August Schulze.

Bruchmühle. Die Vertreterwahlen finden am Freitag, den 15., statt. Die dritte Wählerklasse wählt von 2—3, die zweite von 3—¼4 und die erste von ¼4—¾4 Uhr. Für die dritte Klasse kandidiert Max Lindholz, Schlosser, und für die zweite Klasse Edmund Biedermann, Wäschezuschneider. Es gilt noch die kurze Zeit bis zur Wahl auszunützen für die Aufrüttelung der uns Fernstehenden. Unsere Gegner arbeiten im geheimen mit allen erdenklichen Mitteln. Sich einmal in der Oeffentlichkeit auszusprechen, dazu fehlt ihnen der Mut. So hielt vor kurzem der Ortsverein eine Versammlung hinter geschlossenen Türen ab. Einige Genossen, die sich trotzdem eingefunden, wurden vor Beginn der Versammlung hinausgewiesen, da sie keine Einladung bekommen hatten. Die Herren trauen sich noch nicht einmal, ihre Kandidaten bekanntzugeben. Wenn nun jeder seine Pflicht erfüllt, so muß es uns gelingen, daß auch in unserer Gemeinde wirkliche Arbeitervertreter in das Dorfparlament einziehen.

Kaulsdorf. Die Stichwahl zur Gemeindevertretung zwischen dem Genossen Wilhelm Beyer und dem bürgerlichen Kandidaten Zernsdorf findet am Sonntag, den 17. März, von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags statt. Um unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen, bedarf es der eifrigsten Mitarbeit aller Genossen, deren Erscheinen zum heutigen Zahlabend bei Bobey unbedingt erforderlich ist.

Wahlergebnisse.

Borhagen-Rummelsburg. Bei den am gestrigen Tage stattgefundenen Gemeindevertreterwahlen in der zweiten Abteilung wurden im Bezirk Borhagen die Kandidaten des Bürgervereins mit 234 Stimmen gewählt. Die Kandidaten des Grundbesitzervereins erhielten inkl. etwa 50 Forensenvollmachten 118 Stimmen. Auf unsere Parteigenossen John und Müller waren je 70 Stimmen entfallen. Bei der Wahl vor zwei Jahren waren für unsere Partei in diesem Bezirk nur 30 Stimmen abgegeben worden. Die verhältnismäßig hohe Stimmenzahl, die die Bürgervereinskandidaten auf sich vereinigten, ist darauf zurückzuführen, daß das Beamtenwohnhaus, welches allein etwa 150 Wähler der (nur Beamte) zweiten Abteilung aufweist, geschlossen Mann für Mann für den Bürgervereinskandidaten stimmte. Im Bezirk Rummelsburg wurde der gemeinsame, vom Grundbesitzerverein, Bürgerverein und Verein der Gewerbetreibenden aufgestellte Sammelkandidat Beckmann mit 174 Stimmen bei auch etwa 50 Papierstimmen gewählt. Unser Genosse Ritter hatte 40 Stimmen erhalten; bei der Wahl vor zwei Jahren waren auf unsere Partei in diesem Bezirk 22 Stimmen entfallen. Die Beteiligung betrug im Bezirk Borhagen 47,5 Proz. und im Bezirk Rummelsburg 44,9 Proz.

Ober-Schöneweide. Bei der Gemeindevertreterwahl für die 3. Klasse wurden die bisherigen Vertreter, die Genossen Braune und Lehmann, wiedergewählt. Im 1. Bezirk erhielt der Genosse Braune 789, der Kandidat der Katholiken Olleck 86 Stimmen; im 2. Bezirk Genosse Lehmann 646, der Katholik Wierzyck 62 Stimmen.

Lankwitz. Bei der am Sonntag stattgefundenen Stichwahl zwischen dem Genossen Edmund Hintze und dem bürgerlichen Bartelt siegte der letztere mit 491 Stimmen gegen Hintze, auf den sich 398 vereinigten. Die Stichwahl bereitete uns eine gewisse Enttäuschung, da unsere Stimmenzahl gegen die Hauptwahl nur um 30 stieg. Es mag die Kolportierung des Gerüchts daran schuld sein, daß unsere Kandidatur in bezug auf das Grundstückspriveleg nicht den gesetzlichen Vorschriften genügt habe. Die Gegner hatten unter starker Pression auf alle abhängigen Wähler so ziemlich den letzten Mann an den Wahltisch geschleppt.

Steglitz. Bei der Gemeindevertreterwahl konnte die Sozialdemokratie den ersten Bezirk behaupten. Der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Aßmann, erhielt 1125, der gegnerische Mischmasch-Kandidat 805 Stimmen. Unser Genosse ist also wiedergewählt. Im zweiten Bezirk unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten Aßmann, Krug und Leimbach mit 832 Stimmen dem bürgerlichen Mischmasch, der 1132 Stimmen für seine Kandidaten zählen konnte.

In Birkenwerder wurden für uns am Sonntag, den 10. März, 98 Stimmen abgegeben. Die „Schwarzen" erzielten inklusive 70 Papierstimmen die Zahl von 126, die „Blauen" des Ortsvereins 28 Stimmen. Es findet Stichwahl statt, deren Ausgang infolge der skandalösen Forensenwirtschaft nicht zweifelhaft sein kann. Die Wahl muß auch diesmal wieder angefochten werden.

In Glienicke (Nordbahn) war ein Gegenkandidat nicht aufgestellt. Hier wurde unser Genosse Ulfert am Sonnabend, den 9. März, mit 52 Stimmen einstimmig gewählt, ein Unikum, wie es in der diesjährigen Wahlkampagne unserer Nordbahnorte wohl einzig dasteht.

Schönerlinde (Bezirk Pankow). Bei der Gemeindewahl in der dritten Klasse wurden die Genossen Gustav Joseph und Christian Iden trotz der ungünstigen Wahlzeit, nämlich von 2—4 Uhr nachmittags, mit 48 gegen 44 bürgerliche Stimmen gewählt.

Hohen-Schönhausen. Der bei den Gemeindewahlen mit 26 Stimmen mit unterlegene bürgerliche Kandidat Herr Dr. Goldberg bittet uns mitzuteilen, daß er nicht als „Anarchist", sondern als Vorsitzender des Bürgervereins kandidiert habe.

Gerichts-Zeitung.

Der gestoßene Samariter.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, Abteilung 143, fand unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats **Weckwerth** eine Verhandlung gegen den **Tischler Leip** statt. Er war wegen Erregung eines Auflaufs und Nichtbefolgung einer polizeilichen Aufforderung mit einem Strafmandat von 10 M. bedacht und hatte dagegen Einspruch erhoben.

Der Anklage lag folgendes Vorkommnis zugrunde: Am 27. Januar nachmittags wurde in der Elbinger Straße eine Frau von einem Auto überfahren. Der Angeklagte, der mit einem Bekannten gerade des Weges kam, nahm sich der Frau an, während sein Begleiter dem Auto folgte, dessen Führer schon ohnehin bremste, indem er versicherte, daß nicht durch sein Verschulden die Frau verunglückt sei. Die beiden Männer hoben nun die Frau in das betreffende Auto, um sie möglichst schnell ärztlicher Hilfe zuzuführen. Mittlerweile waren außer einer Anzahl Zivilpersonen auch **zwei Schutzleute** am Platze eingetroffen, die nun ihrerseits eingriffen, indem der eine zu der Verunglückten in den Wagen stieg, während der andere Zeugen notierte. Hierbei kam es nun zu der Szene, die die Anklage zur Folge hatte. Ueber den Hergang machten drei Schutzleute auf der einen und mehrere Zivilpersonen auf der anderen Seite voneinander sehr abweichende Bekundungen. Der Angeklagte erklärte, er habe, indem er sich der verunglückten Frau annahm, von dem **Schutzmann Hein einen Stoß** in die Seite erhalten, außerdem habe der Beamte ihn derart **angefaßt**, daß ihm der **Kragen zerrissen** sei. Er habe daraufhin gesagt: **„Wenn Sie etwas von mir wollen, dann gehe ich mit nach der Wache, aber stoßen lasse ich mich nicht."**

„Na ja," meinte der Vorsitzende, der sichtlich bemüht war, in durchaus objektiver Weise den Sachverhalt klarzustellen, gemütlich: „wenn die Polizei schon da ist, können die Umstehenden ja dieser die weiteren Maßnahmen überlassen, aber Sie hatten schon vorher mitgeholfen, da war es erklärlich, daß Sie glaubten, auch nachher noch tätig sein zu müssen."

Schutzmann Hein bestritt, den Angeklagten gestoßen oder gezerrt zu haben, er habe ihn nur **weggeschoben.** Leip habe geschimpft und sich aufgeregt, daß die Frau nicht schneller nach einer Unfallstelle gebracht werde, derweile könne sie sterben. Es hatte den Anschein — als sei der Angeklagte angetrunken gewesen. In demselben Sinne sagte auch ein zweiter Schutzmann aus. „Gewiß," warf hier der Vorsitzende ein, „auf der Straße spricht man ja für gewöhnlich nicht so leise." Die **Zivilzeugen bestätigten,** daß der Angeklagte **nicht** übermäßig laut gewesen sei, als er mit dem Beamten den Wortwechsel hatte.

Das **Urteil** lautete auf je 3 M. oder 1 Tag Haft für jede Uebertretung, zusammen 6 M. oder 2 Tage Haft. In der Begründung hieß es u. a.:

Der Angeklagte habe, was die Aussagen ergeben hätten, durch seine Erregtheit einen Auflauf verursacht und sei den Aufforderungen der Beamten nicht nachgekommen. Das Gericht habe aber als strafmildernd in Betracht gezogen, daß der Angeklagte Samariterdienste geleistet hatte und nach Bekundung der Schutzleute auch etwas angetrunken gewesen sei.

Der Amtsanwalt hatte für jeden Fall je 6 M. oder 2 Tage Haft beantragt.

Eine **Freisprechung** hätte dem Interesse der Hilfeleistung für Verunglückte sicherlich mehr entsprochen.

Ein entflohener Verführer.

Ein **fast unglaubliches Sittenbild** entrollte eine Verhandlung, die gestern unter Ausschluß der Oeffentlichkeit das Schwurgericht des Landgerichts II beschäftigte. Der **Dentist Fritz Schmidt,** der seit dem Jahre 1908 verheiratet ist, betrieb in der Prager Straße ein zahntechnisches Geschäft. Ein zweites Geschäft, das er in Neukölln betrieb, stand tagsüber unter der Leitung seiner Ehefrau, die gleichfalls Dentistin ist. Im September 1909 zog die damals 18jährige Meta **Schöning** als Stütze zu ihm und er trat bald mit ihr in sehr intimen Verkehr, der sich über längere Zeit fortsetzte. Schmidt, der auf seine Frau einen starken suggestiven Einfluß ausübte, hatte sogar die Dreistigkeit, seine Frau in diesen seinen Verkehr mit der Schöning einzuweihen und wußte sie zu bestimmen, an den wüsten Orgien, die er mit der „Stütze" feierte, selbst teilzunehmen. Es kam zu Szenen, die sich jeder Beschreibung entziehen für deren photographische Aufnahme Schmidt aber Sorge trug. Schließlich ging seine Frau nach Amerika, die Schöning aber blieb bei ihm. Als die Folgen des intimen Verkehrs bei dem Mädchen sich zeigten, ging sie auf seinen Rat zu der in Schöneberg wohnenden „klugen Frau", Witwe Meta **Berndt,** geb. Nogge, und diese leistete ihr verbotene Hilfe. Als das Mädchen dann von ihrer Sorge befreit war, trennte sie sich von Schmidt. Dieser drohte mehrfach mit einer Anzeige, falls sie nicht zu ihm zurückkehre und als sie dies ablehnte, erstattete er selbst die Anzeige wegen Verbrechens gegen die §§ 218 und 219 St. G.-B. Da bei einer abgehaltenen Haussuchung bei Schmidt eine große Anzahl Bilder vorgefunden wurden, in welchen die Orgien photographisch festgehalten worden sind, und somit sehr gravierendes Material gegen den Denunzianten selbst vorlag, zog dieser es vor, sich rechtzeitig unsichtbar zu machen. Gegen das Mädchen und die kluge Frau wurde Anklage erhoben, die nun das Schwurgericht beschäftigte. Die Geschworenen folgten den Anträgen der Rechtsanwälte Häusler und Bahn und verneinten bezüglich der Berndt das erschwerende Moment des erstrebten materiellen Vorteils. Die Angeklagte Schöning wurde zu **4 Monaten,** die Angeklagte **Berndt** zu **8 Monaten** Gefängnis verurteilt.

Geimpft?

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, Abteilung 148, hatte sich der Schlosser **Lehmann** zu verantworten. Der Angeklagte hatte eine Aufforderung erhalten, nachzuweisen, ob sein Kind geimpft, bezw. warum es nicht geimpft sei, war aber dieser Aufforderung, wie er angab, aus Mangel an Zeit, nicht nachgekommen, da er keinen Arbeitsverdienst einbüßen wollte. Der Vorsitzende **Weckwerth** erklärte ihm, daß er das auch schriftlich hätte erledigen können und gab ihm den Rat, seinen Einspruch gegen das Strafmandat von 5 M. zurückzuziehen, weil der Angeklagte hierdurch doch Kosten sparen könne. Das wollte dieser jedoch nicht, da 5 M. für seine Verhältnisse doch viel Geld seien und er freigesprochen zu werden erwarte. Das **Gericht** setzte die Strafe auf **2 M.** oder einen Tag Haft herab. Die Kosten hat der Verurteilte **zu tragen.**

Ein untreuer Genossenschafter.

Der ehemalige Direktor der Zentralverkaufsgenossenschaft deutscher Winzervereine **Werner** aus Eltville, wurde gestern in Wiesbaden wegen Untreue, Unterschlagung, schwerer Urkundenfälschung, dreier grober Bilanzfälschungen und wegen Verfehlungen gegen das Genossenschaftsgesetz zum Nachteil der Zentralverkaufsgenossenschaft der Rheingauer Winzervereine und der Zentralverkaufsgesellschaft deutscher Winzervereine in Eltville zu **drei Jahren Gefängnis, 300 M. Geldstrafe und drei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.** Er wurde sofort in Haft genommen.

Die gestohlene Gans.

Der Diebstahl eines Weihnachtsgänsebratens, den der Vertreter der Anklage mit **6 Monaten Gefängnis** geahndet wissen wollte, wurde dem Fahrstuhlführer Max **Müller** zur Last gelegt, der sich unter der Anklage der Entwendung einer zu den Gegenständen der Beförderung durch die Eisenbahn gehörenden Sache vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Mitte Dezember vorigen Jahres sollte auf dem Schlesischen Bahnhof ein verschlossener Korb mit geschlachteten Gänsen in den nach Potsdam abgehenden Zug transportiert werden. Der Korb wurde zu diesem Zweck in den Fahrstuhl geschafft, der nach dem Bahnsteig hinaufgeht und von dem Angeklagten bedient wurde. Kurze Zeit darauf wurde festgestellt, daß der Korb aufgeschnitten und daraus eine fette Gans entwendet worden war. Als man dem Angeklagten, der sich allein in der Nähe des Korbes befunden hatte, den Diebstahl auf den Kopf zusagte, bat er, man solle ihn doch „nicht unglücklich machen". Diese unüberlegte Handlungsweise hatte für den Angeklagten sehr böse Folgen, da gegen ihn Anklage wegen schweren Diebstahls, begangen an einer zu den Gegenständen des Eisenbahntransportes gehörenden Sache, erhoben wurde. — Der Staatsanwalt beantragte trotz der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten und des geringen Wertes der gestohlenen Sache **6 Monate Gefängnis,** da es sich um einen groben Vertrauensbruch handle. Rechtsanwalt Dr. **Puppe** machte geltend, daß überhaupt kein Diebstahl, sondern nur ein **Mundraub** vorliege, da der Angeklagte offenbar beabsichtigt hatte, die entwendete Gans möglichst bald in der Form eines Gänsebratens zum „alsbaldigen Verbrauch" im Sinne des § 370, 5 St.-G.-B. zu verwenden. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und nahm nur einen Mundraub als vorliegend an. Da jedoch wegen dieses Delikts ein Strafantrag nicht gestellt war, mußte das **Strafverfahren** eingestellt werden, so daß der Angeklagte noch einmal mit einem „blauen Auge" davonkam.

Aus aller Welt.

Die Entwicklung des Flugwesens.

Die Brüder Wright, die Pfadfinder der erfolgreichen Flugversuche, führen seit mehreren Jahren mit aller Welt Streit. Sie wollen es unmöglich machen, daß ein europäischer Flugapparat in Amerika verwendet wird, weil sie ihre Erfindung als die einzige bezeichnen, die sich den technischen Kniff zu eigen machen dürfe, die Tragflächen des Flugapparates zu verziehen. Auf diese Idee nahmen sie vor Jahren überall Patente. Weil ein Apparat ohne Verwindung der Tragflächen nicht gut fliegen kann, glauben sie mit ihrem Patentschutz alle Bewerber aus dem Felde geschlagen zu haben, da sie die einzigen wären, die an ihren Apparaten das Verziehen der Flächen ausführen dürfen. Später haben viele Erfinder dieses Verziehen an Flugmaschinen angewendet und nun führen die Brüder Wright mit diesen Leuten Prozesse wegen Patentverletzung. Sie haben es in Amerika bewirkt, daß die Einfuhr europäischer Konkurrenzapparate verhindert ward, und versuchen es nun, mit einigen europäischen Erfindern anzubinden, in der Hoffnung, daß ihnen auch die europäischen Gerichte das Monopol auf Flugmaschinen mit Verwindung zusprechen werden. Seither stellte sich aber heraus, daß die Verwindung von Tragflächen schon vor dem Patent, das die Wrights erhielten, vor zwanzig und mehr Jahren durch andere Leute ausgeübt worden war. Dadurch haben sich die Aussichten für das Monopol der Wrights verschlechtert. Erst vor wenigen Tagen hat das deutsche Patentamt auf Grund solcher Vorprüfungen das Patent der Wrights in Deutschland für nichtig erklärt und der in Frankreich schwebende Patentstreit dürfte demnächst mit einem ebensolchen Mißerfolg für diese verdienstvollen Amerikaner enden, die bei aller Sympathie, die ihnen zukommt, nicht das Recht erhalten dürfen, alle Welt von sich abhängig zu machen. Dadurch würde die ganze Entwickelung der Flugmaschine gehemmt, und es ist Tatsache, daß die Apparate der Wrights längst durch bessere überholt sind. Erst vor kurzer Zeit erlegten die Wrights in Frankreich eine größere Kaution für ihren Prozeß, der wohl bald zugunsten der französischen Flieger erledigt werden wird. Wie sehr sich die Technik seit den Tagen, da die Wrights mit Motorfliegern die ersten geglückten Flüge unternahmen, entwickelte, sieht man aus den steigenden Höchstleistungen. Vor kurzem stellte der Engländer Barring-Kemmts mit einem Dauerflug von 400 Kilometer, der mit einem Begleiter in einer Höhe von fast 500 Meter ausgeführt wurde, einen Weltrekord auf. Am 22. Februar schlug der erfolgreiche Franzose Védrines mit einem Schnelligkeitsflug alle früheren Leistungen, denn er bewältigte eine Strecke von 200 Kilometer in 75 Minuten, so daß er eine Stundengeschwindigkeit von fast 160 Kilometer erreichte, die größte, die bisher von einer Flugmaschine zu verzeichnen ist. Einen Tag danach flog der Franzose Tabuteau während zwei Stunden eine Strecke von 227,5 Kilometer, so daß er nur eine Stundenschnelligkeit von 113,4 Kilometer erreichte, die weit hinter der großartigen Leistung zurücksteht, auf die jetzt Védrines zurückblicken kann. Nun sind diese Bestleistungen abermals zurückgedrängt worden, denn Védrines erreichte bei Pau in Südfrankreich eine Geschwindigkeit von 164,4 Kilometern in der Stunde; zeitweilig flog er aber noch schneller, so daß er manche Runde mit einer Geschwindigkeit bis zu 167 Kilometer zurücklegte. Eine neue Glanzleistung vollführte Tabuteau am letzten Montag. Er flog die Strecke Pau-Paris — etwa 730 Kilometer — mit zwei Zwischenlandungen in 5 Stunden 12 Minuten; seine durchschnittliche Schnelligkeit betrug 138 Kilometer in der Stunde.

Opfer der Industrie.

Auf der Niederrheinischen Hütte in Gelsenkirchen brach am Montag abend an einem Hochofen ein Gerüst. Die darauf befindlichen sieben Arbeiter stürzten in die Tiefe und wurden unter den Trümmern begraben. Ein Arbeiter konnte nur als Leiche geborgen werden, während die übrigen sechs schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Auf dem Kalischacht Nippa bei Heringen a. d. Werra löste sich ein etwa zehn Zentner schwerer Eisenring, aus

seinem Lager und stürzte in die Tiefe. Von den auf dem Grunde des Schachtes arbeitenden Leuten wurden vier lebensgefährlich und drei leichter verletzt.

Herrenübermut.

Der Rittergutsbesitzer v. Herzberg auf dem Dorfe Lottin in Pommern, bekannt durch seine famose Aufforderung an die Bauherren auf dem Lande, sozialdemokratische Bauarbeiter brotlos zu machen, hat dieser Tage „seinen" Arbeitern den Befehl erteilt, daß sie seine — Kutsche zu grüßen haben, ganz gleich, ob jemand darin sitze oder nicht. Veranlassung zu dieser „allerhöchsten Verordnung" war, daß ein Landarbeiter die „gnädige Frau" nicht hundedemütig gegrüßt hatte, weil er nicht sah, daß jene in der Kutsche saß. Der „Sünder" wurde am nächsten Tage entlassen.

Bei solch mittelalterlichen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn den Junkern die Arbeiter davonlaufen.

Kleine Notizen.

Mord und Mordversuch. In Obergarmsdorf in Schlesien versuchte der Bergarbeiter Weist seine vier Kinder im Alter von 2 bis 11 Jahren in einem Teiche zu ertränken. Die beiden jüngsten Kinder hatte er schon in das Wasser geworfen, als er an der Vollendung seines Verbrechens gehindert wurde. Ein vierjähriges Kind konnte noch lebend aus dem Wasser errettet werden, während das zweijährige Kind ertrank. Weist wurde verhaftet.

Opfer des Sports. Wie wir gestern meldeten, wurde in der Schloßbachlamm (Tiroler Alpen) die Leiche eines verunglückten Touristen gefunden. Inzwischen hat man auch den Leichnam des zweiten bei der Bergtour verunglückten Touristen gefunden. Die Untersuchung hat ergeben, daß der zuerst aufgefundene Tourist Harnesch tödlich abgestürzt ist, während der jetzt aufgefundene Tote, der Sohn des Regierungsrats Pirsch aus Münster, infolge Erschöpfung gestorben ist.

Aus der Untersuchungshaft entlassen. Der englische Boxer Everden, der vor einigen Tagen in Paris mit dem französischen Boxmeister Belli einen Boxkampf ausmachte, an dessen Folgen Belli starb, ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Das Gutachten des ärztlichen Sachverständigen hat ergeben, daß der Tod Bellis nicht unmittelbar durch die Schuld Everdens herbeigeführt wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn 1 Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

T. E. 32. 1. und 2. Nein, sofern Ihre Frau kein eigenes Vermögen oder Einkommen hat. 3. Wird kaum zu erreichen sein. 4. Armendirektion. Außerdem kann Ihre Schwiegermutter selber klagen und sich dazu ein Armenattest besorgen. — **A. T. 100.** Wenn die Ehe nach dem 31. Dezember 1899 geschlossen ist, verbleiben die Haushaltungsgegenstände in vollem Umfange der kinderlosen Witwe. Der Mann kann auch ein Testament errichten. Eine mündliche Erklärung genügt nicht. — **O. K. 85.** 1. bis 5. Kein Anspruch auf Herausgabe haben Sie nur nach Zahlung der Miete. — **G. G. 26.** 1. Falls nicht das Armenrecht bewilligt ist, nur gegen Erstattung der Anwaltskosten. 2. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. 3. Nein. — **H. M. 10.** Das Kind hat die dem Stande der Mutter entsprechende Ausbildung zu beanspruchen. Für den Weigerungsfall entscheidet, falls der Vormund Klage erhebt, das Gericht. — **R. Z. 97.** 1. Nein. 2. und 3. Falls Beweisführung möglich, ja. — **R. R. 1912.** Beitragsrückerstattung erfolgt nicht. Es empfiehlt sich die Weiterversicherung. — **R. S. 23.** 1. Da die Mietsräume zur Benutzung noch nicht überlassen sind, so ist der Zwangsverwalter an den Mietsvertrag nicht gebunden. Der Zwangsverwalter war also zu der Erklärung berechtigt. 2. Der Eigentümer. 3. Verband der Zimmerer, Engelufer 15. — **Pflegekind.** 1. Nein. 2. Wenn ein Ehevertrag vorliegt, nein, andernfalls ja, falls der Mann der Prozeßführung zugestimmt hat. 3. Zahlungspflichtig sind Sie. — **F. R. 100.** 1. Nein. 2. Ja. — **F. S. 101.** 1. und 2. Auskunft erteilt der Verband der städtischen Arbeiter, Engelufer 15, dem die Krankenpfleger angeschlossen sind. 3a. Das Mädchen bleibt für die Vertragsdauer haftbar; der Mann hat keine Zahlungspflicht. b. Der Mann kann Herausgabe fordern, für Weigerungsfall klagen. — **E. W. 160.** Meldung beim Polizeipräsidium, wo die nähere Auskunft erteilt wird. Frauen, die älter als 27 Jahre sind, haben wenig Aussicht auf Einstellung. — **F. L. 13.** 1. An das Kaiserliche Kommando der I. Matrosendivision Kiel oder an das Kaiserliche Kommando der II. Matrosendivision Wilhelmshaven. 2. Mindestens dreijährige Dienstzeit. Der Meldung ist ein vom Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission auszustellender Meldeschein beizufügen. Dem Gesuch auf Erteilung des Meldescheins sind Geburtszeugnis, schriftliche Einwilligung des Vaters und Führungszeugnis der Polizeibehörde beizufügen. — **G. G. 23.** Wurm und Bernstein haben diese Materie bearbeitet. Auch das Handbuch für sozialdemokratische Reichstagswähler dürfte Ihrem Wunsche entsprechen. Sämtlich zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69. — **O. Sch. 63.** An einen Vorsitzenden der Lokalkomitees, deren Adressen zur gegebenen Zeit an den Anschlagsäulen bekanntgegeben werden. — **R. Z. 79.** Hängt mit den Wahlprüfungen nicht zusammen, sondern mit einer Bestimmung der Geschäftsordnung. — **Lüttich 3.** Kommen alle drei sehr langsam und sehr oft in Anwendung. Ursprung nicht sicher festzustellen. — **H. B. 8.** Können wir hier nicht feststellen. Wenden Sie sich, unter Berufung auf uns, an die „Dresdener Volkszeitung", Zwingerstr. 21. — **Weiß 1907.** Arbeiter-Abstinentenbund, August Neumann, Engelufer 19. — **W. Z. 500.** Kreuzberg um 5 Meter höher. — **L. 37.** Könnten wir auch nur an Ort und Stelle feststellen. — **H. Müller, Meilen.** Haben wir nicht registriert. — **B. K. 12.** Spittelmarkt 8—10 pauierre. — **W. Lehmann.** Im Original heißt es: auf „dieser", weil dem Lateinischen nachgebildet. In korrekter deutscher Sprache muß es heißen: auf „diese". — **H. B. 80.** Haben wir uns nicht notiert. — **Grunewald.** Das Gebiet „Groß-Berlin" ist nicht genau umgrenzt. In Berlin kommt auf je 100 Einwohner ungefähr 48 männliche und 52 weibliche. — **N.** Nein.

Marktbericht von Berlin am 11. März 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 2,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Aale 1,80—3,00. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,50—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Reelle Firma liefert
Möbel
an solide Leute jetzt auch
auf Teilzahlung
gediegen, billig u. diskret.
Evtl. ohne Anzahlung.
Gefl. Off. u. **W. 1** an d. Exp. d. „Vorw.".

Frack-Verleih-Institut
Frack-, Gehrock-, Smoking-Anzüge, für jede Größe passend, in großer Auswahl vorrätig. **S. Berg Nachf. Borchardt,** Friedrichstr 115 I, a. Oranienburg. Tor. Tel. Nord 7402.

Zigarren-Fabriken **W. Herbst**
gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

Dauerwäsche
jetzt natürlich wie Plättwäsche, blättert nicht ab, stets sauber und sparsam, beste Ware, jetzt **vollkommen** für Alle und Jedermann.
Umsonst als Ladenvergütung bei Kauf von 4 Mk. 1 Mk., bei 7 Mk. 2 Mk. billiger, 20 Pf. Fahrgeld, außerdem ein Taschenfeuerzeug od. Rasierapparat gratis. Kein Lad. kein Reisend.
H. Streubel, Friedrichstr. 216. a. d. Kochstraße.

Stoffe
Damentuche für elegante Kleider, Paletots 2c., Mtr. 2.50, 3.50, 4.50 M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis der Petrikirche.

Berliner Ulk-Trio
Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 13. März 1912.

Anfang 3 Uhr.

Zirkus Sarrasani. Große Vorstellung.

Anfang 3½ Uhr.

Neues Schauspielhaus. Iphigenie auf Tauris.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. 1812.
Deutsches. Viel Lärm um Nichts.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Hasenclever. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

** Urania.** Fasanenstraße 48/49. Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Lessing. Gräfin Komtesse Mizzi.
Kleines. Lottchens Geburtstag. Gentz und Fanny Elßler. Hockenjos.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Familienfluch.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerspiele. Eine glückliche Ehe.
Residenz. Alles für die Firma.
Komische Oper. Undine.
Kurfürstenoper. Der Schmuck der Madonna.
Wessely. Wiener Blut.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Cousin Galotti.
Schiller-Charlottenburg. Die Fee Caprice.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Leutnantsmühlbel.
Luisen. Die Rose von Japan.
Rose. Der Spielteufel.
Viktoria. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Wintergarten. Spezialitäten.
Castan. Der Kampf ums Dasein.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Der Haustenfel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8½ Uhr.

Folies Caprice. Mandelblüh's Polterabend. Losgelassen. Waffenübung.
Walhalla. Menschenrechte.
Voigt. Gänseliesel.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Nathan der Weise.
Belle-Alliance. Die Ehre.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr zum 75. Male:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 8½ Uhr zum erstenmal: **Der Vogelhändler.**

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Emilia Galotti.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Wildente.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Ein idealer Gatte.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Fee Caprice.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**
Freitag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Die Jüdin von Toledo.**

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: **Wiener Blut.**
Sonntag 3½ Uhr: **Ein Walzertraum.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr: **Alles für die Firma.**
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Baeckers.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.
Sonntag 3 Uhr: Kimm Dich um Amelie

Luisen-Theater.
Mittwoch Benefiz für den Regisseur Karl Zöan: Premiere: **Die Rose von Japan.**
Donnerstag: **Alles durch die Liebe.**

Belle-Alliance-Theater.
Mittwoch, Donnerstag und Freitag 8½ Uhr: **Die Ehre.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: **Der Spielteufel.**
Volksstück in 5 Akten von A. Knopf.
Donnerstag: **Napoleon Bonaparte.**
Sonnabend neu einstudiert: **Dornröschen.**

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. Die Szene gesetzt vom Dir. A. Schultz.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 119. Carl Richter.
Jeden Mittwoch:

Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitanz.**
— Vorzugskarten gelten. —
Morgen Donnerstag:
Militär-Streichkonzert.
Anschließend: Familienkränzchen ohne Nachzahlung.

„CLOU"
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 92 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert!!!
Musikk. des Garde-Füsilier-Regiments. Oberm. **Dippel** und
!!! Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen **Wochentagen** nachmittags: **Promenaden-Konzert** bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Heute Mittwoch, den 13. März:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
Schönheits-Konkurrenz.
Im neuen Saal: **Großer Ball.**
Vormerken! **Donnerstag, den 14. März 1912:**
Schönheits-Konkurrenz.
Prämiiert werden: **Die drei schönsten Damen.**
Drei bare Geldpreise: 50.—, 30.—, 20.— Mark. 10 Trostpreise.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. 5 Kapellen. 30 bayerische Mädl. Entree 30 Pf.

Jeden Mittwoch: **Wunsch-Konzert** bei verstärktem Orchester
Hackepeter, Große Frankfurter Str. **106.**

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Das gr. komische Programm
mit
Oskar und Suzette
moderne Tänzer
Los No. 33
usw.

Folies Caprice.
Anfang 8½ Uhr:
Waffenübung.
Freitag, den 15. März:
Premiere.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede
das
Löwenmädchen.
Ein atavistisches Wunder.
Das Mädchen mit dem **Mähnenkopf.**
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne.
Befreiung a. d. Wassergrab.
Ohne Extra-Entree!

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Mittwoch, den 13. März:
3 Uhr: **Zwei** 7½ Uhr:
Vorstellungen.
Nachmittags genau so wie abends
Wild-West
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Galerie 40 Pf., III. Platz 70 Pf., II. Platz 1.20 M., I. Platz 2 M., Parkett 3 M., Logensitz 4 M.

Passage-Theater.
Melia
die schönste und gefeiertste russische Tanzkünstlerin.
Schneider-Duncker Danell-Truppe etc.
und 12 Varieté-Sensationen.
Donnerstag zum erstenmal:
Das Geisterfenster.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.

Zirkus A. Schumann
Heute Mittwoch 7½ Uhr:
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
mit ihrem
lebenden Karussell
sowie Auftreten von Fräulein **Dora Schumann** und allen übrigen neuen Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Beginn des bis jetzt unübertroffenen, einzig dastehenden Ausstattungsstückes
Das Motorpferd
in 5 Akten
und der großen Schlußapotheose mit noch nie dagewesenen Effekten.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Mittwoch, den 13. März 1912:
Zum Benefiz für Fräulein **Hedwig Krahmer:**
Gänseliesel.
Schauspiel in 5 Akten nach Rathalle von Eschstruth.
Kassenöffnung 7, Anfang 8½ Uhr.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Allabendlich:
Tänze auf d. Eise.
D. kleine Charlotte
Weltmeister
Bror Meyer.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber,
Nachmittags:
Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr abends halbe Kassenpreise.

Zirkus Busch
Mittwoch, den 13. März 1912:
Um 7½ Uhr: Beginn des gr. zirzensischen Programms.
Die Pantomime muß am heutigen Abend ausfallen, da außer dem großen zirzensischen Programm innerhalb der internationalen Ringkämpfe ein außerordentlicher Entscheidungskampf zwischen zwei der erstklassigsten Ringer zu Ende geführt werden muß. Da die Veröffentlichung der Namen dieser Ringer in den Inseraten von seiten der Behörde nicht gestattet ist, verweisen wir das geehrte Publikum auf den Weg der mündlichen bezw. telephonischen Anfrage im Zirkus selbst resp. auf etwaige Angaben in den sportlichen Tageszeitungen, speziell den Mittagsausgaben.
Beginn der Ringkämpfe schon ½9 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 14. März:
Der Kampf ums Dasein.
Freitag, den 15. März 1912:
Der Posse-Schlager
Die lustige Strohwitwe.
Sonnt. 3½: Die Tochter d. Sträflings.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich abends 8 Uhr,
Sonntags ½6 Uhr:
Theater und Varieté.
Vom 1.—16. März 8 Spezialitäten und **„Kinder der Wüste":** Operetten-Burleske v. O. Richter.

Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Haustenfel.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11—2 (Theaterkasse)

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.

Burleske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham Bad. Mosel- u. Rheinwein-Kell. N 4, Schlegelstr. 9; Fernsp. III, 7737

Gutsch, Selter- u. Limonad.-Fabrik Thaerstr. 44. T. A. 7, 8476.

Schätze, H., Weberstr. 15a, T. 7, 11325.

Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O, Rudolfst. 4

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk Zionskirchstr. 32 Bergmannstr. 96

Hamburger Laden, Chari., Wallst. 69

J. Kastner Elisabethstr. 6 R. Wanckstr. 81.

Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 154

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei
Geschäfte in
Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Adlershofer Bäckerei, M. Zagwurst.

Max Backer, Handjerystr. 36.

Bäckerei und Konditorei

Wilh. Toerlin, Mariannenstr. 5.

Emil Beyer, Thaerstr. 6.

Brot-Fabrik „Vorwärts" Hermann Ullrich, Köpenick.

„Brotfabrik" Nieder-barnimstr. 25

Brotfabrik R. Zimmer, Reinickendorf, Strasse 1.

Buehl & Sohn, Brotfabrik Spandau.

Willy Delor, Prenzlauer Allee 42.

Herrmann Carl, Rixdf., Bergmannstr. 231

Horm. Eder, Schönenscheerstr. 1

Engel's Landbrot Heinersdorfer Mühle Verkaufsstell.: Kolonialst. 9, Rodenbergst. 2, Lüderitzst. 15, Schivelbeinerst. 44, Swinemünderstr. 42, Pankow, Florastr. 80.

Wilh. Engel Brotfabrik Weißensee, Parkstr. 4. Verkauf in Milchgeschäften Berlins. Bäckereigasse 6, Filiale

Fischer, Göritzerstr. 50.

Falkenstein. 20, Köpenickerstr. 172.

W. Goetsch, Schivelbeinerstr. 67.

Max Giese, Neu! Café und Conditorei Pankow Breitestr. 29.

Alfred Graf, Bonnerstr. 34.

Karl Glesmann, Wittstockstr. 7.

H. Glück, Wilhelmshavenerstr. 51.

August Hübner, Schivelbeinerstr. 33.

August Hauck, Köpenick.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf.
Gegründet 1892.

August Kammel, Pankstr. 48.

L. Kierzkowski, Wiclefstr. 5

Kilies-Großbäckerei, Boßestr. 8.

H. Krause, Tegelerstr. 32 u. Triftstr. 43.

Kroker, Rixdorf, Hänsenstr. 32.

Carl Laudahn, Weberstr. 30.

Landbrot-Bäck., Schönh. Fr., Buchholz.

Landbrot-Großbäckerei
O. Senff, Nchf. Krug, Waldstr. 4.

Hermann Lebelt, Hussitenstr. 30

Alfred Lies, Wiesestr. 36.

Lichtenberger Brotfabrik Weserstr. 24.

E. Martin, Gleimstr. 55.

Gustav Mühlsteph, Rheinstr. 2.

Bayer. Brauh. Berlin, Köpenick, Karlshorst u. Schöneweide. R. Noack, Friedrichshagen

Th. Neumann, Oldenburgerstr. 21.

Herm. Proell, Nonnendamm.

Albin Quandt, Tilsiterstr. 68.

Bäckerei „Nordstern" Inh.: Gust. Müller
Filialen i. verschied. Stadtteilen

Albert Pfennig, Grätzstr. 19.

Paul Rillmann, Turinerstr. 38.

Max Rosplesch, Memelerstr. 68.

Conrad Richter
Brotfabrik Nied.-Schönhausen
Niederbarnim alt. Stadtteil: Berlin

Max Sander, Dunckerstr. 28.

Otto Szillat Brüsselerstr. 3. (SW. Backware)

Schütt, G. Filialen in Berlin O, NO.

Sikorski, Weißensee, Heinersdorferstr. 11

Staehe's Bäckerei, N. Triftstr. 66.

Paul Stenzel, Baumschulenweg.

Gustav Taspitz, Prinzen-Allee 61.

Thoma's bew. Bäckerei
Ackerstr. 111. Gerichtstr. 94.

C. Vogt, Weißensee
2 Filial. Hauptgesch. Sedanstr. 108

Jos. Wagenknecht, Gleisstr. 17.

Albert Wiese, Kolonistr. 34.

Heinrich Wittler
Panzernickel-, Schwarzblech- u. Zinnausbrut-Fabrik. T. II, 1713. Matrstr. 7. Verkaufsstell. i. all. Gegend. Groß-Berlins

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.

Augusta-Bad, Köpenick.-Str. 60/61

Bad Landsbergerstr. 107 Gollnowstr. 41.

Canitz-Bad, Münzstraße 2. Kassenlieferant.

Central-Bad Rixdorf, Anzengruberstr. 25.

Hanse-Bad, Chirurg. Wilmersdorferstr. 60/61

Erstes Lohtannin-Bad
kgl. fr. Abkochung, kein Extrakt. Wallstr. 70/71. Lief. a. Kass. Neu-Cölln a. W. 6/8

Bad Frankfurt, Gr. Frkft. Str. 136. Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 153

Badeanstalt, Hasenheide 18.

Jungbrunnen-Bad
Baumschulenweg, Kiefholzstr. 177/78

Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl.-a.-Sst.

Kur-Anstalt „Löser" Rosentalerstr. 70.

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief. all. Kassen

Ost-Bad, Pallisadenstr. 76.

Bad Pankow, Wollankstr. 26.

Passage-Bad Kottbuser Damm 79.

Reform-Bad, Wiener Str. 60.

Kuranstalt M. Schultz Elisabethstr. 7a langjähr. I. Assistent d. ehemal. weltberühmt. Jakobi-Heilanstalt Pflanzenheilverfahren Atteste von Geheilten.

Römer-Bad Boxhagen-Rumbg., — Sonntagstr. 4. —

Silesia-Bad Schlesische Str. 31.

Viktoria-Bad Kottbuser Damm 75 Friedrich Wilhelmsbad. Chausseestr. 87.

Bade-Einrichtungen

Das gediegenste und billigste Bad bei den Ideal-Einzelbad Werke Z. & Co. ganze Badeeinrichtungen von M. 12,50 an. (Selbst. Kunden Teilzlg. gestattet). Illustr. Preisbuch 100 Seiten gratis u. franko. **J. Zaruba & Co., Hamburg C.**

Bandagen, Gummiw.

H. Hauke, Stralsunerstr. 36.

Berkholz, Köpenickerstr. 70.

Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 30.

Meyer, P., jr., Berlinerstr. 49—50.

J. Ch. Pollmann, Lothringerstr. 64.

Wende, A., Turmstr. 34, Optiker.

Reiche, A. Seydelstraße 15, Lief. aller Kassen

Fritz Reibe, Schlesberg, Hauptstr. 18

Fr. Schulze, Adlershof, Bismarckst. 2

Zaremba Weinbergsweg 1. Drog., hyg. Artikel.

Beerdig.-Anst., Sargm.

A. Baitz, Zossenerstr. 28.

H. Fischer Rixd., Hohenzollernpl. 11 Berlin u. Rixd. Krankenhaus.

Max Fuchs Oppelnerstr. 1 Frankfurter-Allee 170

Hickel, Fr., Gr. Hamburgerst. 37

G. Lehmann, Pasewalkerstr. 1 B. Gerichtstr.

Moldt, Fritz, Rixd., Reuterplatz.

Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a

H. Petermeier, Stralitzerstr. 8.

Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.

Beleucht.-Gegenst.

Bunzel, R. Rixdorf Kais. Friedr.-Str. 49 Grüner Weg 15

Carl Imme jun., an der Markusallee

Büttner, A., Danzigerstr. 96.

Schrammar, H., Rixdorf, Richardstr. 116.

Vettin, H. Brunnenstr. 34.

Berufskleidung

M. Bertram, Norden, Maxstr. 17.

Keiner, Otto, Gerichtsstraße 86.

Wecker, A., Mühlendamm 3.

Bettfedern u. Betten

Bettfedern von anerkannt feinem Glanz

Max Bautzknecht, Cöpenick Mügelheimerstr. 8

P. Berliner, Rixd., Hermannstr. 230.

A. Haupel, II. Durchg. 44-45 Reinigung.

Carl Henze, Andreasstr. 55, Reinigung.

Max Schöne Landsberger Allee 149 reell und billig.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauag. Potsdam. Eig. Niederl.
Berlin SW., Tempelhofer Ufer. 15
Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferstr. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Bergstr. 22 III. 1412 Feinst. Caramelbier

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg
Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Tivoli Weiß- u. Malz-Bier-Brauerei, Freiehtstr. 37

Caramel-Weißbier
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich, Berliner Weißb.-Brauerei C. Wellner.

Groterjans
Nalzbier, Schönh. Allee 130, T. III, 5668.

C. Habels Brauerei
hell — Hofbräu — dunkel.

F. W. Hilsebein A.-G.
Lagerbier und Malzbier

Hempel, E., Müllerstr. 138 d.

Kahlenberg, A., Liebenwalderstr. 43

Unser
Goldbier
ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin.

Roland Flaschenbierversand G. m. b. H.

Schade, Grüner Weg 111. Weiß- u. Malzbier.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 22.

Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt, Pallisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 2094.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.

Fr. Ahrendt, Bahnh.-Passage 34

Blumen-Becker, 6. Frankfurter Allee 3.

Casper, Charl., Kronenstr. 30.

E. Degar, Rixd., Kais. Friedr.-Str. 36, Bergst. 58

Richard Felsch, Prinzen-Allee 30

Paul Gross, Lindenst. 85 (Verwaltung)

R. Gruner, Kopenhagenerstr. 9.

S. Grossmann, Landsbergerstr. 34.

Henkes Blumenhaus, Maxstraßeeck. 94.

Otto Hinz, Gneisenaustraße 6.

Bertha Herbold, Carnotstr. 144

Janiszewski, Felix, Rosenstr. 7.

Alb. Keil, Charlbg., Kaiser-Friedrichst. 19

C. Laurent Brunnenstr. 63 Pelersburgerstr. 11

Gustav Mai, Schönhaus. Allee 177.

Menzel, K., Rixdorf, Hermannst. 124

F. Müller, Danzigerstr. 27.

H. Ponski, Schwedterstr. 19, Eck Bastr.

Ww. Retschke, Rixd. Hermannst. 62.

Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 8.

C. Sommer, Wrangelstr. 44, Am IV 10995.

Aug. Troike, Wrangelstr. 11.

Thiedtke, Rixdorf, Hermannst. 64.

Aug. Wandelt, Rixdf., Berggstr. 98.

H. Zinke, Nesanes, Friedr.-F. Friedrichst.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
20 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck 12 Geschäfte
Dresdenerstr. 97, Büchnerstr. 11
Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vororte. Vorzugspreise.

Buntrock, W. Rixdorf, Boddinstr. 3.

Drei Kronen Carl Davidsohn Wiener-Straße 14a

Fischer, Ernst

Fried. Güseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh
40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz 15 Detail-Geschäfte

Kersten, Gebr., Wörther-Str. 32 a.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Paul Lindner, Stralitzerstr. 55.

Butterhandlung Fritz Muth.

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Nordstern 14 Filialen in Berlin N u. NO.

Schönefeldt, Britz, Chausseest. 51

Schröter, R. 35 Verkaufsstellen.

Schulz, Arthur, Rix., Hermannst. 62

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.

Stettiner Butterhalle
Invalidenstr. 139 Stettiner Bahnhof

Georg Wunder, Fruchtstr. 7a, Ecke Winterbergerstr.

Cacao, Chocolade

Althaus, Kreuzberg-Bank, Lindenstr. 16.

Cyliax, G., Filialen i. all. Stadtteilen.

Ferd. Hahn, Berlin, Perlesbergerst. 72a

H. Pachlke, Schillingstr. 10, Ke-Führen.

Die Fabrikate der „Sarotti"
Chokoladen- u. Cacao-Industrie-Aktiengesellschaft
sind Überall erhältlich.
Neu: Simpli-Schokolade

Bonbonhaus Fr. Schröder
Spandau, Filialen i. all. Stadtt.

Schütz, Warschauerstr. 32, ggr. 1909

Seiffert, Erich, Filial. in Berlin und Vororten.

C. Senff Andreasstr. 36 Bezugsqu. f. Händler.

STOLLWERCK
Gold
Silber
Kupfer
Schokolade · Kakao
In drei Preislagen.
Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

C. Voigt, Gräfest. 27, Ecke Urbanst.

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend, Nf., Frankfurter-Allee 27.

Brager, J., Rixdorf, Bergstr. 57.

Brüner, P., O. 12 Proskauerst. 12

Klein, Wilh. Müllerstr. 184, Oberbaum 1.

Klemmer W., Spandau, Schönwalderst. 82

A. Koustmann, Sowjet. Protekt. 67

Lingel, Fritz, Eisenbahnstr. 5.

A. R. Meyer Nchf., Schlesischestr. 14.

Willy Münstermann, Gleditschstr. 43.

W. Schuster Nf., Neanderstr. 28.

Damenkonfektion

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9.

Dombrowsky Charl. Potsd.-St. 11 Anfertig. nach Maß

L. Frankenstein Blusen, Röcke Kleider Danzigerstr. 24 5%

Giesenow & Co. Schöneberg Hauptst. 25,

Tobias Lewin, Schneidermeister Badstr. 44, I. Spz. Maßanfertigung Lager in Stoffen u. Kostümen aller Art.

Damen-Konfektion Moabit **Gebr. Neumann** Turmstr. 39 E. Bredowst.

Restat, J. Kottbuserdamm 76 Brunnenstr. 33

Wagner, P., Rixd., Bergstr. 42. Damenm., Pelzw.

Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: Gr. Frankf.-Str. 115.
Bei Vorzeigung 5% Rabatt.

Paul Zutermann
Kleiderstoffhaus — Chausseestr. 66

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann Oranienstr. 190

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, O., Müggelstr. 8.

Arteli, Kurt, Rixdf., Reuterstr. 43/44

Apoth. Paul Frank, Straßmannstr. 41.

Apoth. Lindenberg, Strelitz. Str. 74 Nord-Nk.

Arnold Nchf., Charlbg., Leibnizstr. 16

Reink. Asmus, Gerichtstr. 10.

Becker, C., Lüttichauerstr. 6.

Gustav Berndt, Weidenweg 80.

Berger, Bst. Rixdorf, Sonnenstr. 8.

Rich. Boeckling, Schönhauser Alle 134a, Pankow, Berliner Str. 44

Sämtl. hygienische Bedarfsartik.

Central-Drogerie, Prenzlauerst. 31.

A. Diepow, Tauroggenerstr. 12.

Ebert, Max Kopernikusstr. 17, Warschauerstr. 21.

Edison-Drogerien, O., Schöneweide.

Franz Fischer Frankf., Chaussee 145, Sämtl. Gummiartikel :: Ärztl. Bedienung.

Friedrich, Paul, O., Gärtnerstr. 25.

Germania-Drogerie, Mockernst. 62.

Germania-Drogerie Spand. Wilhelmstr

Alfr. Gütting, Frankfurter Allee 17.

Günther, „Löwen-Drogerie", Stromst. 17

Haeberlein, Trept., Grenz-Boxhagst.

Hans-Drogerie, N. Kaumerst. 35.

F. Hesse, Ufer-Drog., Uferstr. 5.

Kahn, H., Ri., Kaiser-Friedrichstr. 216

Kiesebeck-Drog., Rixdorf, Hermannst. 113.

Kottkes Drogerie, Sauerbruchstr.

Krönings Adler-Drogerie, Bahnerstr. 1.

G. Lehmann, Grünberger Str. 116

P. Lehnke, Kothener Bahnh.-St. Parfüm

Max Liecke, O. 34, Eberstr. 35.

Ewald Lochte, Wilhelmshavenerstr. 28

Luisen-Drog., Friedrichsf. Bahnhst. 22

Alfr. Marsch, Culmstr. 27.

Nollé, Felix, Memelerstr. 16a.

Oehmke, Reinickend., Provinzstr. 82.

Otto Opitz, Bornholmerstr. 16.

Ramien, Otto, Landsbg. Platz 1.

Rathaus-Drogerie, Ri. Bismarckstr. 24.

Arno Reiß, Weberstr. 30.

Apoth. Meyer, vorm. Lemcke E. Kais. Friedr. Str. 242

Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann

Franz Schönbeck, Oberschöneweide.

Fr. Schlussnuss, Liebauerstr. 22.

Hugo Schultz, Müllerstr. 168a.

Myg.-Gummiw., Photogr.-Artikel.

P. Sünderhauf & Co. für Frankf. Str. 98.

Herm. Vincent, Rixd., Bergstr. 131.

Werder-Drogerie, Britz, Radowerst. 5a.

Wedding-Drogerie, Gerichtsstr. 37.

Weisbach & Fischer, Bellealliancest. 22

Zobel, Georg, N, Ackerstr 50.

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Ain, O., Ri., Kaiser-Friedrichstr. 6.

Otto Anders. Brunnenstr. 169.

W. Aliner, Mulackstr. 24.

Otto Beilig, O. Grüner Weg 42.

H. Berger, Eisenwar., Werkzeuge Schönefeld, Gust. Müllerstr. 1

Beutel, C., Boxh., Neue Bahnh. St. 26

Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.

Brenneke, C., Wrangelstr. 94

G. Brenneke, Schönh. Allee 158.

G. Brucklacher, Oranienstraße 63.

Willy Erpel, Turmstr. 29.

Fiack, E., Spandau, Schönwalderstr. 34.

C. Hüller Wilmersdorferstr. 102, Haus- u. Küchengeräte

Carl Jung, Stromstr. 31.

Jungbluth, Hermannstr. 172.

Kautner Nf., O. Schöneweide, Edisonstr. 18

Klose Reinickend., Residenzstr. 106 Werkzeuge.

Ad. Kunze, Rixdf., Kaiser Friedrichstr. 178

H. Rockstroh, Berlin Gr. Frankfurterstr. 25, 26.

Lincke, Rixdorf, Friedelstr. 9.

E. Lücke M. E. Sturm, Sanitätsst. 13

Paul Lucht Cöpenickerstr. 126 Haus- u. Küchengeräte.

E. Menbel Nchf., Kopenhagenstr. 4.

Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 139.

Georg Reiner, Rummelsburg Schillerstr. 35

Röhlmann P., Müllerst. 49b, E. Seest.

C. Schröder NO 18 Gr. Frankfurterstr. 109.

Max Schubring Grüntelerstr. 33 Wattstr. 14.

Seliach, Th., Ri., Hermannstr. 46.

Wesch, Charlbg., Kaiserdamstr. 23.

Arthur Weigel Frankfurt. Allee 158.

Fahrräd., Nähmasch.

Baum, Emil, Schöneb., Herbertst. 1

Brennabor Fabrik-Filiale Lindenstr. 35.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrradhaus Süd-Ost Reichenbergerst. 121

Carl Müller Reinickend.-Str. 106, Chausseestr. 81.

Röper, Carl, Prinzessg.-St. 2 a. d. Frkf. Allee

Färberein, Wäscher.

H. BERGMANN
Birkenstr. 53
über 40 Filialen in Groß-Berlin

Reichen-
Dampfwäscherei „Sport"
bergerst. 35

Dampfwäscherei E. Friedrich. Blumenstr. 70.

Dampfw. Weiß. Stern, Ri. Bergst. 132

Dampfwäscherei MERKUR A. Bachmann, Frankfurter-Allee 47.

Dampfwäscherei Quelle Pankstr. 19

Dampfwaschanstalt „Spreenixe"
Berlin SO., Försterstr. 5-6
Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

Dampfw. Tip-Top Greifswalderstr. 30

D. W. A. Hansa Gerichtsstraße 22 Tel. III 1309

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarder.
Läden in allen Stadtteilen Berlins, Rixdorf, Schöneberg

Fischhandlungen

C. Ahlers & Co., Geestemünde. Seefischhandlung.

C. Dittmann Rixdorf, Berliner Str. 42.

Kahl Weidenweg 79, auch Wild und Geflügel.

Köhler Grünauerstr. 8 Wild u. Geflügel.

Seefische vom Fangplatz
Preislisten gratis
Hans Kunkel Geestemünde.

Rich. Marcks Brunnenstr. 146 Räucherw., Wurst.

Werner Annenstr. 42 Langestr. 86.

Winkler & Bartheld, Berget. 5 u. 57. Pl. Wisch. Str. 55

Fleischer. u. Wurstw.

Hermann Albrecht, Metzerstr. 7

Jul. Amandowitz Glasgower Str. 5.

A. Barthmuß, Markgrafendamm 36.

W. Becker. Tegel, Brunowstr. 55 6. Fleisch- u. Wurstwaren.

Rich. Becker, Memelerstr. 74-76.

Behle, Rixdf., Hermannstr. 13.

Bloch, Otto, Prenzlauer Allee 52.

Blümlein, J., Rixd., Hirschstr. 14/16.

A. Bliser, Rüdersdor ferstr. 32.

August Birnstein Dunkerstr. 78.

August Bienert Kaiserin Augusta Allee 9.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik.
Speck- und Schinkensalzerei.
Berlin-Schöneberg, Kaiserallee 47-48
Beste und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

Bragrock, A., Manteuffelstr. 32.

P. Buckwitz Rigaerstr. 108. Spez.-Gesch. f. Fleisch- u. Wurstw.

Danziger Fleisch-Centrale
Danziger Straße 44

Dannenberg, Neue Hochstr. 6.

Rich. Deckert, Wiesenstr. 33.

P. Dreyecker, Prinz Eugenstr. 21.

Joh. Durzynski, Kopernikusstr. 1

Drost Wrangelstr. 54 f. Fleisch- u. Wurstw.

Arno Fischer Große Frankfurterstr. 6 Fabrik feiner Wurst- u. Fleischwar.

Wurst, Speck, Schinken
kauf. Sie s. bestes u. billigstes bei
Anton Fehlau,
Gontharditst. Stadtbahnh.-Ecke Königsgrab., Andr.-St. 47, Landsbergerst. 98, Königsbergerst. 8, Landsb.-Allee 80, Rixd., Bergstr. 14.

Franz Fritsch, Deutsch-Kronast. 1.

Fleisch- u. Wurst-Centrale
Frankfurter-Allee 182
Erste u. billigste Bezugsquelle des Grieus.

C. Gerlach Rixdorf, Warthestr. 70.

H. Gerndt, Sprengerst. 17, Eing. Samosestr

Fr. Gerlach, Tauroggenerstr. 1 a.

Rob. Gleue, Weißensee, Gut. Adolfstr. 13

Paul Gnädig, Britz, Rudowerstr. 14

Gottlieb, Reinickdf., Amtsdst. 103

Otto Grube Neue Hochst. 27.

Gusinde, Rich. Oranienstraße 17.

Gutschmann's Fleisch.-u. Aufschn.-Centr., Wiebestr. 139.

O. Glaich, Rixdf., Hohenzollerpl. 7.

Heupe, R., Hermannstr. 58.

Richard Heinze, Reinickendorferstr. 108 f. Fleisch- u. Wurstw.

Georg Heitzold, Kriemhildenstr. 8.

Georg Heiter
Beste Bratwurst u. Thüringer Wurstw.
I. Gesch. Andreasstr. 30, Bismarckstr. 77a

Ernst Hoge, Schwedterstr. 12.

W. Hoppe Friedrichshagen, Friedrichst. 68

Ernst Hoppe, Wiesenstr. 11.

Jakobik, Schönerlinderhof, Breitestr. 24.

Albert Jähnert Mainzerstraße 6.

Janik, C. Köpenickerstr. 5.

Fritz Jentsch Kottbuser Damm 78 f. Fleisch u. Wurst.

Jul. Kempe, Boyenstraße 5, II, 5396.

Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.

Willi Klewitz, Allensteinerstr. 18.

Max Knaut, Alt-Boxhagen 50.

Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 55

Ernst Kurth, Muskauerstr. 33.

O. Krause, Weißensee, Langhansstr 135

M. Kops, Reinickend., Residenzstr. 154.

Fritz Lentz Wurst- u. Fleischw. Linienstr. 109.

A. Lange, Reinickdf., Scharfenbergst. 113

Linke's Fleischzentrale Hermannplatz 4.

Wilhelm Lenz, Falkensteinstr. 9

R. Lawrenz, Reinickdf. O. Bauplatz 54.

Wilhelm Liebherr Weidenweg 75.

Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.

Lochmann, Malplaquetstr. 32.

Luebke, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch.u Wurstfabr.

Aug. Maar, Schulstraße 102.

Malwald, Rixd., Nürschner-E. Fernlerstr.

H. Matzker Hermannstr. 228.

Ernst Mäckler, Rixd., Richardstr. 31-32.

Merker, P. Mariannenstr. 28 a.

G. Müller ff. Fleisch- u. Wurstw. Großbeerenstr. 78.

R. Müller, Pankow, Wollankst. 101

Neubauer, O., Kottbus.-Damm 24.

Karl Petrich Fruchtstraße 5 f. Fleisch u. Wurst

Reinfeld, Spandau, Neumeisterst. 9

O. Rosemann Nachf., Gr. Frankfurterstr. 7.

P. Riechel Wurstfabr., Landsbg. Allee 130, Spz. Roll.-schink., Nußschink., Schlackwurst

Oscar Röhr, Friedrichshagen Prima Wurst- u. Fleischwaren

Riedel, B. Hermannstr. 46.

Rodewald Frenzl. Allee 29 Tel. Kst. 3206.

Wilhelm Röder, Stettinerstr. 14

R. Rothe, Boxhagener Chaussee 11

Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17.

Schiwek, K., Pallisadenst. 1, Ecke.

Otto Schreiber Hohenfriedbergerstr. 1.

E. Schauer, Huttenstr. 70.

A. Siewert, St. Schöneweide, Berlinst. 127.

E. Scherzberg, Reinickendf., Hauptst. 9.

Eduard Schmied, Lübbenerst. 15

Max Schubert Müllerstr. 156 a.

Albert Schucht Stargarderstraße 68.

E. Steeger, Fleisch. Emmelkirchstr. 23

Steinicke, Warschauerstr. 25.

Thaleiser Invalidenstr. 153 Ecke Ackerstr.

Wagner Landsbergerstr. 118 ff. Fleisch- u. Wurstw.

Westheimer Neue Jakobstr. 12. Münzstr. 9.

Stargard. Fleisch-Zentrale, Stargarderst. 82

W. Tauche Rixdorf, 43. Pannierstraße 25.

Ft. Thiel, ff. Fleisch- u. Wurstw. Lichtenberg, Frankfurter Chausseest

Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr. F. Sommermann, Buchhaupterst. 3 g

E. Trapp, Wrangelstraße, Waldeauerstr. 10

Max Tümmel, Christburgerstr. 24.

Karl Unte Naunynstraße 17 ff. Fleisch- u. Wurstw.

Wilh. Vogel Badstr. 22

Josef Weber, Baumerstr. 24.

Weiß, Georg, Ebersstr. 49, T. A. IV 10585

O. Wellnitz, Nansenstr. 66.

E. Wetzel ff. Fleisch- u. Wurstw. Weidenweg 67.

Emil Wilhelm, Grannstr. 38.

Wiedmann & Swynke Weißensee-Berlin, Allee 252.

Wo kauft man **Fleisch und Wurst gut** und **billig?**
Bei Fleischermeister **Wontora,**
F. Wontora, O., Friedrichsberg St. 21.

Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale
F. Zimmermann, Senefelderstr. 74, Gaisenstr. 40

Paul Zwang, Landsberg-Allee 136.

Ernst Ziller, Oderbergerstr. 37.

Wilh. Ziegler, Beusselstr. 20.

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißenburgerstr. 79.

Oberländer Andreas-Str. 19.

A. Wilborn, Brunnenstr. 16.

Winkelmann, Wilhelmsenaustr. 23.

Oberschöneweide, Rathenauastr. 27.

Zuncke, Schöneberg, Eisenacherstr. 59-61

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Chlbg., Wilmersdorferst. 127

Hoyer, A., Bergstr. 163 I. Rixdorf.

Haar-Artikel

E. Joel Spezial-Haar-Haus Chausseestr. 121.

Rob. Kertmann, Schivelbeinerstr. 28.

F. Milster Gebe auf Haar-Artik. 5% Rab. Zionskirchstr. 44.

H. Nixdorf, Frankfurterallee 192, 8% Rab.

Albert Pose, Fennstr. 18.

Haus- u. Küchengeräte

Gomgowski Prinzen-Allee 57 **Seifen Bäresten.**

Hampick Spandau, Schönow-Str. 99 Kamille, Glut, Fenchel, Lauge.

Rockstroh, Karl Grüner Weg 42. Geschenk., Waschm.

Sandow, Rud., Wilmersd.-Str. 120. Lampen.

Herren-Artikel

Andreasstr. 37, Krawatten-Schuhe

H. Bock, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 18.

Magazin England
Keith Tumm 78, Oranienst. 162.
Hüte, Wäsche, Cravatten.

Dittmer, Ackerstr. 43a, Hutgeschäft.

Torkel, Artilleriestr. 4

Rich. Jahn, Treptow, Grätzerstr. 6

Emil Jäger Friedrichstr. 115 Oranienburger Tor.

E. Klahn, Frankfurter Allee 26.

Krause, Wilh., Ri., Herm.-Str. 168.

Ad. Kuntze Friedrich-Str. 208.

Gg. Kusch, Britz, Rudowerstr. 26.

Ad. Mahnke Boxhagenerstr. 3 Hüte, Schirme

A. Nitschpan, Bergmannstr. 11.

A. Samuel, O. Mirbachstr. 60, Schöne

Scholz, Osw. Ri. Bergstr. 141.

Sprengel, A. Wienerstr. 14 B. Hüte u. Schirme

Waizenegger, J., Petersburgerstr. 43.

R. Zeller, O.-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 14a

Herren- u. Knabengard.

American. Verkaufshallen Frankfurter Allee 186.

J. Baer Badstr. 28, Ecke Prinzen-Allee.

Besser, Julius, Ri., Borgstr. 19.

E. Ehmann, Rixd., Bergstr. 58.

Hamburg-Steglitz Schloß-Str. 103.

Zielonacki, Ostendstr. 21.

Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 70 c

Marcus, S. Rixd., Bergstr. 44-45 Fertige u. Maßschneiderei.

Raltaig, Ad., Frankf. Allee 107.

Rosner, Max Schneidermeister, Rixd., Bergst. 30/31, Lager fertig und nach Maß.

77 Kottbuserdamm 77
August Schega

Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51.

Berth. Schweriner, Wrangelstr. 93

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden
Brunnenstraße 52, Badstr. 65
Huthaus Norden
Chausseestr. 55, Ecke Wöhlertstr.

Beiße, Rud., Chausseestr. 66.

Casper, Ed., Rixd., Bergstr. 139.

M. Grund nur Brunnenst. 177

Hermann Haase, Invalidenst 129.

Hansen, Rixd., Berliner Str. 11, Osten, Koppenstr. 18.

Jacob, Oskar, Schönh.-Allee 104.

Hut-Centrale „Rosentalertor" Weinbergsweg 27

Hut-Engr.-Lager, Berl. Gärtnerst. 24.

Huthaus Monopol Müllerstraße 166.

A. Lemaitre, Wilmstr., Berlinerst. 132.

Mütz.-Moldenhauer, Residenzst. 15, I.

Panama-Jakob Spandauer Brücke 2

Rieck, Em. Badstr. 64, Gerichtstr. 63.

Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 48.

Orgast-Hüte, Markgrafendamm 1 Alt-Boxhagen 24

Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19.

Weiner, H., Greifswalderstr. 33. Wirtschafterstr., Nchf., Brunnenst. 167.

Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseestr. 85.

Kaffee-Spezialgesch.

Oskar Krösche Schönhauser Allee 70 d.

**Rauers M

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Richard Kurtzke Kottbuser-Damm 8.
Otto Pahnitz Wienerstr. 14
C. Richter, Rixdorf, Friedelstr. 42.
Rob. Voigt, Baumschulstr. 87. Eig. Fabr.
Otto Wehnert Sattlermeister Chausseestr. 50.

Lehranstalten

Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes, e. V., BERLIN, Mauerstr. 86/88, T. I 3401.

Rudolf Maurer
Friedrichstr. 65a, Ecke Mohrenstr.

Strahlendorffs Handels-Akademie.
Beuthst. 10 u. 11, I., II., III. Etage
Grösstes Institut Berlins
Ausführl. Lehrpläne umsonst.

Linoleum u. Wachst.

Haase Rixdorfer Linoleum Rixdorf, Bergstr. 62.
Häntsch Weissensee, Berliner-Allee 228, Tapeten.
Rausch, Rich. Linoleum-Fabrik-Niederlage Warschauerstr. 6

Manufakturwaren

Grünberg Nachf. M., Petersb.-St. 39
Modewarenh.

Mohlhandlungen

W. Bachmann, Charl., Schlüterstr. 15.
Bethke, Georg, Muskauer-straße 44.
Rixd., Elbest. 23, Kais.-Friedr.-St. 44
Weserstr. 189, Friedelstr. 23
Treptow, Grätz-Straße 64.
Bordasch, G., Rixd., Kais.-Frdr.-St. 29
C. Bosse, Reinickendorferstr. 29.
Jul. Conrad, Rheinsbergerstr. 44.
Bernhard Danne, Kaiserin-Augusta-Allee 50-51.
C. E. Fink, N., Pankstr. 92.
Frese, Ernst 5 Geschäfte im SO.
Gaege, Otto Charlottenburg.
Paul Gaege, Spandau.
Jos. Hauke Mehl- u. Kolonialw. Bergmannstr. 95.
Heerma, H., Ri., Hermannstr. 172
Heinrich, R. Hermannstr. 59/60, Bergstr. 144, Kais.-Friedr.-St. 146
Karl Huhn, Schererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangel-Str. 117.
A. Kobbelt Invalidenstr. 138, T. A. VI 3363
vis-a-vis Stadtb. Hauptbahnh.
B. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 153
E. Kunze, Charl., Knobelsd.-St. 16
Lenz & Jagemann, Winsstr. 53, Posenerstr. 15, Strahauer-Allee 18.
Lüdtke, H., Fruchtstr. 67.
Gus. Meyer, Reinh.-St. 19, Willst.-St. 1.
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
Nietsch & Rabsahl, Carmen-Silvastr. 155
Otto Nowack Nachfol. Spandau.

F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
Jul. Penner Greifswalderstr. 11, vis a vis Lippehnerstr.
P. Rentner Mansteinstr. 17, Steinmetzstr. 27
Schleinitz, A. Mariannenstr. 14. Markth., Markenlebest. Markth., Durstheaspl.
Schneider, Emil Reichenbergerstr. 38
Walter Seidel, Beusselstr. 26.
Thieke, Nachf., Prinzenstr. 10.
R. Wendler, Reinickendorferst. 64
Reinhold Werner, Tegel, Treskowstr. 20.
B. Zyczynski, Ri. Pannierstr. 59.

Möbelmagazine

Gustav Böse Tischlermstr., Lothringer Ufer 22, am Oranienplatz.
Berliner Möbelhalle, **„Norden"** Ackerstr. 139, u. Invalidenst. 118.
Daehne, F., Ri., Neue Jonasstr. 36.
A. Dohmann, Stromstr. 44.

Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 162.

Geppert, Paul, Zossenerstr. 32.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Gleiser, A., Alexandr.-straße 42.
H. Gebert, Birkenstr. 44 **Möbel-Fabrik.**
Grill, Reinickendorf, Scharnweberstr. 13.
Wilh. Hamann Schönhauser-Allee 42.
Harnack Stallschreiberstr. 57, Bar- und Teilzahlung, Verkauf i. Fabrikgeb.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
König, A., Ri., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Rixdorf, Hermannstr. 12.

Küchenmöbel
Berliner Küchenmöbel-Fabrik Neue Königst. 81-82, T. VII 4746

Lüdecke, Kottbuser Damm **83/85**
Lange, Max Schwedter St. 2. a. d. Kast. Allee 6
L. Lazarus, Petersburger Str. 62.
Lüdecke, R., Ri., Borgstr 4.

Misch Tegernsee Preis. 81.10 auch Teilzahlg.

Hugo Meh, W. 57, Peterhofstr. 83c.
Rebsch, E., Spandau.
C. Reiher Nachf., Veteranenst. 21.

Emil Ruffar
Tischler-Innungsmeister
Prinzenstr. 34

Schmidt, Otto Möbelfabrik Gartenst. 52.
Siebeky, W. Gneisenau-str. 18.
A. Schuster, Gr. Schönweide, Edisonst. 39

Wilhelm Slotawa
Turmstr. 81, Waldenserstr. 34

Schwanke, Rixdf., Hermannstr. 229
eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst.
Wendland, Ernst Swinemünd. Straße 121.
Möbelfabrik — Bar- u. Teilzahl.
Herm. Wendland Reinickend.-Straße 114.
Jos. Werner Charlottenburg Scharrenstr. 10.

Möbel-Transport

P. Enders, Gartenstr. 74, T. Amt I 4134.
Robert Frenzel, Oranienstr. 162.
Krüger, Rixdf., Hermannstr. 254, T. 518.
J. Lange Ritterstr. 96, IV., 4126
Billigste Preisberechng.
Paul Schur, G. m. b. H., Birkenstr. Bg. 32.

Molkereien

Molkerei „Nord-West" Bremerstr. 56 Bredowstr. 36

Milchkuranstalt am Viktoriapark
Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070
Kinder- und Kurmilch.
Milch Schmidt
Rixdorf
Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.

„Schweizerhof",
Meierei und Milchkuranstalt.
Emdener Str. 45. u. Tel. II. 2505.

Musikalien

Niemeyer, Brickenst. 8, Köpenickerst. 76
Scholz Frankfurter-Allee 73b
Frankf.-Chaussee 115.

Musikinstrumente

Kirst, Rich., Brunnenstr. 45.
Menzel-Pianos Gartbg., Kantstr. 51 gibt s. jeden Preis.
Plato & Co., Köpenickerst. 105/6.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181
Lorbeer, Müllerstr. 14.

Musik-Haus Menzenhauer
Grösstes Spezialgeschäft der Branche. Spittelmarkt 14a.

Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
Schnötke, Otto, Ri., Bieberstr. 115.

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Waschmasch.
Ferra Hermannstr. 177. Kottbuser Damm 23.
Pfaff bestes deutsches Fabrikat Steinhauer, Spandau.
Lilliauer, Vertr. Wilke, Ri., Berlinerst. 84, Hermannst. 59/60.

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Afrana-Nähmaschinen
G. A. Büttner, Andreasstr. 78, Petersburgerstr. 57, **Spandau,** Schönwalderstr. 12

Optiker

Bardorf, Moabit, Turmstr. 74.
Base, Paul, N., Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Hasler, Gollnowstr. 18. Kassenlief.
E. Riek, Münzstr. 14-15.
Schubert, Carl, Ri., Bergstr. 148.
Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.

Papier- u. Schreibw.

O. Prochnow, Rixd., Hermannstr. 46.
Seidler, Louis, Ri., Bergstr. 42.

Pfandleihen

Rixd. Pfandleihe Rixdorf **56** nur Bergst.
Spottbilliger Bettenverkauf, Badematerne Herrenzard. Uhrenwerk, Schmuckach. etc.
E. Kron, Köpenickerstr. 55a, I.
Langer, Wrangelstr. 92, Billiger Verkauf.
Schmidt, Fennstr. 3
E. Senftleben, Kottb.-Damm 28, I.

Photgr. Apparate

Hugo Schultz Blumenstrasse 106 a Eig. Artikel 5% Gelegenheitskäufe
Zaremba, Weinbergsweg 1, T. Südost 8802.

Putz- u. Modewaren

M. Haase Rixdorf, Bergstr. 1 Putzgeschäft
34 Hermann-Str. 34 Spezialhaus f. Damenhüte.
Bertha Mierzwa Frankfurter-Allee 65 Spezialhaus für Damenhüte
Peters Spezialhaus f. Damenhüte Lf. Frankf.-Chauss. 132a
Liefr. d. Konsumgenossenschaft.
Schmalinski, Ri., Bergst. 1a u. Fritz Pappe.

Puppen

P. R. Zierow, Schönhauser Allee 170

Resterhandlungen

Luise Frömel, Greifswalderstr. 199.
Carl Joch, NO., Pallasdenstr. 97.
Pauline Preissing, Reinickendorferst. 12, I.
Berth. Schreiber, Neue Königstr. 35.

Schuhwaren, Schuhm.

Ernst Adam, Friedrichshagen.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.
Baumgart, H., Manteuffelstr. 28.
Hans Bry Warschauerstr. 31 Rumburg, Mozartstr. 3.
Damaschke, Invalidenstr. 144.
J. Denzig Nchf., Chausseestr. 26
Ellers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112.
Engel, W., Reinickendorferstr. 93
Osk. Engler, Swinemünderstr. 61.
Osw. Fabian, Kiesstr. 1.
Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, Yorkstr. **53** (10. Kab.)
Otto Grätsch, Chausseestr. 12a, 67.
Goldmann, Spandauerstr. 54.
Heinrich Johann, Petersb.-Str. 36.
H. Jetzlaff, Badstr. 54.

Kn' Fabrikmarke für haltbarste Filzschuhe und Pantoffeln.
F. Lange, Nowawes, Priesterstr. 20

Herm. Kärmer, Cöpenick.
G. Kramer, Wilm., Berlinerstr. 121.
Fiedr. A. Lange, Landsbergerstr. 68.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Ernst Müller, Teltowerstr. 59.
Nehring Charlbg., Kais.-Aug.-Vikt.-Allee 90
C. Neumann, Falkenstr. 37.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Plaumann, Jagowstr. 20, 5%
Reetz, Max Spandau, Schönwalderstr. 12.
G. Rechenberg, Schöneb., Akazienst. 4.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schuhwarenhaus des Westens Yorkstr. 46.
Schwersenzer, Turmstraße 46.
Alb. Seeger, Ww., Lortzingstr. 6
Sommer, Wilh., N., Schönh.-Allee 85.
A. Trettin, Friedrichsfelde, Friedrichstr. 22.
Witt, Spand., Neuendorferstr. 99.

Schirme u. Stöcke

Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.
Herrmann, Lychenerst. 5, Kig. Fabrikate.
Jehnichen, Kaiserf., Kais.-Friedr.-Str. 13
H. Lerche, Schöneberg, Kolonnenstr. 62
A. Rieke, Badstr. 11, Bezüge billigst
Herm. Rosenky, W., Mansteinstr. 4.
G. Schleussner, Warschauerst. 86.

Seifen

Gustav Gambal, Kantstr. 64.
Heidke, Paul, Bursadorfstr. 12.

Teppiche u. Gardinen

J. A. Schulz Weinbergs-Weg 19 I.

Trauer-Magazin

Westmann
Mohrenstr. 37a, Gr. Frkf. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren

Oscar Aldag, Charl., Krummest. 29.
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.
Otto Brauer, Müllerstr. 164.
Charlottenburg Spandauerst. 32 v. L. Hirsch, fr. Trost
Max Elsermann, Charl., Nehringstr. 16.
Brüggemann, Reinickendorferstr. 96.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
Max Busse Brunnenstr. 175/177.
W. Eisolt, Charl., Wilmersdorferst. 111.
Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 46.
Fenske, S., Kottbusserdamm 96
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 8
J. Gebhardt Charlottenburg, Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
M. Graupner Kunst-Gen., Berlin u. Um.
H. Kammler, Charl., Krummestr. 28
M. Kariol Brunnenstr. **118.**
Kniebusch, W., Frkf. Chaussee 61
E. Knuth, Bestlagen, Sonnenstr. 3
B. Lechtermann, Prenzl.-B. Wilhelmsaue 121
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.
Lüders, H., Kolonnenstr. 43
Nolte, K., Simon-Dachstr. 12.

Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112. Brunnenstr. 81
Quitzow, Joh., Müllerstr. 14a.
Emil Quade Schöneberg, Hauptstr. 148.
Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143
Willy Schmidt, Friedenau, Rheinstr. 13.
Gustav Scholz Schöneberg Hauptstr. 158.
Schönemann, G., Ri., Berl.-Str. 72.
F. Schönwitz, Berl. O., Gessnerstr. 27
W. Schultz-Bethagen, Neue Bahnhofstr. 32
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 8a.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
Gust. Schröder, Oranienstr. 155-56.
W. Stenckel Swinemünderstr. 86 Ecke Lortzingstr.
Max Storch, Elbingerstr. 100.
M. Tomaschna Nchf., Brückenstr. 16.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.
A. Tremmer, Wilhelmsruh, Hauptstr. 12.
Truxa, W., Frankft. Allee 185.
Uhren- u. Goldwaren-Industrie
Berlin 220, Lindenstr. 16. Beste direkt. Bezugsquelle! Katalog gratis. Versand nach auswärts, billigste Preise.
E. Weise, Nowawes, Priesterst. 74.
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinerstr. 44.
Zabel Nchf., Charlbg., Berlinerstr. 118.

Versicherungen

„Deutschland" Berlin Schützen-straße 2.
Arbeiterversicherung — Sterbekassenversicherg.
„Friedrich Wilhelm"
Berlin W 8, Behrenstr 56—61
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterversichg.
Mit u. ohne ärztl. Untersuchung.
Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge
„Iduna" zu Halle a. S.
Berlin, Charlottenstr. 82
Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau

Wilh. Herm. Lesser
Kolonn. 54 **Schöneberg** Kolonn. 54
Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Boling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettinger, E., Wald-Ecke, Wielandstr.
Elle m. Weyle, Likörfabr., Gerichtstr. 18.
Grosch, „Zur Sonne", P. Freudenberg.
Martin, Bruno, Ri., Hermannspl. 3.
Ignatz Sello **Brunnenstr. 16 und Filialen.** Hausverk. z. Engr.-Preis

Conrad Grossdestillation Oranienstr. 207.

Waschmittel

Verlangen Sie „Edelweiß" Krone aller Waschmittel.

Weiß-, Wollw., Trikot.

Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 56
M. Gardels Beusselstraße 76 Tauroggenerst. 10
Georgi, Ernst Kraut Str. 51a.
Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 9. Dunkerstr. 1.
Jonas, Hermann Küstrin.-Pl. 1. Isletta, Bestlst.
Juncker, H. Rixdorf, Hermannstr. 172.
Carl Klein, Höchststr. 16, N. O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.
Kriebel, Schöneberg, Leuthenst. 5
A. Kaesler, Caprivistr. 5.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergst. 52/53 vis-a-vis der Kirche.
Meyer, Bernauerst. 12, (Arbeiterhemden)
Nachmann, Müllerstr. 131a, Kons.-Lief
Fr. Ollwetzki, Alte Jakobstr. 131.
Schaefer, Hussitenstr. 43.

M. Schaefer
S.W. Hollmannstr. 43 W. Maassenstr. 17.

Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.
Otto Seelisch, Kochhannstr. 8.
Hermann Meyer, Schivelbeiner St. 21.
J. Stein, Reinickendf. W., Scharnweberst. 116

Ad. Schäfer Nchf.
SO. Admiralstr. 4.

L. Schneider, Weberstr. 61.
A. Tschaege Elisabethkirchestr. 13 Wäsche, Bettfedern.
Thurow, O., Charlbg., Cauerstr. 14
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
E. Voigt, Reinickendorf, Amendestr. 101.
Albert Vogt Urbanstr. — 31. —

Wild u. Geflügel

C. Dittmann Rixdorf, Berliner Str. 42.
P. Hildebrandt Brunnen-Straße 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelst. 19
Zastrow, Landsberger-Allee 147, Fische.

Zahn-Ateller

E. Bade, N. Schönhauser Allee 43, I.
Hollbruch, Herm., Pankst. b. gegr. 1871
Herold, H., Elsasserst. 97, a. Rosenth. Pl.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, gegr. 1888.
Körber, O., Kurfürstendf. Chausseest. 30/6
Witte, Max Muskauerstr. 16 Ecke Kurfürstenstr.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Görlitzer Viertel. Bezirk 223.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse 214/5
Karl Albrecht
Forster Str. 41, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 3/4 4 Uhr, auf dem Kirchhof der Martha-Gemeinde in Ahrensfelde statt.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Berlin 17.
Am Sonnabend, den 9. März, verstarb nach langem Leiden unser Mitglied
Karl Albrecht
Forster Str. 41.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Martha-Kirchhofes in Ahrensfelde aus statt.
257/8 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Lederarbeiter.
Hiermit den Kollegen zur Nachricht, daß am 10. d. Mts. unser Mitglied, der Handschuhmacher
Franz Gehrke
im Alter von 64 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Lankwitz aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes sagen wir allen Verwandten, Bekannten und sämtlichen Kollegen der Firma **Hauptner**, dem Metallarbeiterverband, den Genossen des 4. Kreises und den Feldkolonisten von **Lango** unseren herzlichsten Dank.
Frau **Hoffmann**
nebst Kindern.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederbarnim
Bezirk Ober-Schöneweide.
Todesanzeige.
Am Sonntag, den 10. März, verstarb nach längerem schwerem Leiden der Parteigenosse
Rudolf Meink.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer
Otto Domke
(Bezirk Moabit)
am 10. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 13. März, nachmittags 2 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in der Müllerstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
137/19 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler
Max Hinz
am 11. d. Mts. an Lungen- und Halsleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Segens-Kirchhofes in Weissensee, Gustav-Adolf-Straße, aus statt. 113/16
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

Haben Sie Glück?
ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maass, schick, dauerh. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Lahand, Neue Promenade 8, II. (Stadtb.-Börse.)

Am 11. März verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Amalie Grabbert
geb. **Gerich**
im 49. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Johann Grabbert
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. März, nachmittags 3 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße, aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die schönen Kranz- und Blumenspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, Mutter und Großmutter
Emilie Kirchner
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Deutschen Bauarbeiterverband (Section der Putzer) unseren herzlichsten Dank. 29002
Gustav Kirchner,
nebst Tochter und Schwiegersohn.

Kranzspenden
sowie alle Blumenarrangements liefert schnell, geschmackvoll, billig
Paul Groß, Lindenstraße 69.
Amt Moritzplatz 7263.

Teppiche
130×200: 5 bis 19 M
165×230: 10,50 bis 40 M
200×300: 22 bis 64 M
250×350: 52 bis 120 M
300×400: 67 bis 186 M
Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Wallstr. 13 (dreizehn)

†
Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt. Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. **Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier** etc. v. **einfachsten** bis zum **hochelegant. Genre** z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Anfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Serienverkauf!

3 Serien Ulster (Uebergangsmäntel)
6 3/4 **11.—** **18.—**
sonst 9.— 14.— 21 1/2

7 Serien Kostüme
blau Kammgarn hell, gestreift und Stoffe englischen Charakters.
16, 22, 28, 38, 49, 60, 75 M.
sonst 20, 28, 33, 44, 55, 66, 85 M.
Modelle bis 200 M.

3 Serien Seiden Konfektion Taffetmäntel
22.— 36.— 55.—
sonst 28.— 42.— 60.—

Aus der letzten Inventur noch vorhandene
Plüschmäntel ▫ Ulster ▫ Abendmäntel
33.— bis 200.— 18.— bis 58.— 12.— bis 48.—
Zum Teil 30 bis 50 pCt. Ermässigung

Einsegnungs- und Prüfungskleider!

Westmann
Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurterstr. 115.

Achtung! **Tarifbewegung** Achtung!
der Fleischergesellen in Neukölln.

Dem konsumierenden Publikum zur gefl. Kenntnis, daß nachstehende **Fleischermeister** den Tarif anerkannt haben:

C. Fontana (Wurstfabrik), Berliner Straße 27
A. Reifland, Berliner Str. 23
C. Bolte, Hermannstr. 232
B. Riedel, Hermannstr. 46
H. Jochmann, Zietenstr. 41
P. Wonneberger, Weisestr. 24
K. Gerlach, Warthestr. 70
G. Saft, Warthestr. 58
Th. Pohnke, Warthestr. 73
M. Riese, Falkstr. 20
G. Seidel, Jägerstr. 7
M. Meier (Witwe.), Weserstr. 168
W. Karger, Hertzbergstr. 21
O. Schönbrunn, Richardstr. 61
H. Burck, Weichselplatz 4
P. Jünger, Bürknerstr. 5
W. Rademacher, Hobrechtstr. 19
F. Klein, Kottbuser Damm 12
Jos. Orth, Emser Str. 26

Nachstehende Fleischermeister, die zurzeit keine Gesellen beschäftigen, haben ebenfalls ihre Zustimmung erklärt: 288/4
E. Schilde, Herrfurthstr. 23
Ludwig, Schillerpromenade 8
C. Immrich, Rogaitstr. 14
M. Falkner, Donaustr. 7

Zentralverband der Fleischer.
Berlin NO., Elisabethstr. 11. Teleph.-Amt: Königstadt Nr. 3024.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der Zahlabend für Groß-Berlin findet heute abend statt.

Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis, Friedrichstadt. Mittwoch, den 13. März, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103: Zahlabend der ganzen dritten Abteilung. März-Gedenkfeier. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Max Grunwald.

Abends 1/2 12 Uhr: Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypeure, Linotype-Operateure.

Donnerstag, früh 5 Uhr: Zahlmorgen für Druckereinachtarbeiter. Genosse Franz Wendel über: „England, Land und Leute". Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Die Genossen des Gesundbrunnens veranstalten am Donnerstag, den 28. März, abends 8 Uhr, eine Theatervorstellung im Voigt-Theater, Badstr. 58. Zur Aufführung gelangt: „Die Kreuzelschreiber" von Anzengruber. Preis des Billetts 30 Pf., Theaterzettel am Eingang. Die Billetts gelangen am heutigen Zahlabend zur Ausgabe.

Wilmersdorf-Halensee. Eine Flugblattverbreitung zur Agitation für die Konsumgenossenschaft findet Donnerstag abend 7 Uhr von den bekannten Stellen aus statt. Mitglieder der Konsumgenossenschaft, die nicht von anderen Stellen aus ihrer Pflicht genügen, wollen sich in einem der folgenden Lokale einfinden: Seilke, Brandenburgische Straße 69; Fischer, Durlacher Straße 3; Pottschieß, Pareyer Straße 2; Sengebusch, Karlsruher Straße 16.

Nieder-Schöneweide. Heute Mittwoch, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Zahlabend in den Bezirkslokalen. Der Vorstand.

Dahlendorf bei Zossen. Am Sonnabend, den 16. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Wiese: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Erkner. Heute Mittwoch, den 13. d. Mts.: Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Die Bezirksleitung.

Bernau. Morgen Donnerstag, den 14. d. M., für alle Bezirke: Zahlabend in den bekannten Lokalen. Die Bezirksleitung.

Ladeburg. Morgen Donnerstag, den 14. d. M.: Zahlabend bei Häse am Rollberg. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus (Emil Schulze): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Parteiangelegenheiten.

Spandau. Am Donnerstag, den 14. März, abends 8 Uhr, findet eine Protestversammlung im Saale von Borchardt, Seeburger Str. 27, statt. Reichstagsabgeordneter Peus spricht über: „Das neue Einkommensteuergesetz, eine indirekte Verteuerung der Lebensmittel". Ein recht zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen wird erwartet.

Berliner Nachrichten.

Verkehrsfragen. Die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg, Abteilung für Schwebebahnen, hatte bekanntlich die Absicht, eine Schwebebahn vom Gesundbrunnen nach Neukölln zu bauen. Eine Probestrecke der Bahn steht seit Jahren in der Brunnenstraße. Das Projekt hat nicht die Zustimmung der städtischen Behörden gefunden. Diese haben vielmehr vor einiger Zeit mit der A. E.-G. einen Vertrag über die Anlegung einer Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln, die zum größten Teil als Untergrundbahn gebaut wird, geschlossen. Inzwischen hatte die Kontinentale Gesellschaft beim Oberpräsidenten das kleinbahngesetzliche Ergänzungsverfahren beantragt, um die mangelnde Zustimmung der Stadt Berlin zum Bau der Schwebebahn zu erhalten. Die Gesellschaft hat jetzt dem Oberpräsidenten angezeigt, daß sie ihren Ergänzungsantrag mit Bezug auf die gegenwärtige Gestaltung des Projektes zurücknehme. Veranlassung dazu gebe ihr die geänderte Sachlage, wonach mit dem 1. April der Zweckverband Groß-Berlin in die bisherigen Rechte der Einzelgemeinde bezüglich der kleinbahngesetzlichen Zustimmung der Wegeunterhaltungspflichtigen eintrete. Die Gesellschaft kündet gleichzeitig an, daß sie beabsichtige, ihr bisheriges Projekt in erheblich erweiterter Form dem Zweckverband vorzulegen. Die Verkehrsdeputation wird nunmehr unverzüglich die Beseitigung der Probestrecke in der Brunnenstraße von der Gesellschaft verlangen. — Der Verkehrsdeputation lag in ihrer gestrigen Sitzung ein Projekt für den Bau eines großen Straßenbahndepots mit Verwaltungsgebäude auf dem städtischen Gelände in der Geibelstraße, der sogenannten Südeisbahn, vor. Die Anlagen sind für die drei städtischen Südlinien, die von Neukölln bezw. der Großbeeren- bezw. der Großgörschenstraße demnächst nach dem Stadtinnern (Dönhoffplatz bezw. Markgrafen- Ecke Behrenstraße) gebaut werden sollen, bestimmt. Das Projekt fand die Zustimmung der Deputation.

Für die Gemeindeschulen Berlins bringt das kommende Sommerhalbjahr wieder einige Aenderungen.

Wieder wird im Innern der Stadt eine Gemeindeschule aufgelöst, diesmal die 51. Mädchen-Gemeindeschule, die im Hause Niederwallstr. 6/7 sich befindet. Sie hat in diesem Winterhalbjahr noch 15 Klassen mit 518 Kindern, so daß man eigentlich noch nicht sagen kann, es habe ihr bereits an Nachwuchs gefehlt. Da sich nicht sogleich für die ganze Schule die Auflösung durchführen läßt, so werden ihre oberen Klassen von Ostern ab zunächst noch der in demselben Hause untergebrachten 130. Knaben-Gemeindeschule als Filiale zugewiesen. Die 130. Schule wird somit bis auf weiteres gemischte Schule für Knaben und Mädchen. Die Auflösung ist beschieden auch der 6. Knaben-Gemeindeschule im Hause Georgenkirchstr. 11, die in diesem Winterhalbjahr noch 15 Klassen mit 653 Kindern hat. Schon im Sommerhalbjahr wird ihr „Abbau" damit beginnen, daß sie zu Ostern keine sechsjährigen Schulrekruten mehr aufnimmt. Bis zur völligen Einziehung wird es dann wahrscheinlich keine zwei Jahre mehr dauern.

Diesen Schulauflösungen im Innern der Stadt stehen Eröffnungen neuer Schulen in den Außenvierteln gegenüber. Zu Ostern muß wieder eine Mädchen-Gemeindeschule in dem nördlichen Teil der Schönhauser Vorstadt eröffnet werden, weil dort die Bevölkerung weiter zugenommen hat. Die neue Schule erhält die Bezeichnung „51. Schule", die nach Einziehung der Schule in der Niederwallstraße frei wird. Untergebracht wird die neue 51. Schule bis auf weiteres im Mietshaus Schönhauser Allee 108 in den Räumen einer anderen Schule, die bisher hier gehaust hat, aber zu Ostern in ein eigenes Schulhaus übersiedeln kann. Von neuen Schulen kommen außerdem nur noch fünf Hilfsschulen hinzu, so daß deren Gesamtzahl auf 21 steigt. Sie werden eröffnet in den Häusern Friedenstr. 37, Graefestr. 85/88, Rigaer Str. 100, Hochstr. 4, Kolonistr. 8.

Zu melden sind auch wieder Verlegungen von Schulen, die ihre eigenen Schulhäuser nach deren Fertigstellung beziehen werden. Mit Beginn des Sommerhalbjahres siedeln über in den Neubau Gotzkowskystr. 39 die 227. Knaben-Gemeindeschule und die 287. Mädchen-Gemeindeschule, beide aus ihrem Mietshaus Stralauer Allee 25, und in den Neubau Ibsenstr. 17 die 49. Mädchen-Gemeindeschule aus dem Mietshaus Schönhauser Allee 108, die 803. Knaben-Gemeindeschule aus dem Mietshaus Schönhauser Allee 108, die 13. Hilfsschule gleichfalls aus dem Mietshaus Schönhauser Allee 108.

Sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat der Professor Dr. Nernst wegen Ueberbürdung mit Amtsgeschäften, die es ihm unmöglich machen, sein Mandat voll auszufüllen. Herr Nernst wurde im vorigen Jahre zum ersten Male im 10. Gemeindewahlbezirk der ersten Abteilung, bei einer Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtverordneten Seeger neu gewählt und wurde dann im Herbst darauf auf sechs Jahre wiedergewählt.

Der Sittlichkeitsapostel als Knabenverführer.

Der Deutsch-evangelische Verein zur Förderung der Sittlichkeit sucht sich den Sittlichkeitsapostel von den Rockschößen abzuschütteln; er schreibt uns folgende Berichtigung: „Wilhelm von Hennings, von dessen bedauerlichem Vergehen Sie berichteten, ist nicht Schriftführer des Deutschen Sittlichkeitsvereins. Er kann nicht als literarische Kraft der deutschen Sittlichkeitsbewegung gelten, da er erst seit Dezember 1911 probeweise in unserer Geschäftsstelle angestellt war. In der Bekämpfung der Bestrebungen des Deutschen Bundes für Mutterschutz und des wissenschaftlich-humanitären Komitees ist er nicht hervorgetreten und hatte keine Eingaben an die Behörden in Sachen der Schutzmittel-Automaten zu machen."

Der Räuber vom Spittelmarkt, über dessen Untat wir in voriger Woche berichteten, befindet sich hinter Schloß und Riegel. Der 18 Jahre alte Hausdiener Alois Pyttlick überfiel, wie wir mitteilten, frühmorgens die 57 Jahre alte Witwe Ernestine Schell, als sie Spittelmarkt 8/10 die Schankwirtschaft ihres Neffen Lukas Wald aufmachte, schlug sie mit einem Stock und anderen Werkzeugen nieder, schleppte sie nach dem Keller, raubte ihr 120 M. und ließ sie liegen. Als die Beraubte wieder zu sich kam und um Hilfe rief, war der Räuber längst verschwunden. Gestern abend wurde er, wie von dort berichtet wird, in Lauban in Niederschlesien erkannt und festgenommen. Er hatte sich von Berlin aus gleich dorthin gewandt.

Ueber die Festnahme des Räubers Alois Pyttlick wird berichtet: In der letzten Nacht ist hier der Mörder Alois Pyttlick aus Berlin festgenommen worden. Gegen 2 Uhr nachts bemerkte der Polizeibeamte Sommer einen jungen Mann, der trotz der Kälte ohne Paletot im Straßenanzug auf einer Hausschwelle saß und schlief. Der Beamte betrachtete den Unbekannten näher und bemerkte eine Aehnlichkeit mit der inzwischen auch in Lauban eingetroffenen Photographie Pyttlicks. Der Polizist nahm den Unbekannten fest und brachte ihn auf die Wache, wo Pyttlick, der völlig erschöpft war, zuerst um etwas Nahrung bat. Bei dem folgenden Verhör gab er unumwunden zu, der Gesuchte zu sein, und gestand die Tat vollkommen ein. Nach seiner Darstellung ist er, nachdem er Frau Schell in den Keller geschafft hatte, mit der Kasse, in der sich 98 M. befanden, auf der Untergrundbahn vom Spittelmarkt aus bis zum Reichskanzlerplatz gefahren. Er irrte erst im Grunewald umher und begab sich dann nach Charlottenburg zurück, wo er eine Mittagszeitung kaufte, in welcher er die genaue Beschreibung der Tat und den gegen ihn ausgesprochenen Verdacht fand. Er wanderte dann zu Fuß nach Berlin zurück und fuhr von hier aus mit dem nächsten Zug nach Luckenwalde, wo er sich mehrere Tage aufhielt. Von Luckenwalde fuhr er nach Leipzig, doch fühlte er sich dort nicht recht sicher und begab sich schon nach kurzem Aufenthalt nach Sommerfeld in Schlesien, wo er sich zwei Tage aufhielt. In Sommerfeld begannen ihm, obwohl er während der ganzen Zeit sehr sparsam gelebt hatte, die Barmittel auszugehen, und er fuhr mit seinem letzten Gelde nach Lauban. Hier kam er abends gegen 7 Uhr an und versuchte bei mehreren Trödlern seinen grauen Sommerpaletot zu verkaufen, um sich mit dem Erlös weiterzuhelfen. Die Althändler wiesen ihn jedoch sämtlich ab, und so mußte Pyttlick hungernd und frierend auf der Straße kampieren. Dort wurde er dann von dem Polizeibeamten aufgegriffen. Pyttlick dürfte im Laufe des morgigen Tages nach Berlin übergeführt werden.

Unter Pockenverdacht erkrankten am Freitag voriger Woche in dem Hause Kolonistr. 1, auf dem sich schon seit Jahren eine größere Zigeuneransiedelung befindet, die Zigeunerfrau Macksner und ihr 12 Jahre alter Sohn. Beide wurden auf Veranlassung des Kreisarztes nach dem Virchow-Krankenhause gebracht. Vorsichtshalber wurden die Räume gründlich gesäubert und die übrigen Bewohner des Hauses geimpft. Der Verdacht, der zu diesen Maßregeln Veranlassung gab, hat sich aber nicht bestätigt. Die genauere Untersuchung der beiden Erkrankungen ist jetzt abgeschlossen und hat gezeigt, daß es sich nicht um die Pocken handelt.

Einen schweren Verlust erlitt vorgestern nachmittag eine Frau L., die um 4 Uhr von der Gertraudtenstraße aus nach der Landsberger Allee fuhr. Sie benutzte einen Wagen der Straßenbahnlinie 64. Als sie ihn an der Haltestelle vor der Patzenhofer-Brauerei verließ, entdeckte sie zu ihrem Schrecken, daß sie ihre grünliche, lederne Handtasche nicht mehr besaß. Die Tasche enthielt nicht weniger als 13 575 M., die die Frau zum Ankauf einer Fabrik benutzen wollte. Das Geld besteht in 12 Tausendmarkscheinen, 10 Hundertmarkscheinen und hartem Gelde: für 570 M. Gold und für 5 M. Silber. Die Frau vermutet, daß ihr die Tasche im Straßenbahnwagen abhanden gekommen sei, weil sie sich bestimmt zu erinnern glaubt, sie beim Besteigen des Wagens noch besessen zu haben. Sie hält es aber immerhin auch für möglich, daß sie sie schon vorher verloren hat. Auf die Wiederbeschaffung hat sie eine angemessene Belohnung ausgesetzt.

Der Revolveranfall auf den Kraftwagenführer Grundmann, über den berichtet wurde, ist immer noch nicht weiter aufgeklärt. Gestern abend um 10 Uhr meldete ein junger Mann einen neuen Raubanfall von der Döberitzer Heerstraße. Als der Mann diese Straße entlang ging, sprangen, wieder in der Nähe der Brücke, zwei junge Leute aus dem Gebüsch heraus auf ihn zu, packten ihn, hielten ihn fest und verlangten sein Geld. Er versicherte, daß er keins habe, bot ihnen aber in der Angst seinen Ueberzieher an, um sie loszuwerden. Diesen schlugen die Räuber jedoch aus. Ohne ihn weiter zu belästigen, liefen sie dann in das Gebüsch zurück. Die Kriminalpolizei rechnete mit der Möglichkeit, daß die Wegelagerer die beiden Räuber sein könnten, die Grundmann überfielen. Sie veranlaßte deshalb die Ortspolizei, sofort das Gelände abzusuchen. Dabei griff man denn auch einen jungen Burschen auf, der sich dort herumtrieb. Als man ihn aber den Leuten gegenüberstellte, die die räuberischen Fahrgäste Grundmanns gesehen haben, ergab sich, daß er zu ihnen nicht gehört. Auch für den neuen Raubanfall kommt er nicht in Betracht.

Das Befinden Grundmanns hat sich im Krankenhaus verschlechtert. Wenn er auch sonst voraussichtlich ganz geheilt werden wird, so wird es ihm doch nicht mehr möglich sein, seinen Beruf weiter auszuüben, weil sein Augenlicht durch die Nachwirkungen der Schußverletzungen stark geschwächt bleiben wird.

Schwerer Absturz zweier Fliegeroffiziere.

Gestern vormittag gegen 10 Uhr hat sich auf Schlachtensee Gebiet, in der Nähe der Gastwirtschaft von Mochow, ein schwerer Unfall zugetragen, durch den zwei Fliegeroffiziere verletzt wurden. Infolge einer Motorexplosion stürzten Leutnant Engwer und Leutnant Sollmitz, der erst kürzlich einen erfolgreichen Flug mit Oberleutnant Bahrends nach Hamburg gemacht hat, aus 100 Meter Höhe ab, wobei Leutnant Sollmitz lebensgefährliche Verwundungen erlitt, während der Führer, Leutnant Engwer, leichtere Verletzungen davontrug. Ueber den beklagenswerten Unfall werden uns folgende Einzelheiten mitgeteilt: Gestern morgen waren Leutnant Engwer und Leutnant Sollmitz von Döberitz nach Johannisthal gekommen, um einen Harlan-Eindecker mit 100 PS.-Argusmotor von Johannisthal nach dem Militärflugfeld zu steuern. Leutnant Engwer übernahm die Führung, während Leutnant Sollmitz neben ihm als Passagier Platz nahm. Das Wetter war unfreundlich und rauh und der Wind besaß eine Stärke von sechs bis sieben Sekundenmetern. Der Eindecker kam kurz vor 10 Uhr glatt vom Start ab und nahm in 100 Meter Höhe nordwestliche Richtung ein. Die beiden Offiziere gelangten trotz der Böen, die den Eindecker heftig schüttelten, über Zehlendorf bis nach Schlachtensee. In der Nähe des Flugfeldes Teltow, das sie überflogen, war der Wrightflieger Witte gerade aufgestiegen und schickte sich an, die beiden Offiziere eine Strecke weit zu begleiten. In der Nähe des Restaurants von Mochow über einer Waldlichtung flog plötzlich die Schraube des Apparats in der Luft ab, das im Kurbelgehäuse befindliche Oel wurde herausgeschleudert und blendete die beiden Flieger vollständig. Leutnant Engwer konnte nichts mehr sehen, stellte jedoch den Apparat automatisch auf Gleitflug ein. Dabei hat er das Höhensteuer offenbar zu heftig angezogen, denn das Flugzeug schoß fast senkrecht zu Boden, überschlug sich und prallte dann auf den Boden auf, so daß der Motor sich in das lockere Erdreich tief einbohrte. Der Eindecker wurde vollständig zertrümmert und begrub die beiden Insassen unter sich. Von dem nahen Restaurant hatte man den Unfall beobachtet. Der Wirt, sein Hausdiener und ein zufällig anwesender Polizeibeamter eilten an die Unfallstelle, die etwa 100 Meter vom Walde entfernt in einer Lichtung liegt. So schnell als möglich rissen sie die Leinwand der Flügel auf, um den unter einem Gewirr von Drähten und Spanten liegenden Offizieren zu Hilfe zu kommen. Leutnant Engwer war bei voller Besinnung und vermochte sich zum Teil selbst zu befreien. Den vereinten Anstrengungen gelang es innerhalb weniger Minuten, den bewußtlos gewordenen Leutnant Sollmitz hervorzuziehen. Der Offizier kam für einige Minuten zur Besinnung, verlor dann aber das Bewußtsein vollständig. Inzwischen war auf telephonischen Anruf ein Arzt aus einem nahen Sanatorium sowie die Zehlendorfer Rettungswache herbeigerufen worden. Wenige Minuten später landete auch Witte in der Nähe der Unfallstation. In einem Krankenwagen wurde Leutnant Sollmitz nach dem Kreiskrankenhause Groß-Lichterfelde gebracht, wo er sofort in den Operationssaal geschafft wurde. Nach Ansicht der Aerzte dürfte der Offizier einen Schädelbruch und innere Verletzungen davongetragen haben. Sein Befinden ist besorgniserregend, doch besteht Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Vom Flugfelde Döberitz wurde nach Bekanntwerden des Unfalls ein Automobil mit mehreren Offizieren an die Unfallstelle entsandt.

Ein weiterer schwerer Unfall aus der Aviatik wird aus Teltow gemeldet: Dort ist auf dem Flugplatz gestern nachmittag der Ingenieur Stein mit seinem selbstkonstruierten Eindecker abgestürzt und hat schwere Verletzungen davongetragen.

Wegen umfangreicher Warenschwindeleien sind gestern von der Schöneberger Kriminalpolizei ein Kaufmann Schäfer und mehrere Helfershelfer verhaftet worden. Die Verhafteten werden beschuldigt, in verschiedenen Stadtteilen Geschäftsräume eingerichtet und bedeutende Warenschwindeleien betrieben zu haben.

Wegen einer Gasexplosion wurde gestern früh um 4 1/2 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Warschauer Straße 26 alarmiert. Dort war in einer Küche der Schlauch von einem Gaskocher undicht geworden, so daß bei offenem Gashahn Gas ausströmen konnte. Als die Frau Marie Heidrich die Küche betrat, erfolgte die Explosion. In der Küche und dem angrenzenden Wohnzimmer wurden Fenster zertrümmert, auch gerieten Gardinen u. a. in Brand. Frau Heidrich erlitt Brandwunden an beiden Händen und am Kopf sowie einen Nervenchoc, weshalb sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Feuerwehr gelang es, die Gefahr schnell zu beseitigen.

Ein großer Dachstuhlbrand kam in der Nacht zum Dienstag um 3 Uhr am Görlitzer Ufer 5 aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, standen schon die Bodenverschläge und der Dachstuhl in ganzer Ausdehnung in Flammen. Der Brandinspektor ließ unverzüglich über eine mechanische Leiter und die Treppen mit mehreren Schlauchleitungen angreifen und kräftig löschen. Nach zweistündiger Tätigkeit war jede Gefahr beseitigt.

Ein zweiter Dachstuhlbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Potsdamer Straße 1. Hier konnte das Feuer bald auf seinen Herd beschränkt werden. Es soll durch die elektrische Lichtanlage ausgekommen sein. Gleichzeitig mußte in der Großen Hamburger Straße 4 ein Tischlereibrand gelöscht werden. Hölzer und Späne brannten dort. Durch kräftiges Wassergeben wurde die Gefahr auf die Tischlerei beschränkt.

Der 21. Löschzug hatte längere Zeit in der Kolonistr. 16/17 zu tun, wo in einer Kohlenanzünderfabrik Feuer entstanden war und die Flammen an Kohlenanzündern, Schaldecken, Treppen, dem Dachgesims usw. schnell Nahrung gefunden hatten. Auch hier gelang es, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten. Am Grünen Weg 104 brannte ferner das Dach eines Stalles auf dem Hofe und in der Spenerstraße 34 ein Zigarrengeschäft. Außerdem hatte die Wehr noch an verschiedenen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach Stadtv. Kuznitzki (komm.-fortschr. Frakt.) sein

Bedauern darüber aus, daß in der letzten Versammlung sich der Stadtv. Bamberg, unterstützt vom Magistrat, in äußerst rigoroser Weise über eine Ventilationsanlage im Krankenhause geäußert habe. Anscheinend habe man durch ein solches Urteil dem Baurat Egeling eins versetzen wollen. Stadtrat Rabenow hält seine früheren Ausführungen aufrecht und meinte, es solle niemand beleidigt werden. Nach längerem Wortgeplänkel hierüber kam zunächst der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag zur Beratung, der verlangt, daß, wenn städtisches Land verpachtet werde, keine sogenannten General- oder Unterpächter herangezogen werden dürfen. Der Ausschuß, dem der Antrag überwiesen worden war, empfahl folgende Fassung: Ländereien, welche von der Stadt verpachtet werden, sind in eigener Regie zu verpachten oder an Vereine, welche der Stadt die Garantie bieten, daß die Unterpächter nicht übervorteilt werden. Sobald städtisches Gelände frei wird, soll es möglichst nur zu Laubenkoloniezwecken verpachtet werden. Dem wurde einmütig zugestimmt. — Hierauf erfolgte die Beratung über die Pflichtfortbildungsschule. Das neue Ortsstatut sieht die Ausdehnung der Schulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahre vor, ferner die Schulpflicht für die ungelernten Arbeiter, die Zulassung von weiblichen Personen zu den kaufmännischen Klassen, die Einführung von Turnunterricht und die halbjährliche Neufestsetzung des genauen Stundenplanes durch den Magistrat. Die Erhebung von Schulgeld wurde abgelehnt. Für die Beschaffung von Lese- und Rechenbüchern, Schreibheften, Linealen, Farben und Tuschen für die Schüler sorgt die Stadt. Als Schulstrafen gelten Verweise, Mitteilungen an die Eltern und die Arbeitgeber, Nachsitzen, Arrest bis zur Dauer von sechs Stunden. Nachsitzen und Arrest werden in der schulfreien Zeit verbüßt.

Der Berichterstatter Bamberg (lib. Frakt.) wies auf den Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 29. Juli 1909 hin, der besagt, daß einer Gemeinde nur dann ein Staatszuschuß gewährt werden könnte, wenn zur Unterhaltung der Fortbildungsschule von den Arbeitgebern Beiträge erhoben werden. Der Ausschuß empfahl Ablehnung, dagegen Annahme der Pflicht zur Auskunfterteilung. Die Arbeitgeber, Lehrherren, Eltern, Vormünder, Pfleger und Erzieher sind verpflichtet, auf Ersuchen des Kuratoriums oder der Direktion der Fortbildungsschule jede gewünschte Auskunft über den Fortbildungsschulpflichtigen zu erteilen.

Oberbürgermeister Dominicus erklärte, daß der Magistrat sich mit dem Gedanken abgefunden habe, kein Schulgeld zu erheben. — Genosse Mohs monierte, daß man die jungen Leute, anstatt mit guten Beispielen und richtig angewandter Pädagogik zu erziehen, mit Arrest bis zu sechs Stunden bestrafen wolle. Dort, wo der Büttel regiere, höre die Erziehung auf. Auf die Jugendlichen sollte moralisch eingewirkt werden, das habe bisher stets gewirkt. Die Arreststrafen müßten abgelehnt werden. — Oberbürgermeister Dominicus betonte, daß es vorgekommen sei, daß Schüler dem Strafrichter vorgeführt und bestraft wurden, darum müßten Arrest und ähnliche Strafen eingeführt werden. — Gottheiner (komm.-fortschr. Frakt.) hält das Bestrafen gleichfalls nicht für richtig und meinte, man komme auch ohne dem aus. — Wetekamp (lib. Frakt.) betonte, daß er während seiner vierzigjährigen Tätigkeit als Lehrer die Erfahrung gemacht habe, daß es ohne Strafen nicht abgehe. — Genosse Küter meinte, wer die Auffassung vertritt, daß gestraft werden müsse, dem sollten keine jungen Leute anvertraut werden, ein solcher Pädagoge könne nur Unheil anrichten. — Zobel (lib. Frakt.) erlaubte sich die sonderbare Anfrage, was für Strafbestimmungen denn die Mietverträge enthielten und welcher Art die Strafen der Ortskrankenkassen seien. Worauf Genosse Küter antwortete, daß Herrn Zobel, der seit langem der Hausdiener eines Hypothekenverwalters wäre, die Strafbestimmungen seiner Verträge mit den Mietern genau bekannt sein müßten. Die Krankenkasse sei keine sozialdemokratische Einrichtung und sei auch dort noch niemand mit Arrest bestraft worden. Die liberale Fraktion nahm nunmehr das neue Ortsstatut nebst Strafbestimmungen an.

Dem Verbande Märkischer Arbeitsnachweise wurden jährlich 500 M. bewilligt, um auf dem Gebiete der Lehrstellenvermittelung wirksamer vorgehen zu können und ferner dadurch der Stadt einen Sitz im Kuratorium zu sichern.

Der Etat der Mittel- und Volksschule wurde en bloc angenommen. Genosse Bernstein begründet eingehend den Antrag auf Einführung der Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Schulrat Kob trat dem entgegen und meinte, es würde niemand abgewiesen, der darum ersuche. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten sowie der Stadtvv. Holub, Bamberg (lib. Fr.), Knorr (lib. Vg.) und Gottheiner (komm.-fortschr. Fr.) abgelehnt. Beim Etat der höheren Lehranstalten wurde beschlossen, das Schulgeld für auswärtige Schüler und Schülerinnen an Vollanstalten — Haupt- und Vorschulklassen — auf 200 M., an den Realschulen auf 160 M., bei der an der Chamissoschule angeschlossenen Studienanstalt auf 200 M. jährlich zu erhöhen. Gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion wurde die Erhöhung beschlossen. Genosse Bernstein betonte noch, daß es ein Widersinn sei, an ein und derselben Schule zweierlei Schulgeld zu erheben. Es empfehle sich eine Einheitlichkeit auch auf diesem Gebiete in Groß-Berlin herbeizuführen. Ebenso sollten Klassen, die denselben Unterricht nehmen, zusammengelegt werden. Ferner müßte das Schulgeld nach dem Einkommen abgemessen werden. — Oberbürgermeister Dominicus sagte dies zu.

Für die Benutzung der unterirdischen Kanalisation wurde die Gebühr für das Rechnungsjahr 1912 auf zwei vom Hundert des amtlichen Gebäudesteuernutzungswertes festgesetzt.

Nunmehr gelangten die vom Bezirksausschuß vorgenommenen Aenderungen der Kinosteuerordnung erneut zur Besprechung. Danach sollen für den Betrieb eines Trichterautomaten 1,50 M., für einen Hörschlauchphonographen pro Höhrschlauch 0,10 M. an Steuern erhoben werden. Für die Aenderungen wie für die Vorlage stimmte nur die liberale Fraktion, deren Mitglieder durch besondere Hinweise eingeladen waren, pünktlich zu erscheinen.

In der indirekten Besteuerung der Gewerbetreibenden, die dem Mittelstande und den unteren Schichten angehören, glaubt der entschiedene, linksstehende Liberalismus seine wirksamste Kommunalpolitik zu erblicken.

Neukölln (Rixdorf).

Eine aufregende Szene spielte sich in der vergangenen Nacht um 12½ Uhr an der Lohmühlenbrücke ab. Vorübergehenden fiel ein Mann auf, der dort sehr erregt längere Zeit auf und ab ging. Sie behielten ihn im Auge und sahen, wie er plötzlich von der Brücke herab in den Schiffahrtskanal sprang. Der Lokomotivführer Marquardt aus der Weichselstr. 54/55 und der Metallschleifer Metzner aus der Harzerstr. 82 holten den Lebensmüden mit dem Rettungsring aus dem Wasser wieder heraus. Der Bedauernswerte, der 29 Jahre alte Tapezierer Rudolf Hinze aus der Urbanstr. 128, hatte in einem Anfalle seines Nervenleidens die Absicht gehabt, seinem Leben ein Ende zu machen.

Lichtenberg.

Mißachtung der Stadtverordnetenversammlung. Der hiesige Magistrat hat schon oftmals der Stadtverordnetenversammlung gegenüber ein souveränes Nichtachten gezeigt. Daß er es unterläßt, der Versammlung Mitteilung davon zu machen, wenn er einem Beschlusse des Kollegiums nicht beigetreten ist, gehört fast zu seiner gewohnheitsmäßigen Praxis. Einmal machte er die Eröffnung, daß ein Beschluß zwar seine Zustimmung gefunden habe, obschon er ihn nicht für ersprießlich halte, er deshalb die Verantwortung vorweg ablehne. Die Bürgerlichen überließen es den Sozialdemokraten, gegen die Zurechtweisung der Stadtverordnetenversammlung scharf zu protestieren. So auch in dem erwähnten Falle, obschon unsere Genossen selbst gegen den Beschluß gestimmt hatten. Die Bürgerlichen besinnen sich auf ihr Recht immer nur bei der Verteidigung ihrer Portemonnaieinteressen. Sonst, wenn der Geldsack gut dabei fährt, lassen sie sich gern abkanzeln. Das zeigte sich erneut im Verlaufe der letzten Stadtverordnetensitzung. Im Dezember 1911 war mit einer knappen Majorität beschlossen worden, 12 000 M. bereitzustellen zur Verteilung an Arme! Dieselbe Mehrheit hatte einen von der Sozialdemokratie befürworteten Antrag abgelehnt, der die Zahlung von Teurungszulagen an städtische Beamten und Arbeiter forderte. Der Zweck des anderen Beschlusses lag ja auf der Hand, man rechnete darauf, daß er nur papierne Bedeutung habe. Von seiner Ausführung hörte man nichts, aber auch nichts davon, daß der Magistrat ihm nicht beigetreten sei. Vor 4 Wochen beantragten unsere Genossen erneut, städtischen Beamten und Arbeitern Teurungszulagen zu gewähren. Nun vereinigte sich auf den Antrag eine Majorität. Aber vergeblich warteten die Beamten und Arbeiter auf die Auszahlung der Zulage. Sie bekamen nichts und die Stadtverordneten hörten nichts. Seit jener Beschlußfassung wurde in der vergangenen Woche die zweite Stadtverordnetensitzung abgehalten. Der Magistrat ließ nichts darüber verlauten, warum er weder den einen noch den anderen Beschluß ausführte. Eine zur Verhandlung stehende Petition städtischer Arbeiter, welche die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse betraf, gab unseren Genossen Gelegenheit, den Magistrat zu stellen. Und nun kam es heraus: Der Magistrat habe dem einen Beschluß aus grundsätzlichen, dem anderen aus Billigkeitsgründen die Zustimmung versagt. Kein Wort der Entschuldigung, daß er der Versammlung von seinen Beschlüssen keine Kenntnis gegeben. Das macht man einfach so! Von den Bürgerlichen rührte sich niemand. Der Magistrat ersparte ihnen ja Geld: dann erträgt man moralische Backpfeifen mit Wohlbehagen.

Adlershof.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Der Bürgermeister K. gab bekannt, daß der Schöffe M. sein Mandat niedergelegt habe. Eine neue Ortssatzung betreffend die Anstellungs-, Besoldungs- und Ruhegehaltsverhältnisse der Gemeindebeamten fand einstimmige Annahme. Es ist festgestellt worden, daß die Arbeiter der Gemeinde von einem Schöffen während der Arbeitszeit mit Schneefegen vor seinem Grundstück beschäftigt wurden. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß der § 7 der Arbeitsordnung der Gemeindearbeiter so aufzufassen sei, daß die Arbeiter auch nach Schluß der Arbeitszeit von den Beamten sowohl als auch den Gemeindevertretern zu Privatarbeiten selbst gegen Bezahlung nicht benutzt werden dürfen. Von unseren Genossen wurde betont, daß Arbeitslose genug vorhanden seien, welche gern derartige Arbeiten verrichten, um sich eine kleine Einnahme zu verschaffen. Die Kampfesstimmung kam im Punkt 4 der Tagesordnung, Etatsberatung, zum Ausbruch. Nach einer kurzen Einleitung des Bürgermeisters, dessen Rede mit den Akkorden „sparen" ausklang, wies Genosse Zabel zunächst auf die vorsichtige Aufstellung der Ausgaben hin, welche es ermöglichen, daß der Steuerzuschlag auch in diesem Jahre auf 150 Proz. bestehen bleiben kann. Bemängelt wurde vom Redner aber, daß einzelne Positionen recht hohe Ausgaben, wie beispielsweise Ausgaben für die Polizei und die Gemeindeverwaltung zu verzeichnen haben, während für die Wohlfahrts- und Armenverwaltung verhältnismäßig wenig Mittel zur Verfügung gestellt sind. Auch bedauerte er, daß die Schularztfrage nicht zur Zufriedenheit gelöst und der Schulzahnarzt nicht vorgesehen sei. Zum Schluß regte Zabel an, den Voranschlag des Etats erst zur Generaldebatte zu stellen und dann der Kommission zu überweisen, damit die Wünsche der Parteien schon in der Kommission berücksichtigt werden können. Der Redner der 2. Abteilung wollte die Anregung des Genossen Zabel noch in diesem Jahre in die Tat umsetzen und den Voranschlag nach der Generaldebatte nochmals an die Kommission zurückverweisen. Diese Anschauung brachte den Bürgermeister derart in Harnisch, daß er erklärte, die Verantwortung für die rechtzeitige Fertigstellung des Etats und den eventuell damit verbundenen Steuerausfall ablehnen zu müssen. Als aber von der 2. Abteilung der Vorwurf erhoben wurde, es seien einzelne Sachen durchgepeitscht worden, verlangte der Bürgermeister, daß die Sitzung abgebrochen werde — er sei nicht mehr imstande, die Sitzung zu leiten. Von unseren Genossen wurde darauf verwiesen, daß nicht der ganze Etat an die Kommission zurückgegeben werden soll, sondern nur einzelne beanstandete Positionen. Von einem Abbrechen der Sitzung könne nicht gesprochen werden, zweckmäßig sei aber Vertagung auf 20 Minuten. Der Bürgermeister vertagte darauf die Sitzung auf 45 Minuten. Bei Wiederbeginn der Sitzung wurde in die Einzelberatung eingetreten. Der Betriebsfonds ist von 45 000 M. auf 60 000 M. erhöht und der Abschnitt Gemeindeverwaltung an die Kommission zurückverwiesen worden. Bei der Position Wohlfahrtseinrichtung wurde der Antrag unserer Genossen, für jede der beiden Gemeindeschulen 100 M. für Lernausflüge und je 500 M. für Schulunterrichtsbedürfnisse bedürftiger Kinder auszuwerfen, angenommen. Für die Regenwasserleitung werden 5 Pf. pro Quadratmeter Niederschlagsfläche und für die Schmutzwasserleitung 2 Proz. des Gebäudesteuernutzungswertes als Gebühren erhoben. Die Festsetzung des Steuerzuschlages wurde bis zur nächsten Sitzung, in welcher die Beratung zu Ende geführt werden soll, zurückgestellt.

Motzen (Kreis Teltow).

Ein sozialdemokratischer Wahlverein — der fünfzigste im Kreise — wurde am Sonntag am hiesigen Orte gegründet. Voraus ging diesem für den Kreiswahlverein denkwürdigen Jubiläum eine öffentliche, von Frauen und Männern besuchte Versammlung, in der Parteisekretär Genosse Groger-Neukölln, über das Thema: „Unsere Aufgaben nach den Reichstagswahlen" sprach. Am Schlusse seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referates forderte der Redner alle diejenigen, die bei der Reichstagswahl dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben haben, auf, nunmehr auch einzutreten in die sozialdemokratische Organisation. Der Erfolg war, daß sich sofort 27 Versammelte zum Eintritt in den neuzugründenden Wahlverein bereit erklärten. In den Vorstand des neuen Wahlvereins wurden die Genossen Ribbeke, Hertel und Holz gewählt.

Mehr wie bisher werden die Genossen mit der neu gegründeten Organisation in den Kämpfen ihren Mann stehen können.

Kalkberge-Rüdersdorf.

Eine Straßenbahn nach Schöneiche baut gegenwärtig bekanntlich die Gemeinde Kalkberge. Die Bahn soll mit der bereits im Betrieb befindlichen Benzolbahn Schöneiche—Friedrichshagen verbunden werden. Die Betriebseröffnung war für Mitte Mai dieses Jahres in Aussicht genommen, doch ist es fraglich, ob es schon im nächsten Jahre so weit ist. Erst war geplant, für diese Angelegenheit mit der Nachbargemeinde Tasdorf einen Zweckverband zu bilden. Doch hatte Tasdorf keine Neigung hierzu. Die Kosten, die anfänglich für die Bahn für die hiesige Gemeinde auf 200 000 M. veranschlagt waren, dürften sich am Ende auf fast ½ Million Mark belaufen.

Nowawes.

Der Gemeindeetat für 1912 wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung in zweiter Lesung beraten und nach Festsetzung der Gemeindesteuerzuschläge, des Schulgeldes für die höheren Schulen und der Kanalisationsgebühren genehmigt. G.-V. Nathan als Mitglied der Finanzkommission erläuterte den Etat, der in Einnahme und Ausgabe mit 1 978 800 M. schließt, in den hauptsächlichsten Punkten. Wenn das Resultat auch nicht gerade ein glänzendes sei, so müsse es doch als erfreulich bezeichnet werden, daß trotz der im Vorjahr notwendig gewesenen außerordentlichen Aufwendungen, zu denen auch die Gehaltserhöhung sämtlicher Beamten und Arbeiter gehöre, derselbe Steuersatz wie im Vorjahr bestehen bleiben könne. Die Gemeindegärtnerei könne in 1—2 Jahren bereits einen nennenswerten Ueberschuß abwerfen. Durch Auflösung der Berufsfeuerwehr sei eine Minderausgabe zu verzeichnen. Zum Kapitel „Friedhofsverwaltung" äußerte er den Wunsch, den Betrag für Erbbegräbnisse und Wahlstellen zu erhöhen, um aus dem Ueberschuß einen Fonds zur Erwerbung neuen Friedhofsgeländes zu bilden. Neben der Schuldenverwaltung beanspruche das Kapitel „Schulverwaltung" das größte Interesse. Bei 221 000 Mark direkten Steuern (in 100 Proz. ausgedrückt), ohne die Grundwertsteuer, die zu den Haupteinnahmequellen gehöre, betragen die Schullasten 273 000 M. Dies sei ein ganz ungewöhnliches Verhältnis, und doch dürfe hierbei vom Sparen keine Rede sein. Bei Kapitel Kapital- und Schuldenverwaltung wies Redner auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, mit denen die Gemeinde seit vielen Jahren zu kämpfen hat. Durch die enormen Aufwendungen für Straßenpflasterungen z. B. sei ein Zustand geschaffen worden, unter dem die jetzige Generation schwer zu leiden habe. Eine baldige Gesundung der Verhältnisse sei nur zu erwarten, wenn die Gemeinde in den nächsten 4—5 Jahren nicht gezwungen wird, neue Anleihen aufzunehmen. Aus der Elektrizitätsverwaltung sei eine höhere Einnahme als in den Vorjahren zu verzeichnen; dagegen werde die elektrische Straßenbahn in diesem Jahre so gut wie nichts einbringen, weil wegen der Eisenbahnhöherlegung die Linienführung geändert werden mußte. Die Finanzen müßten in Zukunft überhaupt anders geregelt werden, und zwar so, daß die Ausgaben erst nach der Bewilligung vorgenommen werden. Zum Schluß entwickelte Redner ein Programm der Grund- und Bodenpolitik, wie sie die Gemeinde betreiben müßte. — In der allgemeinen Diskussion nahm nach dem G.-V. Reiff Genosse Fesser das Wort, um seine Anerkennung darüber auszusprechen, daß es trotz der gestiegenen Mehraufwendungen gelungen ist, den Steuersatz von 150 Proz. beizubehalten. Doch bezeichnete er es als bedauerlich, daß so manche wichtige kommunal politische Forderung keine Berücksichtigung erfahren habe. So sei z. B. die Errichtung einer Badeanstalt eine dringende Notwendigkeit, wie sich speziell im letztjährigen Sommer gezeigt habe. Bei einer so hohen Einwohnerzahl müsse die Gemeinde auf eine baldige Abhilfe bedacht sein, um so mehr, als sogar die kleine Gemeinde Drewitz diese Forderung bereits verwirklicht habe. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich die baldige Einbringung eines entsprechenden Antrages vor. Als weitere Forderungen stellte Genosse Fesser auf: Errichtung eines Schlachthauses, Gewährung freier Lernmittel, Fortbildungsschulpflicht für Fabrikarbeiter, Besserung der Müllabfuhr und Straßenreinigung usw. — Nach erfolgter Lesung der einzelnen Kapitel wurden die Steuersätze und das Schulgeld wie folgt festgesetzt: Gemeindeeinkommensteuer einschl. Kreissteuer 150 Proz. Zuschlag, Gemeindegrundsteuer 3,5 pro Mille des gemeinen Wertes der bebauten und 5,8 pro Mille der unbebauten Grundstücke, Gewerbesteuer 1. und 2. Klasse 225 Proz., 3. und 4. Klasse 175 Proz., Betriebssteuer 50 Proz., Kanalisationsgebühr laut Beschluß vom 21. Februar 1912 3½ Proz. des Nutzertrages, Schulgeld für die Vorschule 100 M. für einheimische und 110 M. für auswärtige Schüler, für die Hauptanstalt 130 M. für einheimische und 140 M. für auswärtige Schüler. — Zum Schluß gab die Vertretung ihre Zustimmung zur Aufnahme einer außerordentlichen Anleihe von 800 000 M.

Tegel.

Zur Amtsenthebung des Bürgermeisters wird uns geschrieben: Als unmittelbare Ursache der Amtsenthebung des Bürgermeisters Weigert dürfte eine ganz absonderliche Hypothekenangelegenheit anzusehen sein; hoffentlich wird das nun schwebende Disziplinarverfahren volle Klarheit bringen. Es wird behauptet, der hiesige Schöffe Reichelt, der zugleich Berliner Magistratssekretär ist, habe zur Regulierung einer Hypothekenschuld 100 000 M. gebraucht, deren Beschaffung nicht so glatt von statten ging. Hierauf soll nun Herr Weigert als Bürgermeister einen Scheck der Gemeinde Tegel in Höhe von 100 000 M. zur Verfügung gestellt haben, in einer Erklärung vom 7. Februar behauptet Herr Reichelt aber, eine dritte Person habe ihm diesen Scheck der Gemeinde überlassen. Interessant bei dieser sonderbaren Geschichte ist ferner, daß der betreffende Gläubiger zunächst die Annahme des Schecks verweigerte, daß ihm aber nach Verlauf von einer Stunde etwa das Geld ausbezahlt worden sein soll. Von Herrn Reichelt wird auch behauptet, daß er zunächst bei einer Tegeler Grundbesitzerin, die am 1. April für Ländereien 100 000 M. von der Gemeinde zu fordern hat, um vorläufige Ueberlassung ihrer eigenen Forderung an ihn, Reichelt, vorstellig geworden sei, vom Sachwalter der Kinder, einem Bankdirektor M., aber Einspruch hiergegen erhoben wurde. Wo nun die 100 000 M. so schnell hergekommen sind, ist nicht aufgeklärt; auch Herr Reichelt in seinen Erklärungen ließ die Gemeindeeinwohner im unklaren, so daß eine Deputation beim Landrat vorstellig wurde und ein Disziplinverfahren verlangte, was dort aber abgelehnt wurde, da nur die Gemeindevertretung hierzu berechtigt wäre. Auch der Staatsanwaltschaft wollte man Anzeige erstatten, aber das Landratsamt eröffnete den Herren denn schließlich doch, daß „ein Beschluß schon unterwegs sei", der dann am Sonnabend bekannt wurde. Und nun ist man in Tegel auf den Ausgang dieser Affäre gespannt.

Wie bekannt sein dürfte, hatte Herr Weigert bereits zu Anfang dieses Jahres einen Antrag auf Entlassung mit Pension gestellt, er zog aber diesen Antrag nach der Regelung der Pensionsverhältnisse wieder zurück, und die Mehrheit der Gemeindevertretung stimmte diesem zu. Seine letzte bedeutsamere Amtshandlung waren die mit unserem Siege abschließenden Gemeindewahlen, deren einen Teil er persönlich noch mit aller Verve leitete. Jetzt wird er von seinen Getreuen betrauert und wir vermissen einen ungewollten Agitator.

Eingegangene Druckschriften.

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Herausgegeben von C. Grünberg. 2. und 3. Heft. Jährlich drei Hefte. 12 M. — C. L. Hirschfeld, Leipzig.

Inwieweit ist eine gesetzliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich? Von Prof. Dr. A. Braun. 4 M. — G. Reimer, Berlin.

Irrgarten der Erkenntnistheorie. Von Dr. H. Henning. 2 M. C. Bongard, Straßburg i. Els.

Als Vagabund um die Erde. Von H. Franck. 6,50 M., in Leinen 10 M. — Rütten u. Loening, Frankfurt a. M.

Magister Laukhard, sein Leben und seine Schicksale. Herausgegeben von H. Schnabel. 2 M., in Leinen 3 M. — **Anton Reiser.** Roman von K. Ph. Moritz. 2 M., Leinen 3 M. — M. Möhle, München.

Fleischergesellen von Neukölln (Rixdorf). Donnerstag, 14. März, abends 9 Uhr: Allgemeine Versammlung in den „Passage-Festsälen", Bergstr. 151/152. Tagesordnung: 1. „Der Stand unserer Lohnbewegung und die Maßnahmen der Fleischermeister." Referent: Kollege Paul Bergmann. 2. Die Parole der gelben Gesellenvereinchen. 3. Freie Aussprache.

Kollegen! Zu dieser Versammlung muß jeder erscheinen; es gilt, den Meistern zu zeigen, daß alle hinter der Organisation stehen. Es gilt, für unsere Sache zu streiten, mögen sich die Meister noch so sehr dagegen auflehnen. Auf zur Versammlung! Einer sage es dem anderen!

Der Einberufer.

Darmarbeiter und -Arbeiterinnen! Freitag, den 15. März, abends 8½ Uhr: Oeffentliche Versammlung im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c. Tagesordnung: 1. „Warum müssen sich alle in der Darmbranche beschäftigten Personen dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen anschließen?" Referent: Kollege P. Bergmann. 2. Freie Aussprache. — Kollegen, Kolleginnen! Zu dieser Versammlung erwarten wir ein zahlreiches Erscheinen. Sorgt für guten Besuch!

Sektion Darmarbeiter.

Witterungsübersicht vom 12. März 1912.

Stationen	Barometer auf mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer auf mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	770	NNO	3	bedeckt	1	Haparanda	775	S	2	bedeckt	—1
Hamburg	771	ONO	2	halb bd.	1	Petersburg	769	ONO	2	Schnee	—2
Berlin	770	N	2	wolkig	1	Scilly	768	S	2	halb bd.	7
Frankf. a. M.	768	NO	1	Regen	5	Aberdeen	764	S	2	bedeckt	4
München	769	SSO	3	bedeckt	4	Paris	770	NO	1	Nebel	3
Wien	768	SSW	1	bedeckt	6						

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. März 1912.

Kühl bei mäßigen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.